

# zivilschutz magazin





# Wissenschaft & Technik

## Pneumatikzylinder zur Herzmassage

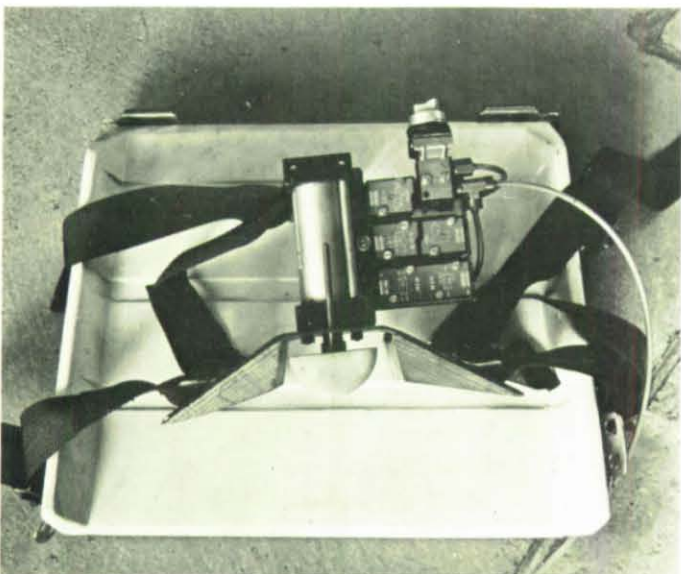
Bei Wiederbelebungsversuchen entscheiden oft Ausdauer und Kraft bei der Bewegung des Brustkorbs, ob das Herz wieder zu schlagen beginnt oder nicht. Deshalb hat sich O. H. Sørensen von der dänischen Erste-Hilfe-Organisation „Falck“ zusammen mit Ingenieuren eines deutschen Herstellers von Druckluftapparaturen eine Pneumatikapparatur

zur Herzmassage bei der künstlichen Beatmung einfallen lassen. Ein Pneumatikzylinder übernimmt dabei, was sonst der Ausdauer und Muskelkraft des Sanitäters überlassen ist: das regelmäßige Niederdrücken des Brustbeins, damit Herzschlag und Atmung wieder in Gang kommen. Solche Pumpbewegungen (regelbar bis zu einmal pro Sekunde) hält das Gerät natürlich pausenlos durch und entlastet die Sanitäter zugunsten anderer Rettungsmaßnahmen. Gesteuert wird der Rhythmus der Hub- bzw. Pumpbewegungen durch sogenannte Logik- bzw. Zeitschaltenelemente. Seine Betriebsluft bezieht das Gerät aus einer tragbaren Preßluftflasche. Die Idee zu dieser Apparatur bekam Sørensen durch einen amerikanischen Spielfilm.

Zur Zeit wird das Gerät von der Falck-Ambulanz unter Aufsicht des Krankenhauses in Odder (südlich von Aarhus) getestet. Wenn es sich bewährt, soll die gesamte dänische Falck-Unfallhilfe damit ausgestattet werden.



Während die Sanitäter der Falck-Unfallhilfe sich um die Rettung bemühen, sorgt ein Pneumatikzylinder auf dem Brustkorb des Patienten für die zur Wiederbelebung notwendige Herzmassage durch Auf- und Niederdrücken des Brustkorbs. Gespeist wird das Pneumatikgerät, dessen Pumpfrequenz steuerbar ist, aus der auf der Bahre liegenden Preßluftflasche.



Das pneumatische „Herzmassagegerät“ besteht aus einem doppelwirkenden Pneumatikzylinder mit 50 mm Hub und Logiksteuerelementen zur zeitlichen Steuerung der Hub- bzw. „Pumpfrequenz“ des Zylinders. Plastikschale und Gurte dienen zur genauen Fixierung des Geräts auf dem Brustkorb des Patienten.

## Schleifenwiderstands-Prüfung noch schneller

Für die von VDE 0100 vorgeschriebene Prüfung der Schutzmaßnahme „Nullung“ oder „Schutzerdung“ über das metallene Wasserrohrnetz in Starkstromanlagen wurde ein neuer handlicher Schleifenwiderstands-Prüfer entwickelt. Innerhalb weniger Sekunden nach dem Einstecken zeigt er an, ob die Steckdose richtig angeschlossen und der Schleifenwiderstand  $< 3,9 \Omega$  ist, ob Schutz- und Außenleiter vertauscht oder miteinander verbunden sind, ob der Schutzleiter richtig angeschlossen oder unterbrochen ist und ob eine Unterbrechung des Außenleiters und/oder Neutralleiters vorliegt.

Durch digitale Auswertung arbeitet das Gerät viermal so genau wie es VDE 0413 T.3 vorschreibt. Die Meßergebnisse werden durch drei Leuchtdioden und eine Glühlampe angezeigt. Zur Sicherheit des Benutzers schaltet sich der Prüfstrom bei defektem Schutzleiter bereits nach 0,01 Sekunden automatisch ab – 20mal schneller, als es VDE 0413 fordert.

Der Schleifenwiderstands-Prüfer (Abmessungen 218 x 70 x 43 mm, Gewicht 240 g) erhielt für seine klare Formgebung und einfache Bedienung das Prädikat „Die gute Industrieform '81“. Er erleichtert auch nach der Installation die für Gewerbebetriebe von der Berufsgenossenschaft vorgeschriebene Vier-Jahres-Überprüfungen der Schutzkontakt-Steckdosen durch große Zeitersparnis. Das Gerät eignet sich für alle zweipoligen Schutzkontakt-Steckdosen nach DIN 49440 und DIN 49442.





# zivilschutz magazin



5/81  
Mai



ISSN 0173-7872

## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern vom  
Bundesverband für den Selbstschutz  
Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;  
im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Ulrike von Gimborn  
Günter Sers

## Layout:

Jan Peter Lichtenford  
4020 Mettmann

## Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die  
Redaktion. Für unverlangt eingesandte  
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck  
einzelner Beiträge, auch im Auszug,  
nur mit Quellenangabe und mit  
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge  
geben die Meinung der Verfasser  
wieder und müssen nicht unbedingt  
mit der Auffassung der Redaktion  
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60,  
zgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind  
6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.  
Die Kündigung eines Abonnements  
kann nur zum Schluß eines Kalender-  
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis  
spätestens an dessen erstem Tag  
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen  
beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im  
Falle höherer Gewalt oder bei  
Störung des Arbeitsfriedens besteht  
kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

„Unerlässlich für den Zivilschutz ist  
die Bereitschaft der Bevölkerung,  
selbst einen aktiven Beitrag zur  
eigenen Sicherheit zu leisten“ 5

30. Jahrestagung der Schutzkommission  
beim Bundesminister des Innern – Baum  
betont die Selbstverantwortung des Bür-  
gers bei der Verbesserung des eigenen  
Schutzes.

„Wir müssen rechtzeitig alles zur  
Vorbeugung mögliche in die Wege  
leiten“ 8

Bundesforschungsminister von Bülow:  
Bei Brandschäden ist eine kritische  
Situation erreicht.

„Auf Kreuzfahrt der Menschlich-  
keit“ 10

„MS Flora“ seit 1979 in Südostasien –  
Humanitäre Hilfe in vielfältigster Weise.

„Eine gezielte technische Hilfe-  
leistung“ 12

Ausbildung und Einsatz der THW-  
Pumpengruppe im Bergungs- und  
Instandsetzungsdienst.



„Eine tragende Säule des Katastro-  
phenschutzes“ 18

THW-Bundeswettkampf 1981 in  
Hamburg – Bundesinnenminister Baum  
würdigt die Leistung des THW



„Zivilschutz in Finnland“ 19

Im „Land der tausend Seen“ gibt es  
für über 50 Prozent der Bevölkerung  
Schutzräume – Eine vielbeachtete  
Zivilschutz-Organisation.

„Das Minimagazin“ U 3

In diesem Monat: Tips und Kniffe  
für die Praxis.





# Umschau

## Neun Tote bei Frontalzusammenstoß

Alle neun Insassen zweier Personenwagen starben am 26. April 1981, als die beiden Fahrzeuge auf einer Landstraße bei Ummern (Landkreis Gifhorn) frontal zusammenprallten. Ein mit Jugendlichen besetzter Pkw war offenbar aus der Kurve getragen worden und auf die Gegenfahrbahn geraten. Acht Personen starben noch am Unfallort, ein neunter Fahrzeuginsasse auf dem Transport ins Krankenhaus.

Unser Foto zeigt die Unfallstelle, an der Feuerwehr und Rettungsdienste nicht mehr helfen konnten.



## Autobahn stundenlang gesperrt: Tausende Liter Heizöl ausgelaufen

Am 27. April 1981 mußte die Rheintal-Autobahn zwischen den Anschlußstellen Riegel und Ettenheim (Baden) für mehrere Stunden gesperrt werden: Ein mit 32000 Litern Heizöl beladener Tanklastzug verlor nach Unfall einen großen Teil seiner Ladung. Beide Fahrbahnen waren mit Öl überschwemmt, die Feuerwehr hatte alle Hände voll zu tun, das Öl aufzunehmen.



## DRK überführt Ambulanzfahrzeuge in den Libanon

Das Deutsche Rote Kreuz, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und das Auswärtige Amt in Bonn haben dreizehn Ambulanzfahrzeuge für den Rettungsdienst im Libanon gespendet. Die Fahrzeuge, in der Bundesrepublik Deutschland beschafft, wurden am 23. Mai 1981 von Bonn aus auf dem Landweg überführt, und zwar über Österreich, Jugoslawien, Bulgarien, Türkei und Syrien. 17 DRK-Mitarbeiter



(Fahrer, Mechaniker und Einsatzleiter) übergaben die Ambulanzen am 30. Mai 1981 in Damaskus/Syrien dem IKRK, das die Fahrzeuge ihrer Verwendung im

Libanon zuführt. Die Ambulanz-Fahrzeuge haben einen Wert von 490000 DM, die Kosten für die Überführung belaufen sich auf 70000 DM.



## „MEDA“ ist besonders wirtschaftlich

„MEDA“, eine schwimmende mobile Meerwasserentsalzungs-Demonstrationsanlage, die vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) gefördert wird, kann täglich 5000 m<sup>3</sup> Trinkwasser aus Meerwasser gewinnen. Damit ist sie weltweit die erste mobile Entsalzungsanlage dieser Größenordnung, die mit einer energie günstigen Verfahrenskombination arbeitet. Wie Bundesforschungsminister Andreas von Bülow dazu in Bonn mitteilte, kann mit „MEDA“ das Zeitalter einer neuen Generation von Entsalzungsanlagen mit einer fortschrittlichen, energiesparenden technologischen Konzeption eingeleitet werden. Der besondere Vorteil dieser

## Veranstaltungen der Landesstelle für Betriebsschutz

Die baden-württembergische Landesstelle für Betriebsschutz e.V. führt im zweiten Halbjahr 1981 folgende Veranstaltungen durch:

Seminar „Führungsaufgaben in der Betrieblichen Katastrophenschutz-Organisation“ am 21. und 22. Oktober 1981.

Seminar „Brandschutz im Betrieb“ am 24. November 1981.

Auskünfte erteilt die Landesstelle für Betriebsschutz e. V., Hohenheimer Straße 41c, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/233425.

## Staatssekretär Simon Nüssel wieder Vizepräsident der Luftrettungsstaffel Bayern

Staatssekretär Simon Nüssel, Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, wurde von der Jahreshauptversammlung der Luftrettungsstaffel Bayern am 9. Mai 1981 in Passau als Vizepräsident der Staffel bestätigt. Auch Präsident Ernst Schramm aus Schwabach wurde einstimmig wiedergewählt.

Simon Nüssel, schon 1968 als Einsatzpilot des Stützpunktes Bayreuth gemeldet, wies bei dem Empfang im großen Saal des Passauer Rathauses auf die große Bedeutung der Staffel für die

Anlage gegenüber der konventionellen Meerwasserentsalzungs-Technologie liegt in ihrer hohen Wirtschaftlichkeit und dem geringen Energieverbrauch. Während normalerweise bei dem konventionellen Meerwasserentsalzungs-Verfahren mit 1 kg Heißdampf 6 bis 8 kg Destillat, also Wasser, erzeugt werden, erwarten die Konstrukteure, daß nach diesem neuen Verfahren 30 bis 32 kg Wasser erzeugt werden können.

Die als Schiff klassifizierte „MEDA“ besteht aus einem antriebslosen Ponton von 67 m Länge und 16 m Breite mit einem Tiefgang von 3 m, der außer der Entsalzungsanlage auch ein Deckshaus mit Aufenthaltsräumen für das Personal, Labors, Werkstätten, Kontrollräumen und sonstigen Schiffshilfseinrichtungen besitzt. Der Transport von einem Ort zum anderen kann durch einen Schlepper oder durch ein Liftschiff erfolgen.

## Ehrung für Heinz Volland



Oberst a. D. Heinz Volland, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, wurde am 21. April 1981 anlässlich eines Besuchs im Bundesamt für Zivildschutz in Bonn vom Präsidenten des Bundesamtes, Dr. Paul Wilhelm Kolb, mit einer Plakette geehrt.

Damit wurde Heinz Volland für seine herausragenden und langjährigen Verdienste um den Zivildschutz, für den er sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundeswehrverbandes stets

werbend in der Öffentlichkeit eingesetzt hat, offiziell gedankt.

Dr. Kolb hob in seiner Ansprache auch hervor, daß außer Heinz Volland bisher nur ausländische Repräsentanten oder verdiente Angehörige des Zivildschutzes im Inland diese Plakette erhalten hätten.

Oberst a. D. Volland bedankte sich für diese Anerkennung, die ihm gleichzeitig Ansporn sei, sich auch in Zukunft des Zivildschutzes besonders anzunehmen.

Goldene Verdienstmedaille der Luftrettungsstaffel Bayern für den Regierungspräsidenten von Niederbayern, Dr. Heinz Huther (links); Staatssekretär Simon Nüssel (Mitte) und der Präsident der Staffel, Ernst Schramm, gratulieren zu der Auszeichnung.



Waldbrandbekämpfung hin. Er dankte der Luftrettungsstaffel für ihre vom Idea-

lismus getragene Einsatzbereitschaft und bat alle Piloten, sich auch in Zukunft



so tatkräftig wie bisher zum Wohl Bayerns und seiner Bewohner einzusetzen.

Im vergangenen Jahr hat die Staffel 4262 Beobachtungsflüge mit einer Dauer von 3357 Stunden durchgeführt und dabei u. a. neun Waldbrände aus der Luft entdeckt. Das Schwergewicht der Staffellarbeit lag 1980 bei der Weiterbildung von Luftbeobachtern des Katastrophenschutzes und der Staatsforstverwaltung.

1981 stehen den 389 Flugzeugführern der Luftrettungsstaffel auf ihren 34 Stützpunkten 169 Flächenflugzeuge und 5 Hubschrauber zur Verfügung.

Die Luftrettungsstaffel Bayern ist ein freiwilliger Zusammenschluß von Sportfliegern, die sich und ihr Fluggerät in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben. Die Hauptaufgabe der 1968 in München gegründeten Staffel liegt bei der Waldbrand-Überwachung und im Katastrophenschutz. Daneben werden Beobachtungsflüge für den Umwelt-, Natur- und Denkmalschutz sowie zur Aus- und Weiterbildung von Luftbeobachtern durchgeführt.

### **Seminare im „Haus der Technik“, Essen**

Zum Angebot an Seminaren des „Haus der Technik“, einem Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen in Essen, gehören wiederum verschiedene Veranstaltungen, die für Fachleute von Interesse sind:

14. bis 16. September 1981: „Strahlenschutz-Seminar für Nichtmediziner“

14. bis 16. September 1981: „Strahlenschutz-Grundkurs für Nichtmediziner“ (Seminar mit Praktikum)

16. bis 17. September 1981: „Brand- und Feuersicherheit“

28. September 1981: „Vorbeugender Brandschutz im Baugenehmigungsverfahren“

1. Oktober 1981: „Unfall- und Brandschutz bei Starkstromanlagen“

13. Oktober 1981: „Der betriebliche Katastrophenschutz“

Informationen: „Haus der Technik“, Postfach 101543, 4300 Essen 1, Tel. 0201/18031

### **ASB nimmt Stellung zum Bremer Wehrdienstverweigerer-Urteil**

In Bremen erkannte das Verwaltungsgericht einen Kriegsdienstverweigerer nicht

an, weil er Auto fährt. Die sinngemäße Begründung: Er könnte im Verkehrsgeschehen einen Menschen töten (Aktenzeichen: ZA 219/78). Dieses Urteil löste eine Welle von Entrüstung, Kopfschütteln und Bestürzung aus. Denn: gerade die Hilfsorganisationen, die im Sanitäts- und Rettungsdienst tätig sind, haben ihre Kranken-, Rettungs- und Behindertenfahrzeuge vorwiegend mit Fahrern, die Zivildienstleistende sind, besetzt. Bleibt das Urteil bestehen, dann müßten rund 50 Prozent der Zivildienststellen gestrichen werden (so ein Vertreter des Bundesamtes für Zivildienst im Raum Karlsruhe).

Der ASB hat zu diesem Bremer Urteil Stellung genommen und gibt hierzu folgende Presseerklärung:

1. Der Arbeiter-Samariter-Bund hält das Bremer Urteil für vollkommen unverständlich und nicht einsichtig.

2. Die „Gewissensprüfung“ im Anerkennungsverfahren sollte entfallen, weil sie mehr als fragwürdig ist. Das Recht auf Wehrdienstverweigerung darf nicht ausgehöhlt werden, die Sozialen Dienste nicht ausgetrocknet werden.

3. Beim ASB sind zur Zeit über 1000 Zivildienstleistende überwiegend im Fahrdienst beschäftigt. So z. B.:

- Essen auf Rädern
- Behindertentransport
- Mobile Soziale Dienste
- Krankentransport und
- Rettungsdienst

4. Auf die qualifizierte, verantwortungsvolle und engagierte Mitarbeit der Zivildienstleistenden mit Führerschein kann der ASB nicht verzichten.

### **Neues bildgebendes Verfahren für die Diagnostik in Sicht**

Ein neues Verfahren zur Abbildung der inneren Struktur des menschlichen Körpers wird vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) gefördert: Dieses Verfahren besitzt gegenüber der Röntgendiagnostik den Vorteil, daß es keine schädlichen Auswirkungen auf den Körper ausübt, weil keine ionisierende Strahlung verwendet wird. Auf diese Weise kann die Strahlenbelastung der Bevölkerung wesentlich herabgesetzt werden. Immerhin beträgt die durchschnittliche Strahlenbelastung durch Röntgendiagnostik in der Bundesrepublik Deutschland jährlich pro Person 50 Millirem (zum Vergleich: Gesamtstrahlenbelastung rd. 170 Millirem, Strahlenbelastung durch kerntechnische Anlagen weniger als 1 Millirem).

Seit 1978 fördert das BMFT die Entwicklung dieses Verfahrens durch ein mittelständisches Unternehmen in Karlsruhe.

Es handelt sich hierbei um eine medizinische Anwendung der bisher nur in der Physik und Chemie verwendeten Kernspinresonanztechnik. Diese NMR-(Nuclear-Magnetic-Resonance) Tomographie, wie das neue bildgebende Verfahren bezeichnet wird, nutzt für die bildliche Darstellung Eigenschaften von Atomkernen, insbesondere des Wasserstoffatoms, aus. Zur Zeit wird weltweit daran gearbeitet, die Methode für die praktische klinische Anwendung einsatzfähig zu machen.

Durch die Fördermaßnahmen ist es bisher gelungen, ein Labor zur Messung am Patienten fertigzustellen. Die ersten Aufnahmen aus dem Gerät, die Klinikern zur Beurteilung vorgelegt wurden, bestätigen die großen Hoffnungen, die in diese Technik gesetzt werden. Experten meinen, daß diese Entwicklung die Diagnostik am menschlichen Körper ähnlich revolutionieren könnte, wie es die Entwicklung des Röntgentomographen vor zehn Jahren getan hat. Allerdings ist es noch zu früh, den zukünftigen Nutzen dieser neuen Technik für die Patienten genau anzugeben.

Bevor die ersten Geräte am Markt sind, soll geprüft werden, welchen Vorteil die neuen Diagnosesysteme für den einzelnen Patienten und für die medizinische Versorgung der Bevölkerung bringen, um rechtzeitig Entscheidungshilfen für Geräteinvestitionen bieten zu können. Die künftigen Fördermaßnahmen werden sich auf die Abklärung dieser Fragen konzentrieren.

### **Baum: Bau von Schutzräumen eine Aufgabe für „jedermann“**

Bundesinnenminister Gerhart Baum hält es für erforderlich, langsam mehr Schutzräume für die Zivilbevölkerung zu bauen. Im ZDF räumte der Minister ein, daß in der Bundesrepublik ein Nachholbedarf bestehe; bisher seien nur für drei Prozent der Bevölkerung Schutzräume für den Ernstfall vorhanden. Er erinnerte daran, daß es in den 60er Jahren alle Parteien abgelehnt hätten, Bauherren zur Errichtung von Schutzräumen zu verpflichten. Baum vertrat die Ansicht, daß es im Grunde eine Aufgabe von jedermann sei, sich selber zu schützen; hier könne man sich nicht nur auf den Staat verlassen, der außerdem steuerliche Erleichterungen für den Schutzraumbau gebe.

(Süddeutsche Zeitung, 21. April 1981)



Ulrich Weidner

30. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern

## „Unerlässlich für den Zivilschutz ist die Bereitschaft der Bevölkerung, selbst einen aktiven Beitrag zur eigenen Sicherheit zu leisten“

Bundesinnenminister Baum betonte eindringlich die Selbstverantwortung des Bürgers bei der Verbesserung des eigenen Schutzes – Staat leistet Hilfe zur Selbsthilfe – Festakt am 20. Mai 1981 in der Godesberger Redoute

Mit einer festlichen Eröffnung in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg, zu der ein großer Kreis von Politikern, Fachleuten, hohen Verwaltungsvertretern und Repräsentanten der humanitären Hilfsorganisationen zusammengekommen war, begann am 20. Mai 1981 die diesjährige Tagung der „Schutzkommission beim Bundesminister des Innern“, die 30. seit Bestehen der Kommission.

Dieser freiwillige Zusammenschluß von Wissenschaftlern der verschiedensten Disziplinen entstand 1951 auf Anregung des damaligen Bundesinnenministers Dr. Gustav Heinemann, seinerzeit noch unter der Bezeichnung „Kommission zum Schutze der Zivilbevölkerung bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft“. Die Wissenschaftler dieser Kommission hatten und haben sich selbst als Aufgabe gesetzt, die Bundesregierung über die Probleme zu beraten, die sich aus dem Schutz der Bevölkerung vor der Wirkung der ABC-Waffen ergeben. So heißt es in der Präambel zur Geschäftsordnung der Kommission konkret: „Die Schutzkommission beim Bundesminister des Innern – Kommission zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen atomare, biologische und chemische Angriffe – hat die Aufgabe, das Bundesministerium des Innern durch namhafte und unabhängige Wissenschaftler in allen Fragen zu beraten, die mit der Abwehr von Schäden durch atomare, biologische und chemische Angriffe zusammenhängen.“

### Krieg als nach wie vor denkbare Realität

Es ist unbestreitbar, daß diese Zielsetzung der – im übrigen ehrenamtlich tätigen – Wissenschaftler zunächst unter dem Eindruck der völlig neuartigen und in ihrer Wirkung nahezu unvorstellbaren Atomwaffen formuliert wurde, B- und C-Waffen als neue Dimensionen kamen hinzu. Der selbstgewählte Auftrag der Kommission hat in den vergangenen dreißig Jahren – bedauerlicherweise – nichts an Aktualität eingebüßt; noch immer muß die Menschheit damit leben, daß der Krieg und somit die Androhung der physischen Vernichtung zu den denkbaren Realitäten des ausgehenden 20. Jahrhunderts gehört.



Prof. Dr. Gross, Vorsitzender der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern, eröffnete in der Bad Godesberger Redoute die 30. Jahrestagung der Schutzkommission.



Bundesinnenminister Baum: „Wir müssen Mittel und Wege finden, den Bürger davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, einen eigenen Beitrag zum Zivilschutz zu leisten.“



## „Vollschutz unmöglich“

Und auch die Probleme, die der Schutz des Menschen vor der Wirkung der modernen Massenvernichtungswaffen aufgibt, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten kaum gewandelt. „Die ‚Kommission zum Schutz der Zivilbevölkerung‘ . . . stellt mit gewisser Sorge fest, daß die Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in der Bundesrepublik recht gering bleiben, wenn man sie etwa mit den Aufwendungen für die Ausrüstung der Bundeswehr vergleicht. Bei den heutigen Kampfmitteln, insbesondere beim Einsatz von Atomwaffen, ist ein Vollschutz unmöglich und auch ein hochprozentiger Teilschutz nur durch unverhältnismäßig großen Aufwand zu erreichen, durch einen Aufwand, der unseren Lebensstandard so beschneiden müßte, daß das Leben für einen großen Teil der Bevölkerung nicht mehr lebenswert erschiene. Der rechte Mittelweg zwischen einzugehendem Risiko und vertretbarem Aufwand kann nur durch politische Entscheidung gefunden werden . . . Es kann durch einen Teilschutz und durch organisatorische und aufklärende Maßnahmen die zu befürchtende Verlustrate ganz erheblich gesenkt und somit ein beträchtlicher Rettungszuwachs erzielt werden.“ Dieses Zitat aus der Denkschrift der Schutzkommission – 1960, also vor über zwanzig Jahren niedergelegt – ist heute so aktuell wie damals.

## Leitfaden „Katastrophenmedizin“

Die 30. Jahrestagung der Schutzkommission stand unter einem speziellen Leitthema: „Die medizinische Versorgung im Katastrophenfall in Krieg und Frieden“. Neben Bundesinnenminister Baum nahmen an der Eröffnung der Tagung in Bad Godesberg die Bundestagsabgeordneten Dr. Wernitz (Vorsitzender des Innenausschusses), Dr. Nöbel und Dr. Jentsch, die Staatssekretäre Zander (Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit) und Dr. Fröhlich (BMI), der Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung“ im Innenministerium, Ministerialdirektor Wedler, die Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz und der Akademie für zivile Verteidigung, Dr. Kolb und Dr. Eichstädt, sowie Repräsentanten der Hilfsorganisationen im Zivil- und Katastrophenschutz und Vertreter von Behörden, Verwaltungen usw. teil.

Die Wissenschaftler, die sich selbst als „kleines Rad im Getriebe“ des Zivilschutzes bezeichneten, überreichten Bundesinnenminister Baum das erste Exemplar eines Leitfadens zum Thema „Katastrophenmedizin“, der, unter Federführung von Prof. Koslowski erarbeitet, demnächst in 60 000 Exemplaren allen praktischen Ärzten in der Bundesrepublik übersandt werden soll. Dies ist sicher einer der wichtigen

Impulse, die die Mitglieder der Schutzkommission immer wieder für die praktische Arbeit gegeben haben und auch in Zukunft geben wollen.

## Zur Einstellung des Bürgers

Der Bundesminister des Innern würdigte in seiner grundsätzlichen Rede die Arbeit der Schutzkommission und betonte vor allem eindringlich die Selbstverantwortung jedes Bürgers, mehr zu seinem persönlichen Schutz beizutragen. Baum sagte u. a.: „Als Anfang der 50er Jahre erste Überlegungen zur Wiedereinführung eines zivilen Bevölkerungsschutzes angestellt und in die Tat umgesetzt wurden, war für viele Menschen der Abstand zu den Wirren des letzten Krieges noch relativ kurz, das eigene schreckliche Erleben noch in frischer Erinnerung. Die internationale Lage war durch den Kalten Krieg, verschärft durch militärische Konflikte und bewaffnete Aufstände, gekennzeichnet. Der Korea-Krieg, die Ereignisse des 17. Juni 1953 und der Aufstand in Ungarn im Jahre 1956 sind hierfür markante Beispiele.“

Diese Situation führte damals jedermann die Notwendigkeit von Zivilschutzvorkehrungen deutlich vor Augen. Allerdings war die Bereitschaft, dafür einen eigenen Beitrag zu leisten, nicht sehr groß. An dieser etwas zwiespältigen Einstellung der Bürger hat sich bis heute nicht viel geändert . . . Die Ursachen für eine derartige Einstellung kennen wir nicht. Ist es die Überzeugung, angesichts der schrecklichen Erlebnisse des Zweiten Weltkrieges werde in Europa kein neuer Krieg eintreten? Ist es die fatalistische und falsche Einschätzung, im Falle eines Krieges wäre angesichts moderner Waffenwirkung Zivilschutz zwecklos? Oder ist es falsch verstandenes Anspruchsdenken, das allein den Staat für verpflichtet hält, Vorsorgemaßnahmen für den Verteidigungsfall zu treffen?

## Partnerschaftliches Zusammenwirken

Diese Fragen sind nicht nur akademischer Natur. Sie sind in hohem Maße gegenwarts- und lebensnah. Denn wenn es nicht gelingt, dem Bürger seine eigene Verantwortung für den eben nicht mit absoluter Sicherheit ausschließbaren Verteidigungsfall bewußt zu machen, wird der Staat allein die gewaltige Aufgabe des Zivilschutzes – denken Sie nur an den Schutzraumbau – nicht bewältigen können . . . Unerläßliche Voraussetzung für den Zivilschutz ist die Bereitschaft der Bevölkerung, selbst einen aktiven Beitrag zur eigenen Sicherheit zu leisten. Ohne diese Bereitschaft, materielle Opfer zu bringen, wird der Zivilschutz in weiten Bereichen unvollständig bleiben. Oder – anders ausgedrückt: Nur durch das partnerschaftliche Zusammenwirken zwi-

schen Bürger und Staat kann ein Optimum an Schutz und Rettung erreicht werden.

## Den Bürger überzeugen

Gerade aufgrund der gegenwärtigen gesamtpolitischen Lage und der angespannten Haushaltssituation ist es geboten, darauf erneut mit Nachdruck hinzuweisen. Wir müssen Mittel und Wege finden, den Bürger davon zu überzeugen, daß es notwendig und sinnvoll ist, einen eigenen Beitrag zum Zivilschutz zu leisten . . .

Die Qualität des Zivilschutzes wird in der Öffentlichkeit fast ausschließlich an den staatlichen Zivilschutzaufwendungen gemessen. Zweifellos ist ein Vollschutz unserer Bürger nicht möglich. Ebenso unbestritten ist jedoch, daß Schutzraumplätze für nur drei Prozent der Bevölkerung zu wenig sind. Dies ist aber auch Folge politischer Entscheidungen zu Beginn der Bundesrepublik, als beim Wiederaufbau andere Probleme als vordringlicher erschienen . . .

Staatliche und private Initiativen haben in den letzten 30 Jahren doch einiges Beachtliche zur Erhöhung des Zivilschutzes geleistet. Die finanziellen Mittel für den Zivilschutz verzeichnen nach mehrjähriger Stagnation in den letzten Jahren wieder kontinuierliche Zuwächse . . .

## Rettungspotential erheblich gestiegen

Bundesinnenminister Baum wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Bereich Zivilschutz durch die Haushaltskürzungen dieses Jahres nicht so stark wie etwa andere Bereiche betroffen sei. Der Politiker zeigte die vorrangige Verwendung der finanziellen Mittel für den Katastrophenschutz auf; seit Mitte der 70er Jahre sei das Rettungspotential von Bund und Ländern ganz erheblich gestiegen, und zwar auf ein Mehrfaches der ursprünglichen Leistungskraft. Ferner sagte Baum, daß durch die Schaffung der Katastrophenschutzgesetze von Bund und Ländern die bis dahin ungeordnete Materie auf eine solide und überschaubare Rechtsgrundlage gestellt worden sei, die Hilfspotentiale von Bund und Ländern nunmehr zu einem gemeinsamen System für den Katastrophen- und Verteidigungsfall zusammengefaßt sind und ein einheitliches Leitungs- und Führungsinstrument festgelegt wurde.

Durch das Konsolidierungsprogramm des Bundes werde das Rettungspotential auch in den nächsten Jahren noch erheblich ansteigen. Der Bundesinnenminister werde alles daran setzen, und hoffe dafür auch auf die Unterstützung seiner Kollegen im Bundestag, daß keine Abstriche an diesem Programm gemacht werden. Wenn man den Rettungsdienst der Länder mitberücksichtigt, der im Katastrophenfall in vollem



Umfang mit zur Verfügung stehe, werde der Leistungsanstieg noch deutlicher.

## **Eigenverantwortung des Bürgers**

Den bevorzugt ausgebauten Bereichen des Zivilschutzes, zu denen der Minister auch den Warndienst zählte, stehen jedoch der Schutzraumbau und der Selbstschutz gegenüber, die „nicht vergleichbare Fortschritte aufzuweisen“ hätten, dies müsse man unumwunden zugeben: „Richtig ist allerdings auch, daß die Entwicklung gerade auf diesen Gebieten wesentlich von der Mitwirkungsbereitschaft der Bevölkerung abhängt. Wenn im Schutzraumbau dem Staat immer wieder die Frage entgegengehalten wird, ob er sich vor der Verantwortung drücken wolle, dann muß man auch die Gegenfrage nach der Eigenverantwortung des Bürgers in diesem Bereich stellen. Beide Fragen kennzeichnen die Spannweite des Meinungsspektrums beim Schutzraumbau. Ich gehöre zu denjenigen, die der aktiven Mitwirkung des Bürgers bei der Verbesserung seines eigenen Schutzes einen sehr hohen Stellenwert beimessen . . .“

Baum unterstrich eindringlich, der einzelne Bürger müsse viel stärker als bisher auf seine Selbstverantwortung hingewiesen werden; der Staat könne im Hinblick auf den Schutzraumbau und den Selbstschutz allenfalls „Hilfe zur Selbsthilfe“ gewähren.

## **Neue Gesetzesvorhaben**

Der Innenminister sprach in seinen weiteren Ausführungen auch die Gesetzesvorbereitungen an, und zwar werde zur Zeit im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit mit Nachdruck an dem Gesundheitssicherstellungsgesetz, in seinem eigenen Hause an einem neuen Zivilschutzgesetz gearbeitet. Das neue Zivilschutzgesetz werde die Materie des geltenden Zivilschutzgesetzes, des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und des Schutzbaugesetzes zusammenfassen und aktualisieren. Die Verabschiedung dieses Gesetzes soll noch innerhalb der derzeitigen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages erfolgen.

## **Realistische Lösungen suchen**

Abschließend ging Baum noch einmal auf die finanzielle Situation ein: „Wir haben auf den genannten Gebieten einen beachtlichen Zuwachs an Schutz und Sicherheit für unsere Bevölkerung erreicht. Die noch bestehenden Lücken und Defizite zwingen uns aber, auch künftig mit aller Kraft nach Mitteln und Wegen zu suchen, um realistische, sachlich und finanziell vertretbare Lösungen zu finden. Diese Aufgabe nimmt

vor allem in einer Zeit sich verschärfender wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten an Komplexität zu. Gerade die letzten Haushaltsverhandlungen haben gezeigt, daß es nur mit äußerster Anspannung möglich war, in diesem Jahr den finanziellen Notwendigkeiten des Zivilschutzes noch einigermaßen gerecht zu werden . . .“

Bundesminister Baum unterstrich die Notwendigkeit, politische Prioritäten zu setzen und nannte hier den sozialen Bereich und die Verteidigung. Zugleich machte er deutlich, daß die zivile Verteidigung nicht hinter die militärische Verteidigung gestellt werden dürfe, da sonst die Verteidigung generell „unvollständig“ sei.

## **Impulse für den Zivilschutz**

Zu den Mitgliedern der Schutzkommission gewandt sagte Baum: „Sie, meine Damen und Herren der Schutzkommission, haben in den 30 Jahren des Bestehens dieser

Einrichtung schon manches Auf und Ab miterlebt. Sie haben bewiesen, daß engagierte Wissenschaftler auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen große Leistungen erbringen können . . .“

Groß sind Zahl und Bedeutung Ihrer Forschungsergebnisse, mit denen Sie in der Vergangenheit dem Zivilschutz immer wieder neue Impulse gegeben haben. Impulse, die darüber hinaus auch für friedenszeitliche Entwicklungen von erheblicher Bedeutung waren und sind. Der hohe Rang der Schutzkommission ist durch die exzellente wissenschaftliche Qualität ihrer Mitglieder geprägt . . .“

Für ihre besonderen Verdienste händigte Baum schließlich sechs Mitgliedern der Schutzkommission das vom Bundespräsidenten verliehenen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus, und zwar den Professoren Junge, Larenz, Friedberg, Jeschar, Mönig und Scharmman.

## **STELLENAUSSCHREIBUNG**

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter/-in der BVS-Dienststelle Göttingen**  
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab 1. 1. 1982 –
2. **Leiter/-in der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven**  
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab 1. 10. 1981 –
3. **Fachbearbeiter/-in bei der BVS-Dienststelle Kassel**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort –
4. **Fachbearbeiter/-in II4 (Öffentlichkeitsarbeit) bei der BVS-Landesstelle Bayern**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – 1. 7. 1981 –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bewerber mit abgeschlossener BVS-Fachausbildung werden bevorzugt.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **30. Juni 1981** zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz  
– Bundeshauptstelle –  
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung (auf dem Dienstweg).



Bundesforschungsminister Dr. Andreas von Bülow:

## „Wir müssen rechtzeitig alles zur Vorbeugung mögliche in die Wege leiten“

Bei Brandschäden ist in der Bundesrepublik eine „kritische Situation“ erreicht – Bei Forschungs- und Entwicklungsarbeiten intensiver auf Großschadensereignisse konzentrieren – BMFT gab von 1975 bis 1980 insgesamt 75 Millionen DM für die Förderung einschlägiger Vorhaben aus

Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) – AGBF – hielt am 27. und 28. April 1981 in Berlin ihre Vollversammlung 1981 ab. Vor den Mitgliedern der AGBF referierte Bundesforschungsminister Dr. Andreas von Bülow zu dem Thema „Maßnahmen und Möglichkeiten der Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Sicherheit, Brand- und Katastrophenbekämpfung und der Notfallrettung“. Dr. von Bülow bekannte, daß er diesen Bereich als ein „wichtiges Aufgabenfeld“ seines Ministeriums betrachte und führte zu den speziellen Problemen wörtlich aus:

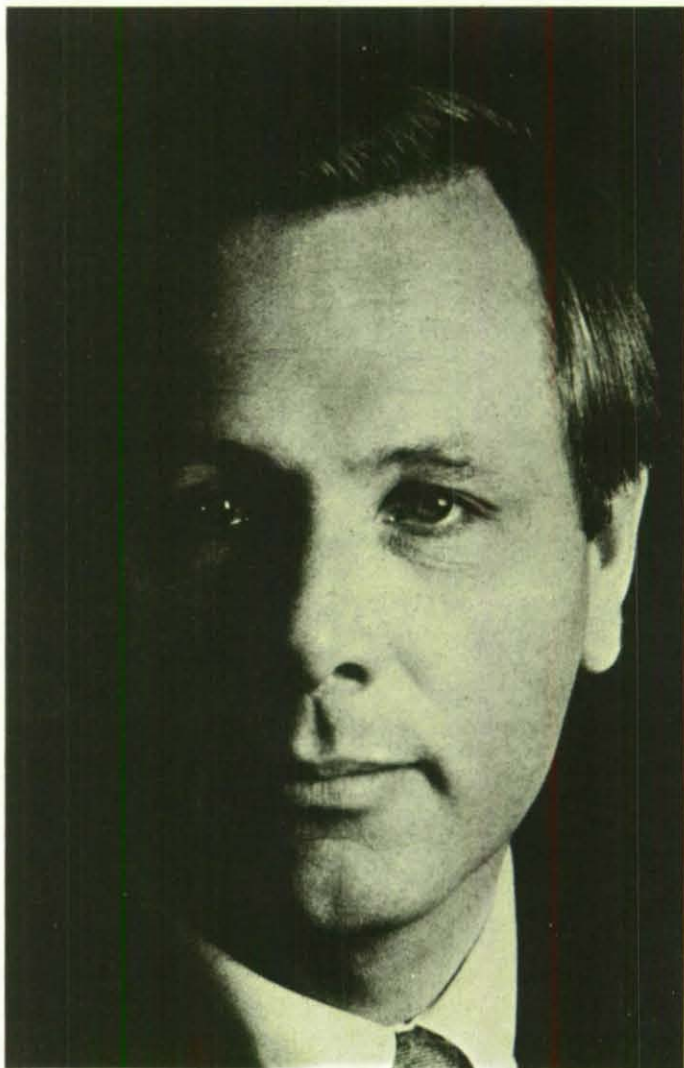
Ich muß zugeben, daß ich mich noch nicht in alle Einzelheiten der Problematik einarbeiten konnte, aber schon die vorliegenden Brandschadenstatistiken haben mich davon überzeugt, daß hier erhebliche Aufgaben vor uns liegen. Zu meinem Erschrecken mußte ich feststellen, daß die vorläufigen Zahlen für das Jahr 1980 eine Zunahme der „Millionenbrände“, also die Feuer-schäden mit mehr als 1 Mio. DM Schadenssumme, um 20% gegenüber 1979 ausweisen.

### „Kritische Situation erreicht“

Da schon das Jahr 1979 mit über 3,2 Milliarden DM regulierten Brandschäden eines der verlustreichsten Jahre in der Bundesrepublik Deutschland war, haben wir eine kritische Situation erreicht. Völlig unerträglich sind 1000 Tote und 5000 Arbeitsunfähige, die infolge von Brandkatastrophen zu beklagen sind. Das dauernde menschliche Leid entzieht sich der Beschreibung. Die Kosten für Renten an Hinterbliebene, für Versicherungsbeiträge und weitere Sozialleistungen betragen ein Mehrfaches der eigentlichen Aufwendungen für die Brandschäden.

Ich wage gar nicht daran zu denken, welche Verluste wir darüber hinaus zu beklagen hätten, wenn wir nicht unsere Feuerwehren hätten. Durch Ihren unermüdlichen und beispiellosen Einsatz, mit Mut und hoher Opferbereitschaft haben Sie täglich rund um die Uhr Schlimmeres verhindert.

Andreas von Bülow,  
Bundesminister für  
Forschung und  
Technologie.



Dafür möchte ich Ihnen im Namen der Bundesregierung danken und Sie auffordern, in Ihrem Einsatz nicht nachzulassen; wir alle brauchen Sie.

### Arbeit zielstrebig fortsetzen

Ich werde mich intensiv darum bemühen, Schadensvorbeugungen, -verhütung und Schadensminderung durch Forschung und Entwicklungsmaßnahmen weiter voranzubringen.

Unsere bisherigen Anstrengungen können sich – so meine ich – durchaus sehen lassen. So haben wir z. B. exemplarische Untersuchungen bei großindustriellen Brand- und Katastrophengefahren sowie

zu technologischen Risiken durchgeführt. Wir bemühen uns um die Steigerung der Sicherheit technischer Systeme und Anlagen von Transport- und Produktionsprozessen. Ebenfalls nennen möchte ich Untersuchungen auf dem Gebiet des vorbeugenden Brandschutzes, ferner die Entwicklung und Demonstration effektiver Warn- und Notfallmeldesysteme und die Einrichtungen für Notfallrettung. Trotz angespannter Haushaltslage müssen wir wegen der bedrohlichen Entwicklung unsere Zusammenarbeit ausbauen. Lassen Sie uns gemeinsam die im Jahre 1975 begonnene Förderungsaktivitäten des Forschungsministeriums zur Steigerung der Sicherheit unserer Bevölkerung und zur Verbesserung der für die Bevölkerung so



wertvollen Arbeit der Feuerwehren zielstrebig weiter fortsetzen.

## **Konstruktive Lösungen erarbeiten**

Durch die Entwicklung leistungsfähiger Gesamtsysteme auf der Basis neuer Technologien kann und soll auch die Entscheidungsgrundlage der in den Ländern und in den kommunalen Selbstverwaltungen zuständigen Stellen für zukünftige Investitionsmaßnahmen verbessert werden. Feuerwehr- und Katastrophenschutzrüstungen, Fahrzeuge und andere Geräte werden nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland benötigt. Etwa ein Drittel des Produktionswertes dieser Branche wird jährlich exportiert. Auch von daher rechtfertigt sich die Hilfe für die durchwegs mittelständische Industrietechnik.

Wie in verschiedenen anderen Förderbereichen, z. B. der Energie- und Umweltforschung, ist auch hier der Staat in besonderem Maße aufgerufen, über punktuelle Einzelinteressen und Einzelprobleme hinaus ausreichende Gesamtbetrachtungen zu forcieren und Systemzusammenhänge zu berücksichtigen, um so konstruktive Lösungen für die Zukunft zu erarbeiten.

## **„Sicherheitstechnischen Vorlauf erzeugen“**

Wir müssen auch Gefahren neuer Art in unsere Verbesserungen mit einbeziehen. Wir haben deshalb jüngere Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Steigerung der Sicherheit von Transportsystemen für gefährliche Stoffe auf der Straße und auf Binnenwasserstraßen aufgelegt. Insbesondere bei letzterem Projekt steht schon in der Entwicklungsphase die Frage der Sicherheit an erster Stelle vor der bisher zentralen Frage der Wirtschaftlichkeit.

Auf der Grundlage von Risikountersuchungen, die auch entfernte Schadensereignisse berücksichtigen, werden die Sicherheitsanforderungen definiert und konzipiert. Sie bestimmen direkt die konstruktive Ausführung, deren Wirtschaftlichkeit nun ermittelt wird. Nur bei positiven Ergebnissen können die weiteren Arbeitsschritte, wie Prototypenbau und Erprobung, eingeleitet werden.

Wir hoffen, mit dieser Vorgehensweise nicht nur einen wertvollen Beitrag zur reibungslosen Energieversorgung in zukünftigen Jahren zu leisten, sondern auch einen Sicherheitsstandard zu erreichen, der es z. B. gestattet, flüssiges Erdgas auf Binnenwasserstraßen zu transportieren, ohne die anwohnende Bevölkerung, angrenzende Siedlungsgebiete und nahegelegene Industrieanlagen zu gefährden.

Es ist nicht nur erklärtes Ziel unserer Förderungspolitik, die Sicherheit technischer

Systeme weiter zu verbessern, wir müssen auch versuchen, einen sicherheitstechnischen Vorlauf zu erzeugen, der eine detailliertere Reglementierung der industriellen Prozesse, der wirtschaftlichen und handelsnotwendigen Transportabläufe durch staatliche Verordnungen und Gesetze auf das Nötigste beschränkt. Wir haben hier teilweise Bürokratismus erzeugt, ohne wirklich konkret damit das Sicherheitsniveau zu verbessern.

## **Auf Großschadensereignisse konzentrieren**

Neue Wege werden auch bei speziellen Vorhaben auf dem Gebiet des vorbeugenden Brandschutzes, insbesondere bei Stahlbetonbauten begangen. Indem man den ganz speziellen Belastungsfall „Brand“ als analytisch erfassbaren Sachverhalt meßtechnisch behandelt, hofft man konstruktive Reserven zu erkennen, die die oft schweren Folgeschäden bei Bränden in Stahlbetonbauten reduzieren sollen.

Für die vor uns liegenden Aufgaben sind alle für die Brandsicherheit und Brandbekämpfung in unserem Lande verantwortlichen Kräfte gefordert. Der Bundesminister für Forschung und Technologie muß sich wegen der knapper werdenden Haushaltsmittel bei Forschungs- und Entwicklungsarbeiten intensiver auf Großschadensereignisse konzentrieren, bei denen große Bevölkerungsgebiete bedroht sind, bei denen wir mit der konkreten Gefährdung für das Leben von sehr vielen Menschen rechnen müssen. Bei möglichen neuartigen technischen Großkatastrophen müssen wir rechtzeitig alles zur Vorbeugung mögliche in die Wege leiten.

Dieses Ziel wird mit dem in Vorbereitung befindlichen Vorhaben zur Brandsicherheit und Brandbekämpfung im Bereich der Mineralölindustrie, insbesondere bei Großtanklagern, und das bereits laufende Projekt zur Brand- und Katastrophenbekämpfung aus der Luft mit Transallflugzeugen verfolgt. Diese Vorhaben haben hohe Priorität: Brände in Großtanklagern und Bevorratungsanlagen vernichten nicht nur erhebliche Mengen immer teurer werdender Ölvorräte, die Flammenwirkung belastet auch die unmittelbare Umgebung in erheblichem Umfang. Diese Wirkung wird nur noch übertroffen von ausgedehnten Flächenbränden. Waldbrände sind nur ein Beispiel für solche Großkatastrophen. Da die derartigen Großschadensfeuer jederzeit an zahlreichen Stellen entstehen können, brauchen wir bessere und effektivere Methoden, Verfahren und Geräte, die es erlauben, Flächenbrände mit verheerenden Auswirkungen schneller unter Kontrolle zu bekommen.

Auch im Bereich der Information bleibt noch einiges zu tun.

## **Brandursachenstatistik vorantreiben**

Bei über 3 Milliarden direkten Brandschäden in der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr reicht es nicht mehr aus, nur regional unterschiedliche Statistiken heranzuziehen, um Arbeitsschwerpunkte zur Verminderung dieser Verluste festzulegen. Es muß das Anliegen aller verantwortlichen Kräfte sein, recht bald einheitliche statistische Erhebungen im ganzen Land einzuführen, die unter den besonderen Fragestellungen u. a. der Brandursachen, Brandverläufe, des Schadensausmaßes ausgewertet werden müssen. Es ist eigentlich nicht zu verstehen, warum dieses Instrumentarium in unserer hochindustriellen Bundesrepublik noch nicht zur Verfügung steht.

Da eine bundesweite Analyse der Brandursachen auch eine wichtige Grundlage systematischer Forschungs- und Technologiepolitik zur Brand- und Katastrophenbekämpfung in Zukunft darstellt, wollen wir im Bundesministerium für Forschung und Technologie das Pilotprojekt „Deutsch-amerikanische Brandursachenstatistik“ weiter vorantreiben. Durch die kostenlose Übernahme der amerikanischen Auswertprogramme, die an deutsche Verhältnisse angepaßt werden müssen, können wir Förderungsmittel einsparen, vor allem aber unsere Daten- und Erfahrungsbasis wesentlich verbreitern und verlorene Zeit wieder zurückgewinnen.

## **Wesentlichen Beitrag geleistet**

Neben den genannten Forschungs- und Entwicklungsvorhaben werden mit Nachdruck auch die laufenden Projekte zur Verbesserung der Notfallrettung vorangetrieben. Sie befinden sich durchweg in entwicklungstechnisch fortgeschrittenen Stadien. Projektname wie „Autonotfunk“ und Rettungs- und Notarztwagen SAVE sind Ihnen weitgehend geläufig. Sie werden einen nicht unerheblichen Beitrag zur schnelleren Rettung aus gefährlichen und lebensbedrohenden Situationen leisten.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hat seit 1975 bis Ende 1980 für die Förderung von Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Sicherheit, der Brand- und Katastrophenbekämpfung und der Notfallrettung insgesamt über 75 Millionen DM ausgegeben. Wir haben damit einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Sicherung unserer Bevölkerung vor technischen und naturbedingten Gefahren leisten können. Im Interesse der Sicherheit unserer Bürger wollen wir diese Aktivitäten weiter fortführen.



Alfred-Joachim Hermanni

„MS Flora“ seit 1979 in Südostasien

## Auf „Kreuzfahrt der Menschlichkeit“

Deutsches Rotes Kreuz entsandte Hilfsschiff zur Versorgung der „Boat-People“ –  
Eine halbe Million Menschen floh vor der Gewalt – Humanitäre Hilfe in vielfältigster Weise

Einer der größten Flüchtlingsströme ist 1978 in Indochina entstanden: Aus Vietnam, Kambodscha und Laos floh rund eine halbe Million Menschen vor der Gewalt. Jeder zweite von ihnen wählte den Fluchtweg über das Meer: „Boat-People“ wurden die Menschen genannt, die sich mit ihren zerbrechlichen Booten auf den weiten und gefährlichen Wasserweg getraut hatten. Fernsehansichten und Zeitungen verbreiteten in aller Welt die Einzelschicksale der Flüchtlinge, grauenvolle Bilder gingen rund um den Erdball.

Das Deutsche Rote Kreuz engagierte sich zusammen mit vielen anderen Rotkreuzgesellschaften und einigen spontan gegründeten Hilfsorganisationen für die humanitären Grundbedürfnisse der Flüchtlinge. So mußten Nahrung, Trinkwasser, Unterkünfte und die medizinische Versorgung sichergestellt werden. Zu den weiteren Aufgaben zählte die Zusammenführung verstreut lebender Familienmitglieder (manche waren auf der Flucht getrennt worden, weitere lebten in anderen südostasiatischen Lagern) und die Wiedereingliederung (Reintegration) in den neuen Kulturkreis eines fremden Landes, des Gastlandes. Die Indochina-Flüchtlinge hatten hauptsächlich in Malaysia, Hongkong, Singapur und China Aufnahme gefunden.

Aus der Arbeit der Hilfsorganisationen, die in Indonesien tätig sind oder waren, möchte der Autor exemplarisch die des Hilfsschiffes „MS Flora“ des Deutschen Roten Kreuzes beschreiben, die mit der Entsendung am 1. September 1979 begann. Von Bremerhaven aus startete das DRK-Hilfsschiff „MS Flora“ zu einer vielbeachteten „Kreuzfahrt der Menschlichkeit“ in Richtung Indonesien, wo auf zahlreichen Inseln 40000 Flüchtlinge auf Unterstützung warteten. Die „MS Flora“, die durch Spenden der deutschen Bevölkerung, durch eine großzügige Pressekampagne vieler bundesdeutscher Zeitungen und mit Bundes- und Landeszuschüssen finanziert werden konnte, sollte die Inseln anlaufen, die Bewohner medizinisch betreuen und mit Hilfsgütern versorgen.

Das Motorschiff „MS Flora“ ist das erste Hilfsschiff, dessen Eigentümer das Deutsche Rote Kreuz ist und das im Auftrag des DRK in Notstandsgebieten in aller Welt eingesetzt werden kann. Dem Deutschen Roten Kreuz stand allerdings während des Vietnamkrieges in Saigon und DaNang bereits das Hospitalschiff „Helgoland“ für



„MS Flora“, das Hilfsschiff des Deutschen Roten Kreuzes, ist seit 1979 auf „Kreuzfahrt der Menschlichkeit“.

Einsätze zur Verfügung, das aber damals von der Bundesregierung gechartert worden war und dem DRK nur leihweise fünf Jahre lang für die Behandlung von mehr als 12000 verletzten und kranken Zivilisten bereitstand. Die „MS Flora“ dagegen ist kein reines Hospitalschiff, sondern ein vielfältig einsetzbares Versorgungsschiff. Das Hilfsschiff ist mit seiner Mannschaft (Stammesatzung: mindestens 15 Personen) in der Lage, betreuungsdienstliche Aufgaben wie Aufbau von Unterkünften, Herstellung und Ausgabe von Verpflegung, Versorgung von katastrophengeschädigten Menschen mit Kleidung und Gegenständen des täglichen Bedarfs, Wolldecken und anderen dringend benötigten persönlichen Artikeln zu übernehmen.

Seine Mannschaft kann im medizinischen Bereich Ambulanzen aufbauen und betreiben. Ein Hilfskrankenhaus kann errichtet und zusammen mit ortsansässigen Ärzten und Pflegepersonal oder auch mit eigenen Kräften allein betrieben werden. An Bord ist zur Betreuung besonderer Fälle eine medizinisch-operative Einheit und eine Krankenstation eingerichtet.

Die „MS Flora“ kümmert sich aber nicht

nur um die Flüchtlinge, sondern hilft auch der notleidenden Bevölkerung. Vom Schiff aus können rettungsdienstliche Einsätze betrieben werden, Impfungen und, zusammen mit den Gesundheitsbehörden betroffener Länder, gesundheitliche Sanierungsmaßnahmen, auch Desinfektionen etc., durchgeführt werden.

Das Hilfsschiff kann mit seiner technischen Einrichtung und seiner Ausrüstung sowie den mitgeführten Kraftwagen spezielle technische Funktionen im Zusammenhang mit den erwähnten Aufgaben, wie etwa Wasseraufbereitung, Versorgung mit elektrischem Strom usw. übernehmen.

Schließlich ist das Hilfsschiff in der Lage, Massengüter wie Verpflegung, Multivitamine, Medikamente usw., die unmittelbar an die betroffene Bevölkerung ausgegeben werden, zu transportieren. Eigene Transportmittel befähigen die Mannschaft des Hilfsschiffes, die Verteilerorganisation an Ort und Stelle zu unterstützen oder die Verteilung von Gütern auch selbst zu übernehmen. In Zusammenarbeit mit dem Indonesischen Roten Kreuz und unter Kontrolle des UNHCR wurden von Tanjung Pinang aus dem DRK und anderen Hilfsor-





Blick in eines der zahlreichen Flüchtlingscamps, wie sie in Malaysia, Indonesien, Singapur und anderen Ländern bestehen.



„Geschäftsstraße“ im Camp „Kuku“ (Anambas-Inseln): Hier wird bescheidener Handel betrieben; auch Frisöre, Schneider und Bäcker haben ihre Läden.



Der größte Teil des Lagerlebens wird mit Warten verbracht – warten auf eine bessere Zukunft oder gar auf die Rückkehr in die Heimat?



Übernahme eines Patienten auf „MS Flora“: Das Hilfsschiff kreuzt zwischen den indonesischen Inseln und betreut Flüchtlinge wie Inselbewohner auch medizinisch.

ganisationen Lebensmittelpakete zusammengestellt und an die Flüchtlinge verteilt.

Das Hilfsschiff kann mit seiner Ausrüstung mindestens 10000 Personen in Zelten unterbringen und mit Wolldecken versorgen. Es kann gleichzeitig ein oder mehrere Krankenhäuser mit 210 Betten aufbauen und mit einer Ladung von ca 1000 t Massengütern viele tausend Personen direkt oder indirekt verpflegen.

Die „MS Flora“ ist ein hochseefähiges Frachtmotorschiff, das auch im Küstengebiet eingesetzt werden kann. Es hat rund 1500 BRT, eine Maschine mit 1500 PS, Tiefgang von 4,00 m CWL, ist 72 m lang und 11,50 m breit. Es entwickelt eine Geschwindigkeit von 12 sm/h und hat damit eine tägliche Reichweite von rd. 530 km.

Das Hilfsschiff hat eine Stammbesatzung von 15 Personen, im Einsatz erhöht sich die Zahl auf mindestens 18 bis 35, je nach dem Einsatzzweck, darunter sind Logistiker, Ärzte, Schwestern, Krankenpfleger, Sanitäter, technische Helfer, nicht zuletzt die seemannische Besatzung. Die Mannschaft ist angewiesen, mit den internationalen Gremien des Roten Kreuzes – bei Naturkatastrophen mit der Liga der Rotkreuzgesellschaften, bei kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem Internationalen Roten Kreuz – zusammenzuarbeiten.

Ein wichtiges Gebot ist die Zusammenarbeit mit der jeweils betroffenen nationalen Rotkreuzgesellschaft, zu deren Unterstützung das Schiff entsandt wird. Seit 1979 gibt es einen Vertrag zwischen dem Indonesischen Roten Kreuz und dem DRK über den gemeinsamen Einsatz der „MS Flora“ in den indonesischen Gewässern.

Die internationale Zusammenarbeit brachte bisher erstaunliche Ergebnisse: Seit April 1980 wurden über 2000 indonesische Patienten betreut, über 100 Operationen durchgeführt und durch die Verteilung von Reis erheblich die Ernährungslage verbessert. Es gab Monate, wo 800 Indonesier ambulant versorgt wurden und in vielen Fällen das Leben von Patienten nur durch größere Operationen gerettet werden konnte.

Der Flüchtlingsstrom aus Indochina läßt zwar nach, doch fliehen noch Tausende von Vietnamesen auf der Suche nach einer neuen Heimat. Erst unlängst hat der DRK-Präsident in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen, daß Flüchtlinge und indonesische Bevölkerung ohne den Beistand der Hilfsorganisationen nur geringe Überlebenschancen haben, denn vor Ort gibt es in den meisten Fällen weder Trinkwasser und Nahrungsmittel noch ausreichende medizinische Versorgung. Die „MS Flora“ ist auch in Zukunft ein unverzichtbarer Bestandteil des internationalen Hilfsprogramms für diese Region der Welt.



## Eine gezielte technische Hilfeleistung

Ausbildung an der Katastrophenschutzschule des Bundes – Außenstelle Hoya

Der Gerätesatz „Pumpen“ zählt zur organisationseigenen Ausstattung des Technischen Hilfswegens. Bestehend aus den Pumpen in Zweitfunktion von Einheiten bzw. Helfern des THW-Bergungs- und Instandsetzungsdienstes.

Die Pumpenausstattung ermöglicht eine gezielte technische Hilfeleistung bei Hochwasserkatastrophen zum Schutz von Menschen, Tieren, Gebäuden und Anlagen (Bilder 5 bis 8). Aber auch bei Rohrleitungsbrüchen und ähnlichen Alltagsereignissen können Wasserschäden verhindert oder verringert werden. Auch zum Füllen und Entleeren von Wasserbehältern (Schwimmbekken, Aquarien usw.) können die Pumpen eingesetzt werden (Bild 8). Darüber hinaus eignet sich insbesondere die Tragkraftspritze (TS 2/5) für die Bekämpfung von Klein- und Entstehungsbränden der Brandklasse A.

### Umfangreiche Ausstattung

Alle Pumpen sind zum Fördern von reinem bis zu leicht verschmutztem Wasser (Sink- und Trübstoffe) geeignet. Die Elektrotauchpumpe 800 ist auch für gröber verschmutztes Wasser bis zur Korngröße 30 mm zugelassen.

Der Gerätesatz „Pumpen“ beinhaltet im wesentlichen folgende Ausstattung (Bild 4):

- 2 Stromerzeuger 5 kVA
- 2 Tragkraftspritzen TS 2/5
- 2 Elektrotauchpumpen 1000 (Volumenstrom 1000 l/min)
- 2 Elektrotauchpumpen 800 (Volumenstrom 800 l/min)
- 2 Elektrotauchpumpen 400 (Volumenstrom 400 l/min)
- Schläuche, Armaturen, Zubehör (Druck- und Saugschläuche, Übergangsstücke, Schlüssel für Unter- und Oberflur-Hydranten, Schlauchbrücken, Stützkrümmer, Verteiler, Arbeitsleinen und Kabeltrommeln).

Die Einteilung und Verlastung des Gerätes der Pumpengruppe erfolgt in zwei nahezu gleichartigen Truppenausstattungen, die auf 2-Rad-Anhängern transportiert werden (Bilder 1 bis 3). Diese Einteilung ermöglicht den Einsatz von zwei Pumpentrupps je

weils an verschiedenen Schadensstellen. Zur Bedienung ist somit mindestens eine Gruppe eines THW-Bergungs- oder Instandsetzungszuges erforderlich.

Für besondere Bedarfsfälle stehen bei den THW-Landesverbänden außerdem Elektro-Tauchpumpen mit einer Leistung von je 3000 l/min sowie Tragkraftspritzen TS 20/3 mit entsprechendem Zubehör zur Verfügung.

### Ausbildung in Hoya

Das Bedienungspersonal für den Ausstattungssatz „Pumpengruppe“ wird an der Katastrophenschutzschule des Bundes – Außenstelle Hoya – in jeweils einwöchigen THW-Sonderlehrgängen ausgebildet.

Aus der Erkenntnis, daß nur gezieltes, fachgerechtes Vorgehen und der technisch und taktisch richtige Umgang mit der Ausstattung unter Beachtung der Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften größtmöglichen Erfolg bei entsprechenden Einsätzen garantiert, werden die Lehrgangsteilnehmer in theoretischen und praktischen Ausbildungsteilen auf ihre Aufgaben vorbereitet (Bilder 13 bis 15).

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen wirkungsvollen Einsatz der Pumpen ist eine sorgfältig durchgeführte Erkundung. Das Erkundungsergebnis muß im einzelnen Auskunft geben über:

- Lage der Schadensstelle
- Schadensursache
- Menge und Verschmutzungsgrad des Wassers
- Saugstelle
- Ableitungsmöglichkeiten des Wassers
- Gefahren an der Einsatzstelle.

### Theoretische Grundlagen

Weiterhin ist die Kenntnis der wichtigsten theoretischen Grundlagen des Pumpens notwendig. Beim Pumpen der zu fördernden Flüssigkeit wird durch den Antrieb mechanische Energie zugeführt. Dadurch wird es möglich, Höhendifferenzen und die Rohrreibungswiderstände in den Rohr- bzw. Schlauchleitungen zu überwinden.

Die notwendige Antriebsleistung der Pumpe ist abhängig von

● dem Volumen, das sie in einer bestimmten Zeit fördern soll und

● der Höhendifferenz, um die die Flüssigkeit gehoben werden muß.

Die Saugwirkung einer Pumpe beruht auf der Einwirkung des atmosphärischen Luftdrucks auf die zu fördernde Flüssigkeit (Bild 12). Die geodätische Saughöhe als Abstand zwischen Flüssigkeitsoberfläche und dem Standort der Pumpe (Pumpengehäuse-Mitte) wird u. a. vom Luftdruck bestimmt.

Der Volumenstrom einer Pumpe hängt ab von den technischen Werten der Pumpe, den Verhältnissen an der Schadensstelle und den Eigenschaften des Fördergutes (Bild 11). Faktoren wie Vergrößerung der Förderhöhe, Vergrößerung der geodätischen Saughöhe, große Reibungsverluste durch lange Schlauchleitungen, starke Verschmutzungsabgabe des Stromerzeugers können den Volumenstrom stark herabsetzen.

Volumenstrom und Förderhöhe stehen in engem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis (Bilder 9 und 10). Oftmals kommt es vor, daß das Wasser an der Schadensstelle über so große Höhen befördert werden muß, daß die mögliche Förderhöhe einer einzelnen Pumpe überschritten wird. Dies würde zum völligen Versiegen des Volumenstroms führen. In diesen Fällen kann durch besondere Maßnahmen (besonders Betriebsarten) dennoch eine Hilfeleistung ermöglicht werden.

Als besondere Betriebsarten bieten sich an (Bilder 16 und 17):

- Hintereinanderschaltung zweier Elektrotauchpumpen 1000 (Tandembetrieb),
- Hintereinanderschaltung je einer Tauchpumpe und einer oder mehrerer TS 2/5 sowie
- Pufferbetrieb (offene Förderstrecke).

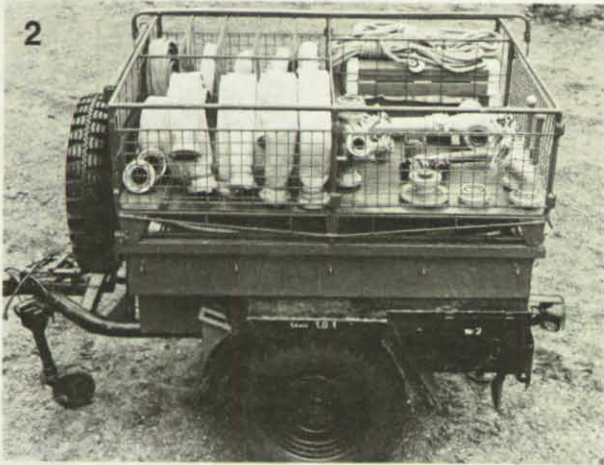
Die im Lehrgang vermittelten theoretischen und praktischen Kenntnisse sollen den Lehrgangsteilnehmer in die Lage versetzen, den Einsatz der Pumpen nach den an der Schadensstelle vorgefundenen Verhältnissen zu planen und aufgrund der in der praktischen Ausbildung gewonnenen Fertigkeiten durchzuführen.



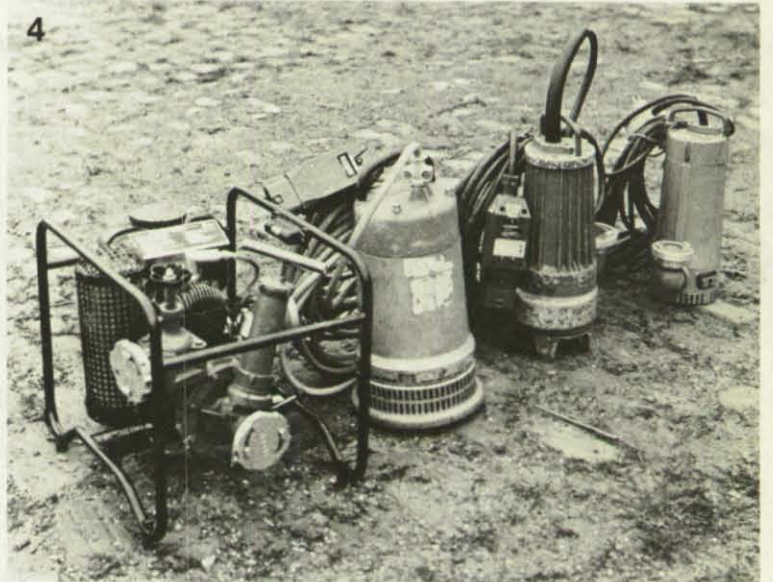
1



2



4



3



5



Bild 4: Pumpen, die zur Ausstattung einer Pumpengruppe gehören. Von links: Motorpumpe TS 2/5, Elektro-Tauchpumpen 1000, 800 und 400.

Bild 5: Die Elektro-Tauchpumpe 1000 wird von einem Helfer für den Einsatz vorbereitet. Der Stützkrümmer soll ein Abknicken des Druckschlauches verhindern.

Bild 1: Zugfahrzeug mit Pumpenanhängen 0,5 t abmarschbereit.

Bild 2: Durch den zusätzlichen Aufbau für den Pumpenanhängen können die Schläuche, Armaturen und Schlauchbrücken übersichtlich verlastet werden.

Bild 3: Wird der Aufbau zurückgezogen, werden die im Pumpenanhängen verlasteten Geräte für den Einsatz freigegeben.



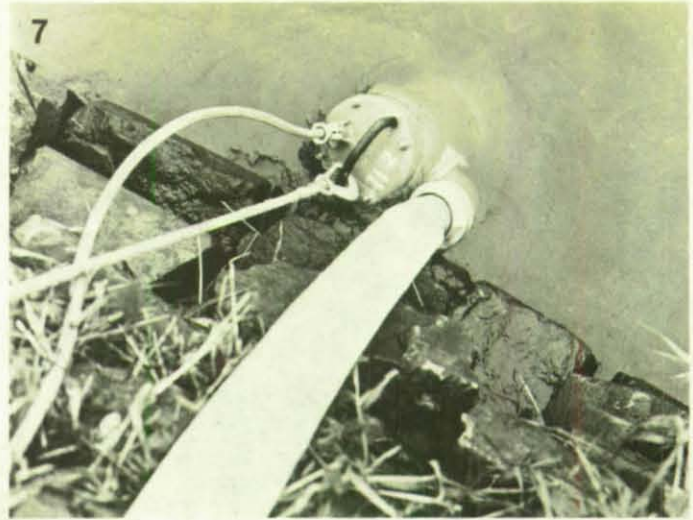


Bild 6: Mit einer Arbeitsleine wird die Elektro-Tauchpumpe ins Wasser abgelassen.

Bild 7: Die Elektro-Tauchpumpe ist einsatzbereit.

Bild 8: Auch die Handhabung der Druckschläuche muß geübt werden.

Bild 9: Um einen Brunnen leerzupumpen, setzen die Helfer hier eine TS 2/5 ein.





10



Bild 10: Ist die Saughöhe für die TS 2/5 zu groß, muß eine der drei zur Verfügung stehenden Elektro-Tauchpumpen eingesetzt werden. Mit einer Arbeitsleine sicher geführt, wird die Pumpe abgelassen.

Bild 11: Große Förderhöhe (50 m Ws bei 100 l/min) und geringes Gewicht sind die Vorzüge der TS 2/5.

Bild 12: Muß mit Saugschläuchen eine große Höhe überwunden werden, so ist es erforderlich, daß zur Entlastung der Saugkupplungen und -schläuche ein Halbschlag um die untere Kupplung gelegt wird. Mit der zweiten Arbeitsleine kann das Rückschlagventil bedient werden.

12







14



15

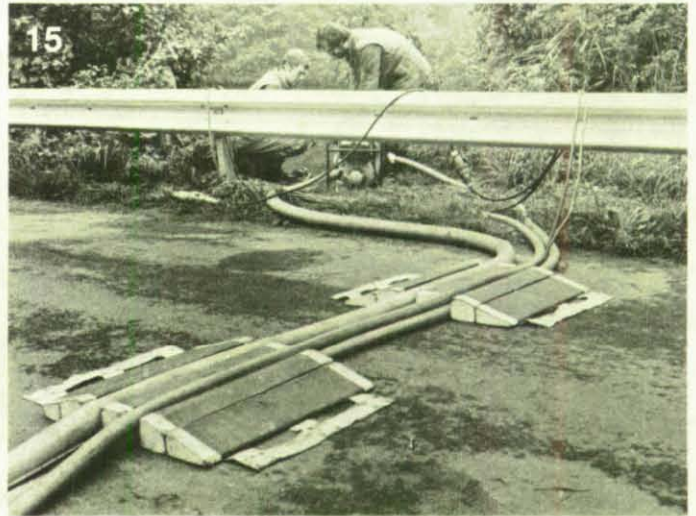


Bild 13: Helfer im Kampf um die Zeit. Wer von den eingesetzten Pumpentrupps hat zuerst Wasser am Strahlrohr?

Bild 14: Die Tragkraftspritze ist in Stellung gebracht; schnell muß die Verbindung mit Saug- und Druckschläuchen zwischen der Wasserentnahmestelle und dem Strahlrohr hergestellt werden.

Bild 15: Oft müssen Druckschläuche über Verkehrswege gelegt werden. Dann werden Schlauchbrücken ausgelegt. Je nach Verkehrsaufkommen müssen Helfer zur Verkehrsregelung abgestellt werden.





**Bild 17:** Helfer haben einen Pufferbetrieb aufgebaut. Mit dieser besonderen Betriebsart ist es möglich, unter Einsatz eines Zwischenbehälters eine große Förderstrecke zu überbrücken, auch wenn die zur Verfügung stehenden Pumpen sehr unterschiedliche Volumenströme haben.



**Bild 16:** Reicht die Förderhöhe einer Tauchpumpe nicht aus, so kann zum Tandembetrieb übergegangen werden. An der oberen Pumpe muß dann ein Serienkupplungsflansch angebaut werden, an dem der Druckschlauch angeschlossen wird. Mit dieser besonderen Betriebsart kann eine Förderhöhe von ca. 30 m überwunden werden.

**Bild 18:** Ein Ruderboot ist voll Wasser gelaufen: Helfer pumpen mit einer TS 2/5 das Wasser aus dem Boot. Ziel dieses Einsatzes ist es, auch unter erschwerten Bedingungen (räumliche Enge, schwankendes Boot) den Betrieb der Pumpen zu üben.



Bundesinnenminister Baum über das THW:

## „Eine tragende Säule des Katastrophenschutzes“

THW-Bundeswettkampf 1981 in Hamburg – Leistung des THW gewürdigt

Der 6. Wettkampf des Technischen Hilfswerks auf Bundesebene fand am 16. Mai 1981 in Hamburg-Finkenwerder auf dem Gelände einer ehemaligen Werft statt. In Anwesenheit fachkundiger Zuschauer kämpften 33 Mannschaften aus allen elf THW-Landesverbänden in den Disziplinen „Bergung“ und „Instandsetzung“ sowie im Bereich „Jugendarbeit“ um die ersten Plätze.

Prominentester Gast war Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum, der in seiner Ansprache bei der Siegerehrung das THW als eine „tragende Säule des Katastrophenschutzes“ in der Bundesrepublik Deutschland würdigte. Die Aufbauleistung

des THW in den letzten Jahren sei aner kennenswert. Weitere Fortschritte seien, so der Bundesinnenminister, noch bei der Ausstattung und bei der öffentlichen Anerkennung des THW zu erzielen.

Den Dienst im Katastrophenschutz nannte Minister Baum ein Beispiel für staatsbürgerliches Engagement, welches zeige, daß viele Menschen nicht nur eine materielle Lebenserfüllung anstrebten.

Worte der Anerkennung für den Ausrichter des Wettkampfes, den THW-Landesverband Hamburg, fand der Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg, Alfons Pawelczyk, der die gute Zusam-

menarbeit zwischen dem Senat und dem THW in Hamburg hervorhob. Der Schwerpunkt der Arbeit des Hamburger THW liege im Rahmen der Deichverteidigung.

Der THW-Landesverband Hamburg hatte sich unter engagierter Beteiligung der ehrenamtlichen Kräfte aus den sieben Bezirksverbänden ein Jahr lang gründlich auf den Wettkampf vorbereitet und konnte als Ergebnis eine exzellent organisierte Veranstaltung mit einem attraktiven Rahmenprogramm präsentieren.

Ein ausführlicher Bericht über den diesjährigen THW-Bundeswettkampf wird das Zivilschutz-Magazin noch veröffentlichen.



Eine der Aufgaben aus dem Bereich „Bergung“, die Geschick und Kraft erforderte.



Als Beobachter beim Bundeswettkampf: Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum, Innensenator Alfons Pawelczyk, THW-Direktor Hermann Ahrens und der Landesbeauftragte für Hamburg, Günther Trautvetter.



Bundesinnenminister Baum gratuliert der siegreichen Jugendgruppe.



Als eine „tragende Säule des Katastrophenschutzes“ bezeichnete Bundesinnenminister Baum das THW.



Ulrich Weidner

Ein Beispiel aus Skandinavien:

## Zivilschutz in Finnland

Im „Land der tausend Seen“ gibt es für über 50 Prozent der Bevölkerung Schutzräume – Eine vielbeachtete Zivilschutz-Organisation

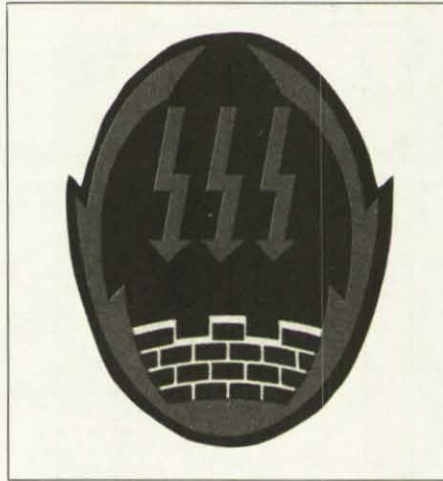
Gunnar Öhman steht an einem jener Apparate, die in Las Vegas „einarmige Banditen“ und bei uns weniger prosaisch „Geldspielautomaten“ genannt werden: Er wirft eine (Finn-)Mark, eine zweite, eine dritte ein. Der Automat reagiert darauf wie gewohnt – er läuft und läuft, gibt aber von seinem, auf relativ leichte Weise verdientem Geld nichts wieder her. Trotz allem schmunzelt Gunnar Öhman – denn er hat doch gewonnen! Dem etwas verwunderten Gast aus der Bundesrepublik erklärt Öhman, Generalsekretär des finnischen Zivilschutzverbandes, den nicht einfach zu durchschauenden Sachverhalt: Der finnische Geldautomaten-Verband ist mit nicht unbeträchtlichen Summen einer der Financiers des Zivilschutzverbandes!

Nicht nur diese Form der teilweisen Finanzierung dürfte einmalig in der Welt sein, auch in vielen anderen Bereichen gehen die Finnen in bezug auf den Zivilschutz eigene, sehr erfolgreiche Wege. Rund 2,4 Millionen vorhandene Schutzplätze sichern über 50 Prozent aller Staatsbürger bei Kriegsgefahr ein hohes Maß an Sicherheit, in Helsinki gibt es sogar für 83 Prozent der Einwohner einen Schutzplatz. Und jährlich kommen 80 000 bis 100 000 neue hinzu – dies sind Zahlen, die allenfalls noch von der Schweiz übertroffen werden.

Der finnische Zivilschutzverband bestand 1977 bereits ein halbes Jahrhundert; am 20. November 1927 als „Finnischer Gasverteidigungsverband“ gegründet, ist er die älteste Organisation dieser Art in der Welt. Fachleute aus vielen Ländern haben den finnischen Zivilschutz in den vergangenen Jahren studiert und einen beispielhaften Stand attestiert. – Gründe gibt es genug, sich mit den Bemühungen dieses Landes um den Schutz der Bevölkerung einmal eingehend zu befassen.

### Finnland – Land der Wälder und Seen

Was fällt uns ein, wenn wir an Finnland denken? Mitternachtssonne, Elche, Seen, Sauna – in beliebiger Reihenfolge. Finnland ist mit 337 000 Quadratkilometern Fläche fast anderthalbmal so groß wie die Bundesrepublik (249 000 qkm), wobei rund 60 Prozent bewaldet ist, hauptsächlich mit Kiefern, Fichten und Birken. Rech-



Emblem des Finnischen Zivilschutz-Verbandes.

net man die Moor- und Sumpfflächen hinzu, kommt man auf 71 Prozent der Bodenfläche, weitere 9 Prozent sind Gewässer – und zwar nicht die oft zitierten 1 000 Seen, es sind rund 60 000 mit 30 000 Quadratkilometern Wasserfläche.

In diesem Land, das eine Längenausdehnung von 1 160 Kilometern hat (bis knapp 50 Kilometer vor der Eismeerküste im Norden) und maximal 540 Kilometer breit ist, leben 4,7 Millionen Menschen. Die Besiedelung ist äußerst unterschiedlich: 60 Prozent wohnen in den Ballungsräumen des Südens, 40 Prozent in ländlichen Bereichen. Die Einwohnerzahl beträgt je Quadratkilometer im Durchschnitt 15, jedoch in der Provinz Uudenmaa (mit Helsinki) fast 100, in der Gemeinde Inari in Lappland nur zwei. Diese Gemeinde Inari ist flächenmäßig so groß wie Schleswig-Holstein, zählt aber nur 7 700 Einwohner.

Die größte Stadt – zugleich Regierungssitz – ist Helsinki mit 500 000 Einwohnern; jeder zehnte Finne wohnt also in seiner Hauptstadt. Die nächstgrößere Stadt, Tampere, hat 165 000 Einwohner.

### Finnland – Land der Gegensätze

Die enorme Nord-Süd-Ausdehnung des Landes führt klimatisch zu schärfsten Gegensätzen. In Nordfinnland beginnt der Winter im Oktober, Frühling wird es erst

Ende Mai, der Sommer dauert im Süden 110 Tage, im Norden 50 bis 80 Tage. In Finnisch-Lappland liegt die Fels- und Sumpftundra sechs bis sieben Monate unter Schnee, acht Wochen scheint keine Sonne, dafür bleibt die Mitternachtssonne am 70. Breitengrad, dem nördlichsten Punkt, vom 16. Mai bis zum 26. Juli ununterbrochen über dem Horizont!

Die Landschaft ist geprägt von der Eiszeit: Mächtige Gletscher „hobelten“ das Land ab, im Inneren werden maximal nur wenige hundert Meter Höhe erreicht, im äußersten Norden steigt es auf über 1 000 Meter an. Von der Eiszeit zurück blieb also ein ziemlich glattgeschliffenes, felsiges Landesinnere mit zahlreichen Seenplatten, Mooren und Sümpfen und, im Süden, mit schier unendlichen Wäldern. Die Küstenbereiche – Finnland hat rund 1 100 Kilometer Küstenlinie, „echte“ Uferlänge am Bottnischen und Finnischen Meerbusen 4 600 Kilometer – sind landwirtschaftlich genutzt.

### Finnland – ein altes, „junges“ Land

Wenn man es geschichtlich genau nimmt, ist Finnland ein „junger“ Staat: Von 1154 bis 1809, also 650 Jahre lang, gehörte es zum Königreich Schweden, danach war es autonomes Großfürstentum, vereinigt mit Rußland. Die Unabhängigkeitserklärung erfolgte erst 1917, zeitlich parallel zur russischen Revolution. Seit der Unabhängigkeit ist Finnland Republik, der Staatspräsident hat relativ weitreichende Vollmachten, u. a. ist er im Verteidigungsfall Oberbefehlshaber über die militärische und zivile Verteidigung.

Wirtschaftlich lebt Finnland längst nicht mehr allein vom Holz, zwar sind noch 40 Prozent aller Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft tätig, doch bereits 30 Prozent in der Metallindustrie. Größter Handelspartner ist die Sowjetunion, an die 1977 allein 19 Prozent aller Exporte gingen und die in der Importbilanz 20 Prozent erreichte. Die Bundesrepublik nimmt beim Export mit 10 Prozent den vierten, bei den Importen mit 14 Prozent den zweiten Platz ein. Holz und Papier machen immerhin noch 40 Prozent des Exportes aus.



## Grundlagen der Politik, Sicherheitspolitik, Verteidigung

In einer etwas schwierigen Lage ist der Besucher aus der Bundesrepublik, wenn das Gespräch auf die Politik kommt. Ein deutsches Wort kennen alle Finnen, auch jene, denen sonst diese Sprache fremd ist: „Finnlandisierung“. Man versteht in Helsinki, Turku und anderswo den Hintergrund dieses Wortes nicht und betont – ganz gleich, wo sonst der politische Standpunkt des Gesprächspartners zu suchen ist – die Unabhängigkeit des Staates (vor allem von dem mächtigen Nachbarn im Osten) und die strikte Neutralität. Tatsache ist, Finnland schloß nach dem sogenannten „Winterkrieg“ mit Rußland (1939/40) und der Abtretung eines bedeutenden Teils Kareliens mit der UdSSR 1948 einen Vertrag über „Freundschaft, Zusammenarbeit und Beistand“, der 1970 um zwanzig Jahre verlängert wurde. Dieser Vertrag wird in Ost und West – und offensichtlich auch in Finnland – unterschiedlich beurteilt; die mit „Finnlandisierung“ umschriebene Situation wird in Helsinki jedoch generell anders gesehen. Notabene: Der zitierte Vertrag zwischen der UdSSR und Finnland geht für den Beistandsfall von einer militärischen Attacke Deutschlands oder eines mit ihm alliierten Landes auf Finnland oder die Sowjetunion aus!

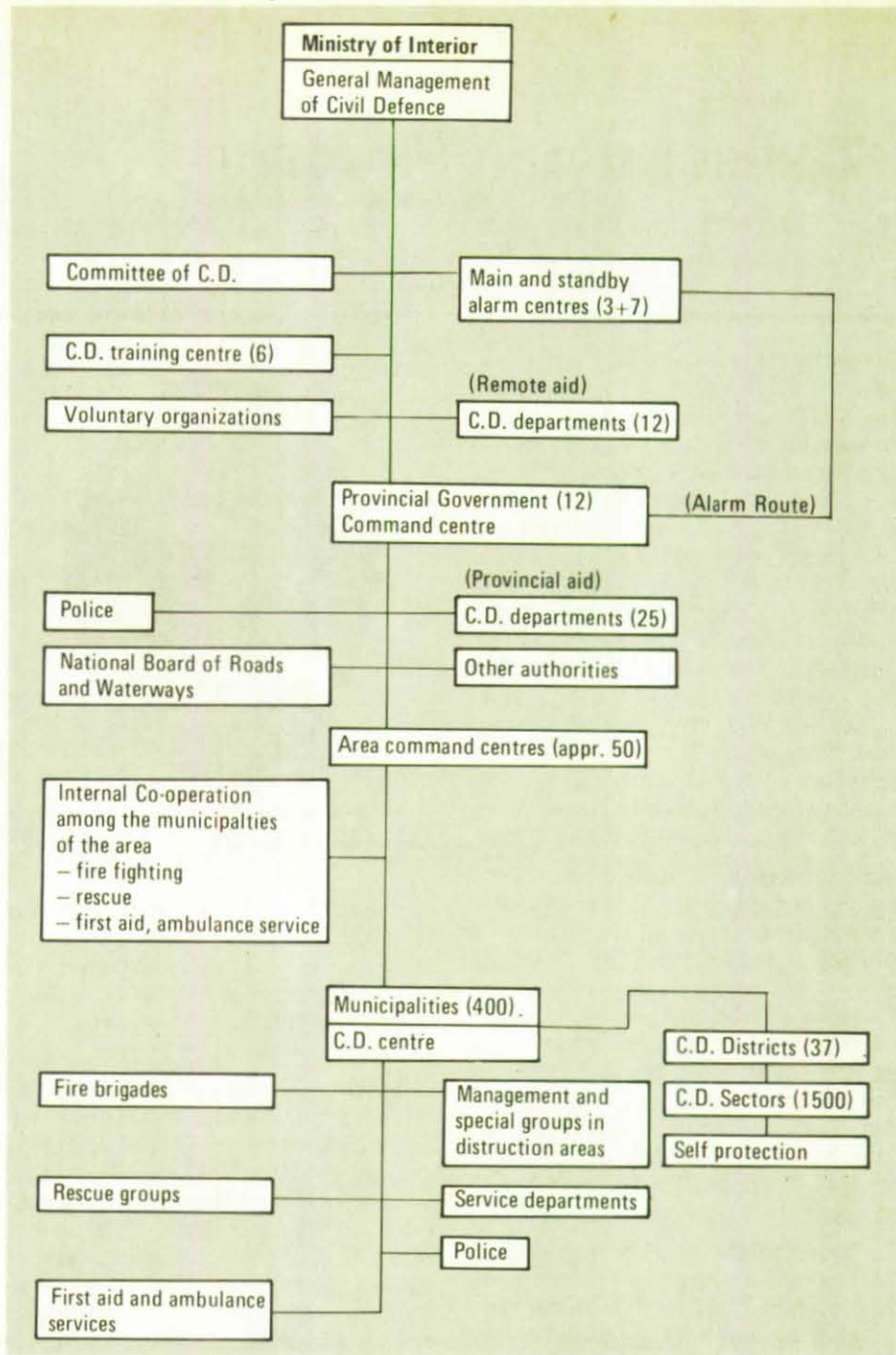
Die offizielle Außenpolitik hat sich zum Ziel gesetzt, den Frieden in der Welt zu bewahren, Entspannung und Abrüstung zu fördern. Helsinki rückte in den Blickpunkt des Weltinteresses, als 1973 dort die „Konferenz für Sicherheit, Zusammenarbeit und Entspannung“ – allgemein bekannt als KSZE – begann.

Analog zur Außenpolitik ist die finnische Sicherheitspolitik zu sehen, hier gelten die Normen: die Nation, Land und Volk vor Schäden des Krieges zu bewahren, allen bewaffneten Konflikten „auszuweichen“ und deren Entstehung zu verhindern.

## Militärische und zivile Verteidigung

Der Pariser Friedensvertrag von 1947 beschränkte die militärische Verteidigung Finnlands auf 34 400 Heeressoldaten, 4 500 Marinesoldaten (maximale Schiffstonaage insgesamt 10 000 Tonnen) und 3 000 Luftwaffensoldaten (60 Kampfflugzeuge). Ferner verbot der Vertrag Offensivwaffen (Bomber, Raketen, U-Boote) und den Bau, Test und Besitz von Atomwaffen. Die nationale Verteidigung sieht vier Bereiche vor:

1. militärische Verteidigung
2. wirtschaftliche Verteidigung
3. Zivilverteidigung
4. weitere Maßnahmen (Verteidigungs-



Aufbau des zentralisierten Managements der finnischen zivilen Verteidigung und seine Funktion.

formation, Kommunikation, Sanitätsaufgaben, öffentliche Sicherheit usw.).

Der Präsident der Republik ist Oberkommandeur, bei ihm laufen militärische und zivile Verteidigung zusammen.

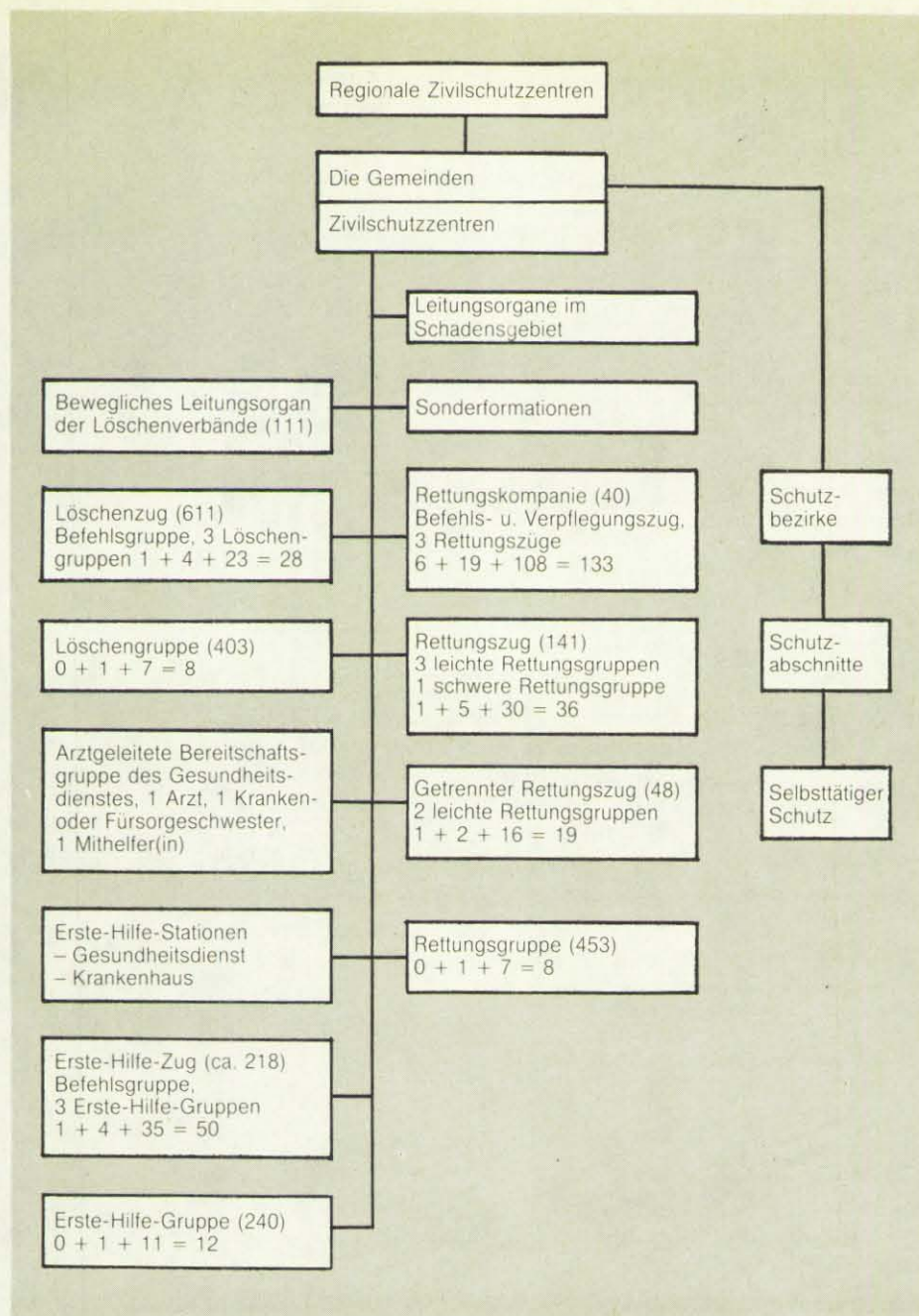
Die finnischen Streitkräfte, insgesamt ein Potential von 700 000 ausgebildeten und ausgerüsteten Männern (jährlich werden 40 000 Männer zwischen 20 und 21 Jahren in acht bis elf Monaten – je nach vorgesehenem Dienstgrad – ausgebildet, hinzu kommen jährlich 30 000 übende Reservisten) sind eingeteilt in eine Art Territorialverteidigung und „General Forces“, letztere jeweils in Brigade-Stärke (6 500 Soldaten). Dahinter steht, daß man die geographischen Gegebenheiten, die modernen

Landstreitkräften begrenzte Entfaltungsmöglichkeiten bieten und den Verteidiger begünstigen, strategisch berücksichtigt. Das Konzept der Territorialverteidigung sieht vor, den eingedrungenen Gegner in der Tiefe des Raumes abzuriegeln und durch Flankenangriffe zu bekämpfen. Die ständige Armee – 30 000 Soldaten – soll nach Plan, von der Verletzung der Neutralität bis zur feindlichen Invasion, schrittweise durch Reservisten aufgefüllt werden.

Die Vorgaben für die militärische wie zivile Verteidigung sind:

1. Kriegerische Aktionen gegen Finnland werden vor allem mit konventionellen Waffen geführt.





**Lokale Organisation des Zivilschutzes auf Gemeindeebene (mit Angabe der Stärke der Einsatzgruppen, die Zahlen in Klammern geben die Anzahl der betreffenden Formationen auf Landesebene an).**

2. Radioaktiver Niederschlag droht durch verirrte Kernwaffen und durch Explosionen jenseits der finnischen Grenze.

Diese Annahmen entsprechen den möglichen Kriegsbildern, die auch andere neutrale Staaten in Europa (Schweiz, Österreich, Schweden) für wahrscheinlich halten.

Für Planung, Vorbereitung und Ausbildung im Bereich der Gesamtverteidigung wurden gebildet:

- Verteidigungsökonomischer Projektierungsrat
- Informationsrat für Landesverteidigung
- Beratende Ausschüsse für
  - Zivilschutz
  - Sanitätswesen

- Nachrichtendienst

- Strahlenschutz

- Wissenschaftlicher beratender Ausschuß für Landesverteidigung

- Beratender Ausschuß für Ausbildung.

Kurz noch ein Wort zur finanziellen Situation. Wenn die Zahlen stimmen, die vor einiger Zeit in einer ausländischen Fachzeitschrift veröffentlicht wurden, stünde Finnland - vom finanziellen Aufwand her gesehen - mit seinen Maßnahmen zur zivilen Verteidigung an der Spitze wohl aller Staaten der Welt: Das Verhältnis von ziviler zu militärischer Verteidigung wurde nämlich mit 1:5 angegeben. Zum Vergleich: Die Schweiz mit einem Verhältnis 1:13 (für 1977).

Dem Verfasser wurden in Helsinki folgende Aufwendungen für den Zivilschutz (1978) genannt: Aufwand des Staates 10 Mio. Finnmark, Gemeinden 50 Mio. Finnmark (davon 20 Mio. für den öffentlichen Schutzraumbau; nicht enthalten sind die Aufwendungen für den privaten Schutzraumbau, hier sind die Zahlen unbekannt (1 FMK ungefähr 0,50 DM).

## Zivilschutz in Finnland

Die Grundlage des finnischen Zivilschutzes bildet das Zivilschutzgesetz von 1958 und die dazugehörige Verordnung aus dem Jahr 1959. Aufgabe des Zivilschutzes ist der Schutz der Bevölkerung und ihres Eigentums vor Schäden des Krieges oder vergleichbarer Ereignisse, die Schäden zu begrenzen und ihre Folgen zu mildern.

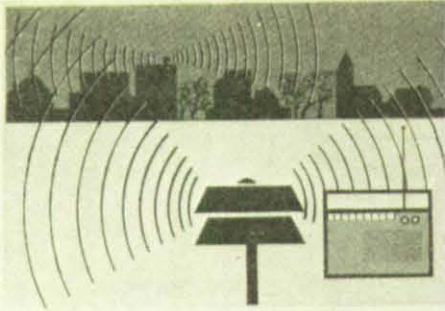
In § 32 des Zivilschutzgesetzes wurde festgelegt, daß jeder Bürger - männlich wie weiblich - im Alter von 16 bis 64 Jahren Aufgaben im Zivilschutz übernehmen muß, wenn der Kriegszustand erklärt worden ist, Krieg droht oder generell erforderlich ist. Bestimmte Bevölkerungsgruppen, z. B. Beamte und öffentlich Bedienstete, sind bereits in Friedenszeiten verpflichtet, an gewissen Ausbildungen, Übungen usw. teilzunehmen.

Die Durchführung des Zivilschutzes ist nach einem Staatsratsbeschluß von 1973 den Verwaltungen übertragen, die bereits in normalen Zeiten entsprechende Aufgaben wahrnehmen. Behörden, Verbände und Organisationen sollen sich auf Zivilschutzaufgaben vorbereiten, die Zivilschutzbehörden sind für allgemeine Planung, Leitung und Koordination verantwortlich.

Die oberste Leitung aller Zivilschutzmaßnahmen liegt beim Innenministerium (Abteilung Rettung). Diese Abteilung besteht aus folgenden Büros: Verwaltung (Gesetzgebung, Haushalt), allgemeine Planung (Grundlagen, Zusammenarbeit der Gemeinden), Ausbildung und Organisation (Information, Ausbildung, Selbstschutz) und Technik (Forschung, Schutzraumbau). Das staatliche Brandinstitut und die staatliche Zivilschutzschule unterstehen direkt dem Abteilungschef, den außerdem Ausschüsse für Brandangelegenheiten, Zivilschutz und Rettungsdienst beraten.

Diese Rettungsabteilung ist also global zuständig für Brandschutz, Rettungswesen und den „allgemeinen“ Zivilschutz. Man unterteilt in Finnland den Zivilschutz in „allgemeinen Zivilschutz“ und „Selbstschutz“. Während für den „allgemeinen Zivilschutz“ Staat, Provinzverwaltungen und Kommunen verantwortlich sind, ist Selbstschutz Angelegenheit des einzelnen Bürgers und verschiedener Organisationen.





Kuva 15: Vaarasta varoitetaan radiolla ja hälytyssireeneillä.

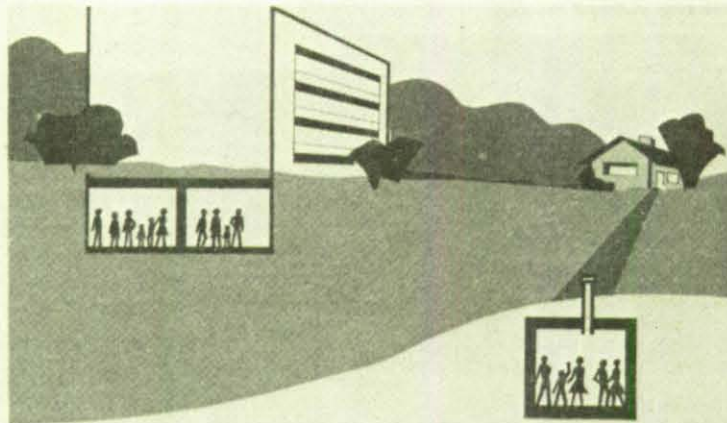
On varauduttu siirtämään turvattomin väestönosa, lapset, sairaat ja vanhuksat hoitajineen vaaranalaisimmilta paikkakunnilta turvallisemmille seuduille.



Kuva 16: Osa väestöstä siirretään turvaan.

Jo rauhan aikana rakennetaan väestönsuojia turvapaikoiksi poikkeusolojen

Kuva 17: Väestö suojautuu väestönsuojiin ja säteilysuojiin.



hengenvaarallisissa tilanteissa. Varsinaisten väestönsuojien lisäksi kunnostetaan kriisitilanteen alkaessa tilapäisiä suojia sekä säteilysuojia.

Viranomaisten johdolla on varauduttu vahvennetuin voimin tilanteen vaatimiin pelastus-, ensiapu- ja sammutustoimiin.



Kuva 18: Pelastustoimien tulee jatkua paikoissakin tilanteissa.

Mutta järjestetty apu voi tulla liian myöhään tai jäädä kokonaan tulematta esimerkiksi voimien riittämättömyyden takia. Osaatko silloin auttaa itseäsi ja lähimmäistäsi?

Pelastustoimet ovat rauhan- ja sodanajan oloissa suurelta osalta samanlaisia. Opettelemalla ensiapu-, sammutus- ja pelastustoimintaa osaamme toimia erilaisissa tilanteissa.

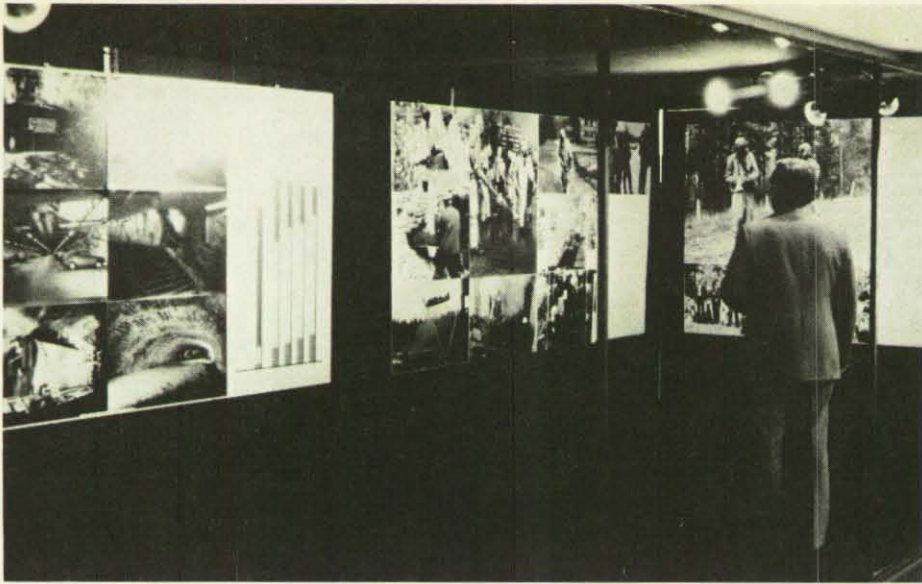
Seite aus einer finnischen Zivilschutz-Fibel mit der Darstellung der Alarmierung, der Evakuierung, des Bezugs der Schutzräume sowie der Bergung und Rettung.

Leitung und Überwachung des Zivilschutzes obliegen den elf Provinzialverwaltungen (vergleichbar den deutschen Regierungspräsidien), die über je einen „Rettungsinspekteur“ als zuständigem Chef verfügen. Der „Rettungsinspekteur“ stellt regionale Pläne für den Zivilschutz auf, überwacht die Ausbildung und arbeitet mit den Gesundheitsbehörden, der Polizei, der Straßenbauverwaltung, der Telegrafverwaltung usw. zusammen. Die Provinzialverwaltung hat außerdem die Möglichkeit, mobile Führungseinheiten aufzustellen.

Die eigentliche praktische Durchführung des Zivilschutzes allerdings liegt bei den Gemeinden. Die Kommunen sind – nach Einwohnerzahl und Finanzkraft – in „Schutzobjektgemeinden“ und „Überwachungsgemeinden“ eingeteilt; rund 100 Gemeinden (von insgesamt 460 Gemeinden) sind „Schutzobjektgemeinden“ und damit zur Vorbereitung gewisser Zivilschutzmaßnahmen verpflichtet, während in den „Überwachungsgemeinden“ ein geringeres Niveau vorgesehen ist. Im folgenden ein Blick auf die „Schutzob-

jektgemeinden“. Es ist dort ein Zivilschutz-ausschuß zu bilden und ein Zivilschutzchef zu bestellen. Brandschutz ist Pflichtaufgabe der Feuerwehren, die Beamten der Gesundheitsbehörden organisieren die Erste Hilfe und den Krankentransport, die Fürsorgebeamten übernehmen Betreuung und Verpflegung, die Bediensteten der Bauverwaltung planen Rettung und Evakuierung, die Straßenbauverwaltung bereitet Bergung und Rettung vor. Wie erkennbar, stützt sich der Zivilschutz in der Praxis weitgehend auf öffentlich Bedienstete. Ein





Blick in die permanente Zivilschutz-Ausstellung des finnischen Zivilschutz-Verbandes in Helsinki (auf der Tafel rechts unterirdische Felsen-Großschutzräume).

unten: Szene aus einem finnischen Informationsfilm über den Einsatz des Zivilschutzes bei einem Chemie-Unglück.



Beispiel: Der Bergungsdienst wird gebildet aus den über 35jährigen Männern, die bei den Bauverwaltungen praktische Bauaufträge durchführen, die Baubeamten haben die Planung zu übernehmen. Die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes stellen also zumindest den Kader des Zivilschutzes, für sie besteht Dienstpflicht.

Die weitere Organisation des Zivilschutzes auf örtlicher Ebene wird am Beispiel der Stadt Helsinki noch ausführlich dargestellt.

Zwischen Gemeindeebene und Provinzial-

verwaltung existieren noch, dies zur Vollständigkeit, „Zivilschutzgebiete“ (etwa 50 insgesamt), die die gegenseitige Hilfe der Kommunen organisieren sollen, aber selbst über keine Einsatzeinheiten verfügen.

### **Ausbildung im Zivilschutz**

Die Finnen gehen – gemessen an vergleichbaren Ländern – von einem beträchtlichen personellen Potential, das für den

Zivilschutz erforderlich ist, aus. In einer Broschüre über die Verteidigung werden für Brandschutz, Rettung und Sanitätsdienst allein über 100000 Helfer angegeben, insgesamt für den Zivilschutz etwa 400000. Dies wären fast zehn Prozent aller Bürger! Das Finnische Rote Kreuz beispielsweise strebt eine Erste-Hilfe-Gruppe (Stärke 12 Helfer) je 5000 Einwohner an.

Entsprechend sind die jährlichen Ausbildungszahlen, hält man sich noch einmal eine Gesamtbevölkerung von 4,7 Mio. vor





Erste-Hilfe-Übung des Personals eines Kaufhauses in Helsinki: Kunden sind kritische Beobachter des Geschehens.



Eine Gruppe deutscher Parlamentarier der CDU/CSU besuchte vor einiger Zeit Finnland und informierte sich über den finnischen Zivilschutz (von links): die Bundestagsabgeordneten Gerlach, Dr. Miltner und Biechele, rechts der Generalsekretär des Finnischen Zivilschutz-Verbandes, Oberst Öhman.

Augen. Zwei- bis dreitausend Führungskräfte und Spezialisten – Angehörige des öffentlichen Dienstes – absolvieren jährlich ihre Ausbildung an der staatlichen Zivilschutzschule; die Ausbildung ist obligatorisch. Etwas über tausend Personen nehmen freiwillig an Führungskursen teil, 650 leitende Feuerwehrmänner besuchen das staatliche Brandschutzinstitut.

Das übrige Zivilschutzpersonal des „allgemeinen Zivilschutzes“ nimmt teil an Lehrgängen, die der Finnische Zivilschutzverband, der Feuerschutzverband und das Finnische Rote Kreuz organisieren. Hierfür und für die Ausbildung im Selbstschutz gilt allerdings das Prinzip der Freiwilligkeit. Dennoch sind die Zahlen imponierend (pro Jahr):

50 000 Teilnehmer bei Erste-Hilfe-Kursen des Roten Kreuzes,

15 000 Teilnehmer bei Selbstschutzkursen des Zivilschutzverbandes (über 50 Prozent Frauen),

10 000 Teilnehmer an Ausbildungsveranstaltungen des Feuerschutzverbandes.

Das Lehrgangsangebot des Finnischen Zivilschutzverbandes umfaßt außerdem zahlreiche, zum Teil für Spezialisten geplante Kurse, auf die noch ausführlich eingegangen wird.

### Der Selbstschutz

Der Selbstschutz beruht auf freiwilliger Basis, das bezieht sich auch auf den Schutz

der Wohnstätten und Betriebe, mit Ausnahme gewisser Verpflichtungen auf dem Sektor Schutzraumbau, der noch eingehend behandelt werden soll. Empfohlen ist für Häuser mit mehr als vier Wohnungen die Organisation des Selbstschutzes einschließlich der Ausbildung, Ausrüstung usw. In Betrieben sollen Selbstschutz-Einheiten vorgesehen werden, diese Maßnahmen schließen an die Regelungen für die Arbeitssicherheit an.

Unter der Bezeichnung „Schütze Dich selbst und andere“ bietet der Finnische Zivilschutzverband einen zwölfstündigen Grundkursus im Selbstschutz an, jedoch ist die Teilnahme freiwillig.

(Fortsetzung folgt)



# Schleswig-Holstein



## Zwischen Nord- und Ostsee

**Meldorf.** Die BVS-Mitarbeiter Mielke und Schröder, Dienststelle Itzehoe, erläuterten den TeilnehmerInnen eines Informationsnachmittags der Hausfrauen-Union Meldorf die Aufgaben des BVS. Ein besonderes Thema war dabei der Vortrag „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“.

**Westerland.** Der BVS zeigte die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ in den Räumen der Sparkasse in Westerland/Sylt. Bürgervorsteher Dr. Doßmann erläuterte anlässlich der Eröffnung die Notwendigkeit des Selbstschutzes am

Beispiel von Sylt. Vor allem die häufig extremen Witterungsbedingungen der Nordsee machten es unerlässlich, daß jeder Inselbewohner bei Sturm, Hochwasser und anderen Katastrophen sich richtig zu verhalten wisse.

**Elmshorn.** In einer neuen Form informierte der BVS interessierte Bürger in Elmshorn über Fragen des Selbstschutzes: In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule wurden vier Vortragsabende angeboten, bei denen BVS-Lehrer Gerhard Boldt die Hörer mit den Grundbegriffen des Selbstschutzes vertraut machte und Anleitung zu ersten Maßnahmen bei Unfällen gab. Der Unterricht

wurde ergänzt durch praktische Übungen. Außerdem standen die Themen Brandbekämpfung, Bergung von Verschütteten, Schutz gegen ABC-Waffenwirkung, Lebensmittelbevorratung und der Bau von Schutzräumen auf dem Programm.

**Moorrege.** Ganz im Zeichen des Selbstschutzes stand eine Veranstaltung des DRK-Ortsverbandes Moorrege, die kürzlich im Rahmen der monatlichen Zusammenkünfte stattfand: Gerhard Boldt, Leiter der fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle des BVS, und Klaus Prüfer informierten die 45 überwiegend älteren Teilnehmer über selbstschutzmäßiges Verhalten im Haushalt.

# Bremen



## BVS leistete Beitrag zum „Jahr der Behinderten“

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen proklamierte das Jahr 1981 zum „Jahr der Behinderten“ und rückte damit die Probleme dieser Bevölkerungsgruppe, die in der Vergangenheit zumeist wenig Beachtung fanden, in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Die BVS-Landesstelle Bremen leistete jetzt einen Beitrag dazu: Eine Gruppe von 52 Jungen und Mädchen im Alter zwischen 10 und 12 Jahren, die die Bremer Sonderschule für Gehörgeschädigte besuchen, absolvierte einen Selbstschutz-Grundlehrgang.

Kontakte zu den Schulen in der Hansestadt bestanden bereits seit längerem.

Gespräche zwischen der BVS-Landesstelle Bremen und den verantwortlichen Pädagogen der Sonderschule führten schließlich im März dazu, daß ein Selbstschutz-Grundlehrgang angeboten werden konnte. An drei Tagen, vom 11. bis zum 13. März, waren die Mädchen und Jungen mit „Feuereifer“ dabei, um sich möglichst viele Kenntnisse vermitteln zu lassen. Besonderes Interesse bestand bei den Kindern an den „Lebensrettenden Sofortmaßnahmen im Selbstschutz“. Und das hatte seinen Grund: Die Schülerinnen und Schüler wollten im Anschluß an den Selbstschutz-Grundlehrgang den Fahrrad-Führerschein erwerben. Nach intensivem

Verkehrsunterricht gelang ihnen dies auch glänzend.

Vom großen Erfolg der BVS-Arbeit mit den Mädchen und Jungen beeindruckt, regten die Lehrer an, den Selbstschutz-Grundlehrgang doch zu einer Dauereinrichtung werden zu lassen. Dies stieß bei allen Beteiligten auf sofortige Zustimmung, so daß die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Bremen künftig regelmäßig an der Schule für Gehörgeschädigte unterrichten werden.

Inzwischen war der BVS auch in der Bremer Sonderschule für Entwicklungsgeschädigte zu Gast. Auch hier stießen die BVS-Mitarbeiter mit einer Informationsveranstaltung und der Besichtigung eines öffentlichen Schutzbauwerkes auf großes Interesse.

# Niedersachsen



## Selbstschutz war Thema bei der Fachtagung „Krankenhaustechnik“

Die Medizinische Hochschule Hannover hatte zu einer Informations- und Fortbildungsveranstaltung über das Thema „Krankenhaustechnik“ eingeladen; 700 Teilnehmer aus Krankenhäusern des ganzen Bundesgebietes waren am 19. und 20. März 1981 nach Hannover gekommen, um einen Überblick über die Technik zentraler Dienste im Krankenhaus zu bekommen und den Verant-

wortungsumfang sowie die vielfältigen Aufgaben des Krankenhaustechnikers kennenzulernen.

Darüber hinaus war der BVS gebeten worden, den Tagungsteilnehmern aufzuzeigen, daß Krankenhäuser bei Unglücksfällen, Katastrophen oder im Verteidigungsfall großen Gefahren ausgesetzt sind und deshalb rechtzeitig entsprechende Schutzmaßnahmen vorbereitet werden müssen.

„Wenn der Ruf nach fremder Hilfe verhallt – Selbstschutz“ unter diesem Thema stand deshalb der Vortrag, den Mi-

chael Krüger, Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Niedersachsen, vor den Krankenhausfachleuten hielt. In seinem Referat führte Krüger aus, daß der wesentliche Unterschied zwischen einem Industriebetrieb und einem Krankenhaus darin besteht, daß in einer Fabrik oder einer Arbeitsstätte die große Masse der anwesenden Personen bei einem Unglücks- oder Katastrophenfall in der Lage sein wird, schützend, rettend, helfend in das Unfallgeschehen einzugreifen oder sich selbst aus der Gefahrenzone bringen



kann, während im Krankenhaus viele Patienten auf die Hilfe des Krankenhauspersonals angewiesen sind.

Ferner sei zu berücksichtigen, daß bei schweren Unglücksfällen, Katastrophen und erst recht im Verteidigungsfall in verstärktem Maße verunglückte oder verletzte Menschen in Krankenhäuser gebracht werden. Deshalb sollte jede Krankenanstalt schon jetzt geeignete Maßnahmen vorbereiten, die sicherstellen, daß die Funktionsfähigkeit unter diesen erschwerten Bedingungen auf jeden Fall erhalten bleibt. Öffentliche Hilfe z. B. durch Sanitätsorganisationen, Feuerwehr, das Technische Hilfswerk usw. kann immer nur als Ergänzung der eigenen Maßnahmen gesehen werden.

Der betriebliche Katastrophenschutz kann bei schweren Unglücksfällen oder Katastrophen innerhalb eines Krankenhauses sofort mit der Schadensbekämpfung in fachlich richtiger Weise beginnen und somit die kostbare Zeit nutzen, die bis zum Eintreffen der öffentlichen Hilfe zwangsläufig vergeht.

Diese Möglichkeit, selbst reagieren zu können – selbst, mit eigenen Kräften einen Schaden bekämpfen oder die Ausbreitung eines Schadens verhindern zu können – wird in dem Augenblick für ein Krankenhaus von lebensentscheidender Bedeutung, wo je nach Art der Katastrophe das Schadensgebiet so groß ist, daß mit öffentlicher Hilfe von außen gar nicht – oder erst viel zu spät – gerechnet werden kann.

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Durchführung von Maßnahmen des betrieblichen Selbst- bzw. Katastrophenschutzes besteht bis heute allerdings nicht. Aber aus der Erkenntnis heraus, daß die allgemeinen Maßnahmen des Unfallschutzes bei den besonderen Gefahren, die bei Katastrophen und aber im Verteidigungsfall auftreten, nicht ausreichen, sollte jede verantwortungsbewußte Krankenhausleitung von sich aus für diese Situation vorsorgen. Diese Vorsorge ist im Rahmen der Fürsorgepflicht für die Patienten und das Krankenhauspersonal erforderlich.

Krankenanstalten, die eine innerbetriebliche Katastrophenschutz-Organisation aufbauen wollen, können zur Unterstützung bei der Unterrichtung und Ausbildung des Personals den Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) heranziehen. Nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes hat der BVS unter anderem die Aufgabe, die Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung von Einsatzkräften des betrieblichen Katastrophenschutzes zu unterstützen. Der BVS erfüllt diese Aufgabe in enger Zusammenarbeit mit den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden, die nach dem Gesetz über die Er-

weiterung des Katastrophenschutzes auch für die Förderung des betrieblichen Katastrophenschutzes zuständig sind.

Um zu einer gezielten Planung und sinnvollen Durchführung von Maßnahmen zu kommen, die auch den krankenhausbetrieblichen Verhältnissen angepaßt sind, sollte zunächst eine Analyse der jeweiligen Krankenanstalt durchgeführt werden. Diese Analyse soll als umfassende Bestandsaufnahme Aufschlüsse über alle krankenhausbetrieblichen, baulichen, personellen und sonstigen Gegebenheiten einer Krankenanstalt geben. Diese Daten bilden die Grundlage sowohl für vorbeugende Schutzmaßnahmen aller Art als auch für Hilfs- und Rettungsmaßnahmen bei schweren Unglücken, Bränden und Katastrophen.

Der BVS berät auf der Grundlage der Krankenhausanalyse dann, wieviel Personal auszubilden ist und welcher Art die Ausbildung sein soll. Es wäre wünschenswert, wenn die fachlich auszubildenden Kräfte eines Krankenhauses zunächst über Gefahren, vorbeugende Selbstschutzmaßnahmen und selbstschutzmäßiges Verhalten unterrichtet würden. Außerdem sollte mit der Zeit dem gesamten Krankenhauspersonal die Möglichkeit gegeben werden, an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen, damit die Selbsthilfe im Krankenhaus in weitem Ausmaß gewährleistet ist. Jeder einzelne wüßte dann, wie er sich in Gefahrensituationen zu verhalten hat und wie er anderen helfen kann.

---

### **BHW-Ausstellung in Göttingen mit BVS-Sonderschau**

Unter dem Motto „Bauen – Modernisieren – Finanzieren“ fand vom 6. bis 8. März 1981 in Göttingen eine Wanderausstellung des Beamten-Heimstätten-Werks (BHW) statt. Der BVS beteiligte sich an dieser Ausstellung, um unter der Überschrift „Der Schutzraum – Ihre Sicherheit“ die Besucher über die Möglichkeiten des privaten Schutzraumbaus aufzuklären.

Zahlreiche Presseveröffentlichungen und reger Andrang zeigten, daß das Interesse am Selbstschutz in allen Teilen der Bevölkerung vorhanden ist und wächst. Besonders interessiert sich die Besucher für die Finanzierung des Schutzraumes. Darüber hinaus wurden die vielseitigen Möglichkeiten der friedensmäßigen Nutzung eines Schutzraumes aufgezeigt.

---

### **Frühjahrsausstellung in Hildesheim**

Als größte Verkaufsausstellung im südlichen Niedersachsen lockte die Hildes-

heimer Frühjahrsausstellung vom 7. bis 15. März 1981 auch in diesem Jahr zahlreiche Besucher an, so daß am Ausstellungsstand des BVS ständig reger Betrieb herrschte.

In fast 2000 Einzelgesprächen stellten die Fachberater der BVS-Dienststelle Hildesheim der Bevölkerung die Notwendigkeit von Selbsthilfemaßnahmen bei Katastrophen und im Verteidigungsfall dar und boten als eine Möglichkeit, sich auf besondere Gefahren vorzubereiten, die Teilnahme an den Ausbildungsveranstaltungen des BVS an.

Am häufigsten erfolgten Beratungen zum Themenbereich „Schutzraumbau“, wobei die Möglichkeiten der Bezeichnung des Baus von privaten Schutzräumen besonderes Interesse fanden.

Hauptanziehungspunkt war ein speziell für diese Ausstellung vorbereitetes Frage- und Antwort-Spiel, bei dem die Besucher beweisen konnten, ob sie in bestimmten Situationen sich und anderen helfen können. Diesem Test unterzog sich beim Eröffnungsrundgang auch Oberbürgermeister Heiko Klinge, der anschließend meinte, daß wohl eine kleine Auffrischung des einmal Erlernten wieder notwendig sei.

---

### **Gestiegenes Interesse am Schutzraumbau**

Die BVS-Dienststelle Cuxhaven erhöhte in der letzten Zeit die Zahl ihrer Informations- und Aufklärungsveranstaltungen. In Vorträgen und Diskussionen wurde die Notwendigkeit von Selbstschutzmaßnahmen und der Bau von privaten Schutzräumen besonders herausgestellt. Dies führte zu einem steigenden Interesse der Bevölkerung an Schutzräumen.

Um die verstärkten Anfragen der Bürger bearbeiten zu können, wurde Hans-August Meyer als ehrenamtlicher BVS-Fachbearbeiter „Schutzraumbau“ gewonnen. Meyer ist Architekt und setzt sich besonders dafür ein, daß möglichst viele Bauinteressen einen Schutzraum in ihren Neubau einplanen.

---

### **Kommunalpolitiker werden Selbstschutz-Berater**

Nachdem der Leiter der BVS-Dienststelle Cuxhaven mit fast allen Hauptverwaltungsbeamten im Dienststellenbereich Kontakt aufgenommen hatte, wurden vor kurzem die politischen Mandatsträger über die Aufgaben des BVS und die Zusammenarbeit des Verbandes mit den Städten und Gemeinden informiert. Die Bilanz war sehr erfreulich: Einige Ratsherren haben sich spontan als Selbstschutz-Berater zur Verfügung gestellt!



## Informationseminar für Landfrauenverbände

**Aachen.** „Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes“, so lautet ein Informationsseminar, in dem die BVS-Dienststelle Aachen Orts- und Kreisvorsitzende von Landfrauenverbänden unterrichtete. Die 28 Teilnehmerinnen kamen aus der Stadt und dem Kreis Aachen, aus dem Bezirk Monschau und aus Grevenbroich.

Über die Notwendigkeit des Selbstschutzes im Verteidigungs- und Katastrophenfall sprach Oberkreisdirektor Dr. Jansen. Daseinsvorsorge zähle wohl zu den Aufgaben des Staates, aber gerade im Bereich Selbstschutz sei die öffentliche Hand auf die Mithilfe der Bürger angewiesen, betonte der Oberkreisdirektor.

## Ausbildung im betrieblichen Katastrophenschutz

**Viersen.** Im Bereich der BVS-Dienststelle Viersen ist die Fachausbildung (Brandschutz, Bergung und Sanitätsdienst) für den betrieblichen Katastrophenschutz in mehreren Großbetrieben angelaufen. Insgesamt wurden für das erste Halbjahr 1981 42 Fachlehrgänge eingeplant.

## Vorträge vor kommunalen Fachausschüssen

**Wuppertal.** Nachdem er bereits Gelegenheit hatte, vor dem Ausschuß für zivile Verteidigung der Stadt Heiligenhaus zu sprechen, hielt Günther Ehrlich, Leiter der BVS-Dienststelle Wuppertal, auf Einladung der Hildener Bürgermeisterin Dr. Wiederhold einen Vortrag „Zivilschutz heute“ vor dem Ausschuß für zivile Verteidigung der Stadt Hilden. Es wurde vereinbart, in Zukunft engen Kontakt zu halten. Erster Erfolg: Drei Kommunalpolitiker wollen in Kürze an einem Informationsseminar an der BVS-Bundesschule Ahrweiler teilnehmen.

## Werbung für den Selbstschutz

**Neukirchen-Vluyn.** Die Maßnahmen für den Selbst- und Katastrophenschutz in Neukirchen-Vluyn sollen intensiviert werden. Stadtverwaltung und BVS wollen mit einer Selbstschutzwoche an die Öffentlichkeit treten.

Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, Ausstellungen an sechs verschiedenen Plätzen, Vorträgen, Schaufensterwerbung und Plakataktionen soll für den Gedanken des Selbstschutzes geworben werden. Höhepunkte der Selbstschutzwoche waren der 16. und 17. Mai, als sich in Vluyn alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen mit einer Ausstellung gemeinsam vorstellten.

## BVS-Auszeichnung für Förderer und Mitarbeiter

**Unna.** In einer Feierstunde im Bergkämmerer Rathaus verlieh BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann dem Leiter des Ordnungsamtes, Gosewinkel, und dem ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter in Bergkamen, Fritz Quardon, für besondere Verdienste um den Selbstschutz die BVS-Ehrennadel.

Die BVS-Dienststelle Unna hat in Gosewinkel einen Förderer, der den BVS seit mehr als 20 Jahren unterstützt. Auch Quardon, ehemaliger BVS-Dienststellenleiter und heutiger BVS-Beauftragter in Bergkamen, ist schon seit 20 Jahren ehrenamtlich aktiv.



Außer der BVS-Ehrennadel nahmen die Geehrten auch noch einen Blumenstrauß in Empfang.

Zu den ersten Gratulanten zählten neben Bergkamens Bürgermeister Heinrich Kook und dem Ersten Beigeordneten der Stadt, Berthold Linke, alle Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Unna.

## BVS spricht Kurgäste an

**Paderborn.** Mit einer Einladung zu einem Vortrag „Zivilschutz in unserer Welt“ wendet sich die Paderborner BVS-Dienststelle an die Kurgäste in zunächst drei Bädern ihres Dienstbereichs. Es handelt sich dabei um einen Modellversuch, den BVS-Landesstellenleiter Eykmann mit dem Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Heilbäderverbandes, Dörenmeyer, im Januar vorbe-

reitet hat. BVS-Dienststellenleiter Schröder hat mit den Kurverwaltungen in Bad Meinberg, Bad Lippspringe und Bad Salzuflen die Veranstaltungsreihe abgesprochen.

Neben den Vortragsveranstaltungen werden Informationen in den Kurzeitungen veröffentlicht. In der Trinkhalle von Bad Lippspringe wird eine BVS-Ausstellung gezeigt.

## Alarmübung im Mülheimer Rathaus

**Mülheim.** Im Rathaus der Stadt Mülheim an der Ruhr wurde für die Kräfte des Selbstschutzes der Stadtverwaltung Alarm gegeben. Behördenselbstschutzleiter Günter Rodenbusch, zugleich BVS-Beauftragter, hatte diese Übung in Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und dem Beauftragten für Arbeitssicherheit geplant. Als Beobachter waren Vertreter der im Katastrophenschutz mitarbeitenden Organisationen eingeladen worden. Bei dieser ersten Übung sollten Erfahrungen über die Zusammenarbeit zwischen dem Selbstschutz der Behörde und der Feuerwehr bzw. den anderen Hilfsorganisationen gesammelt werden.

Um 12.30 Uhr wurde ein Brand im Bereich der Rathaus-Garagen gemeldet. Sofort wurde die Feuerwehr benachrichtigt und der Behördenselbstschutz, bestehend aus fünf Staffeln und den Ordnern, alarmiert. Gegen 12.35 Uhr wurde Hauptalarm ausgelöst und das Rathaus geräumt. Auf zwei Plätzen sammelten sich die Beschäftigten. Die jeweiligen Amtsleiter waren für die Räumung verantwortlich. Nach ca. drei Minuten war das Rathaus leer.

Die Ordner kontrollierten die Räume und stellten fest, daß die große Mehrzahl der Büros ordnungsgemäß verlassen worden waren, d. h. Türen nicht abgeschlossen und die Fenster geschlossen waren.

Nach der Entwarnung um 12.47 Uhr führten die Selbstschutzkräfte eine Umfrage durch. 78,4% der Befragten bejahten die Notwendigkeit solcher Übungen. Vor allen waren sie über den Erfolg des Einsatzes der Brandschutzstaffel erstaunt.

## Ehrung für Adalbert Gollnick

**Düsseldorf.** In einer Feierstunde überreichte BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann Ausbildungshelfer Adalbert





Adalbert Gollnick erhält aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Eykmann die BVS-Ehrendnadel.

Gollnick die vom Präsidenten des BVS verliehene Ehrendnadel. Eykmann würdigte die besonderen Verdienste Gollnicks und führte u. a. aus, daß der Jubilar in seiner 26jährigen ehrenamtlichen Mitarbeit mehr als 8500 Arbeitsstunden für den BVS geleistet habe: „Diese Leistung in der Freizeit zu erbringen, bedeutet zugleich selbstloser Verzicht auf andere Vergnügungen. Ein Verzicht, der begründet ist in vorbildlicher, idealistischer Haltung und einem gesellschaftspolitischen Verantwortungsgefühl, dessen Fehlen heute in Sonntagsreden so häufig beklagt wird.“

### Unterstützung aus zwei Rathäusern

**Essen.** Großes Interesse am Selbstschutz der Bevölkerung zeigten die Oberbürgermeister der Städte Essen und Mülheim an der Ruhr, Horst Katzor und Dieter aus dem Siepen, beim Antrittsbesuch des neuen Leiters der BVS-Dienststelle Essen, Friedhelm Schillo.

Für Schillo ist es nicht nur wichtig, daß die beiden „Stadtväter“ den Selbstschutz nach Kräften fördern wollen, sondern daß er auch mit einem Referat vor dem Verteidigungsausschuß die Möglichkeit erhält, führende Kommunalpolitiker mit dem Selbstschutzgedanken vertraut zu machen.

### 25 Jahre BVS-Schule Körtlinghausen

**Warstein.** 25 Jahre besteht jetzt die BVS-Schule Körtlinghausen. In dieser Zeit haben mehr als 43000 Personen an Lehrgängen und Seminaren teilgenommen. 9457 Führungskräfte des Selbstschutzes in Wohn- und Arbeitsstätten wurden in 562 Lehrgängen unterrichtet. Für 27537 haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter des BVS fanden 1366 Lehrgänge statt. In 253 Seminaren und Tagungen konnten 6070 Persönlichkeiten



Mehr als 43000 Personen nahmen seit nunmehr 25 Jahren an Lehrgängen und Seminaren an der BVS-Schule Körtlinghausen teil.

des öffentlichen Lebens über Fragen der zivilen Verteidigung, des Katastrophenschutzes und Selbstschutzes informiert werden.

Das Jubiläum war auch für das Fernsehen Anlaß zu einem Besuch. Mit mehreren großen Aufnahmewagen rückte ein WDR-Team auf Schloß Körtlinghausen an, um Berichte und Interviews aufzunehmen. Auf dem Übungsgelände der Schule waren Kameramänner, Moderatoren und Aufnahmeleiter des WDR damit beschäftigt, einzufangen, was Lehrgangsteilnehmer an Rettungsaktionen demonstrierten.

„Hier und Heute“-Moderator Müller interviewte auch Ministerialrat Wolfram Wittascheck, Landesinnenminister, und BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann.

### Gute Zusammenarbeit mit der JUH

**Münster.** Die Landes- und Kreisbeauftragten der Johanniter-Unfall-Hilfe aus Nordrhein-Westfalen waren Teilnehmer eines Seminars der BVS-Dienststelle Münster, das an der JUH-Landesschule stattfand. Nach einem Kurzreferat zum Thema „Zivile Verteidigung“ und über „Aufgabenstellung des Selbstschutzes in Wohn- und Arbeitsstätten“ wurde in der Aussprache die gute und enge Zusammenarbeit zwischen BVS und JUH besonders betont. Unstimmigkeiten oder Gegensätze bei der Ausbildung der Bevölkerung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen gibt es nicht. Es wurde deutlich ausgesprochen, daß der BVS und die anderen Katastrophenschutz-Organisationen gut zusammenarbeiten. Mit dem Dank des Landesbeauftragten der JUH, Graf Bentheim, schloß die Veranstaltung.

### Landfrauen in Körtlinghausen

**Wesel.** 18 Mitglieder der Landfrauenvereinigung des Kreises Wesel nahmen

das Angebot des BVS, eine Informationstagung an der BVS-Schule Körtlinghausen zu besuchen, dankbar an. Daß dieses Seminar mit den Dreharbeiten zu dem Thema „Selbstschutz“ für die Fernsehserie „Hier und Heute unterwegs“ zusammenfiel, machte diesen Besuch besonders interessant. Die Teilnehmerinnen zeigten nebenbei für das Fernsehen mit viel Elan, wie ein Ölbrand gelöscht wird und demonstrierten das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Decke.

Bei der Abschlußbesprechung wurde von den Landfrauen übereinstimmend die Zusage gegeben, zu Hause das Thema „Selbstschutz“ aufzugreifen. Dieses Versprechen fand für die BVS-Dienststelle Wesel überraschend schnell ein Echo: Schon zwei Wochen später konnte die Sachbearbeiterin für Frauenarbeit im BVS, Irmgard Reinhard, zwei Vorträge halten, von denen jeder mit über 40 Personen gut besucht war.

### „Kinder malen Katastrophen“

**Dortmund.** Dr.-Ing. Hagenkötter, Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, konnte als Schirmherr zur Eröffnung der BVS-Wanderausstellung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ zahlreiche Gäste aus Behörden, Verwaltungen, Betrieben und Organisationen in der Deutschen Bank begrüßen. In seiner Eröffnungsrede erläuterte Dr. Hagenkötter das Thema der Ausstellung.

Das Kind sei ein schutzbedürftiges Wesen, betonte er und wies darauf hin, daß es seit dem 2. Weltkrieg über 150 militärische Konflikte, Auseinandersetzungen,



Anläßlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ erläuterte BVS-Landesstellenleiter Eykmann die Aufgaben des BVS.

Aktionen usw. gegeben habe, die gerade unter der Zivilbevölkerung – insbesondere Kindern – verheerende Verluste gekostet haben.

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann stellte anschließend die Aufgaben und Zielsetzung der Öffentlichkeitsarbeit des BVS dar.



## Selbstschutz-Grundlehrgang für Hausfrauen

Aufgrund eines Gespräches mit der Vorsitzenden des Hausfrauenvereins Warthenberg, Maria Lorenz, führte die BVS-Dienststelle Fulda einen Selbstschutz-Grundlehrgang für Hausfrauen in Warthenberg durch. 26 Teilnehmerinnen konnte BVS-Mitarbeiter Edgar Gebauer zu Beginn des Lehrgangs begrüßen.

Im theoretischen Teil wurden die Hausfrauen u. a. über die Bedeutung des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland informiert. Im praktischen Teil wurde die Handhabung von Feuerlöschern und das Verhalten bei Bränden geübt. Hilfe muß gelernt sein, daher nahm die Ausbildung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen einen breiten Raum ein.

Die Vorsitzende des Hausfrauenvereins dankte zum Schluß des Lehrgangs BVS-Mitarbeiter Gebauer für sein übermitteltes Wissen. Vieles hätten die Teilnehmerinnen lernen können. Auch hätten sie feststellen müssen, daß sie in der



Bei der Ausbildung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen mußte u. a. auch das Anlegen von Druckverbänden geübt werden.

Vergangenheit nicht alles richtig gemacht haben. Dies könne man nun in Zukunft besser machen.

## BVS-Ausstellung im Frankfurter Römer

Die BVS-Dienststelle Frankfurt zeigte 14 Tage lang die Ausstellung „Zivilschutz“ im Frankfurter Römer. Schon während der Ausstellung erhielten die BVS-Mitarbeiter viele Anfragen von Bürgern, die um Rat und Auskunft in Selbstschutzfragen baten.

Ein besonderer Dank gilt der Stadtverwaltung Frankfurt, mit deren Hilfe und Mitwirkung es möglich war, nach über 15 Jahren erstmals wieder eine Selbstschutz-Ausstellung zu zeigen.

## Landfrauen beim BVS

Zu einem zweitägigen Informationsseminar hatte die BVS-Dienststelle Kassel 29 Vorstandsmitglieder des Bezirkslandfrauenverbandes Waldeck eingeladen. Den Teilnehmern wurden die Aufgaben des BVS dargestellt sowie die Rechtsgrundlagen, Organisation und Aufgaben des Zivilschutzes im Rahmen der zivilen Verteidigung erläutert.

Als Gastreferent sprach Oberlandeskirchenrat Hering zum Thema „Selbstschutz als gesellschaftspolitische und caritative Aufgabe.“ Oberamtsrat Marowsky vom Landratsamt erläuterte die Aufgaben der Gemeinden bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes. BVS-Dienststellenleiter Weiß sprach über den Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten.

# Rheinland-Pfalz

## BVS-Vorstandsmitglied Bernhard Bohmeier im Ruhestand

In einer Feierstunde im Sitzungssaal des Ministeriums des Innern in Mainz verabschiedete Innenminister Kurt Böckmann Ministerialdirigenten Bernhard Bohmeier. Bohmeier war als Mitglied des Vorstandes des BVS und Leiter der Abteilung „Katastrophenschutz und Zivilschutz“ im Innenministerium Mainz dem BVS gegenüber stets aufgeschlossen. Ihm ist es zu verdanken, daß die Ausbildung des Behörden-Selbstschutzes bei allen Behörden des Landes und den kommunalen Gebietskörperschaften vorangetrieben wurde.

Bei der Verabschiedung hob Innenminister Böckmann die Verdienste des Scheidenden hervor und würdigte dabei insbesondere das menschliche Verhalten Bohmeiers gegenüber seinen Mitarbeitern wie auch zu den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen.

## Gertrud Paul verabschiedet

Gertrud Paul, seit 1965 Bürohilfskraft bei der bisherigen BVS-Dienststelle Pirma-

sens, ging in den wohlverdienten Ruhestand. Ihre Verabschiedung erfolgte im Kreise zahlreicher Mitarbeiter. Der Leiter der Dienststelle würdigte nicht nur ihre Verdienste während ihrer langjährigen Mitarbeit, sondern hob die Bereitschaft zu Tätigkeiten hervor, die über ihren Aufgabenkreis hinausgingen. Gertrud Paul hatte besonders für die ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle immer ein offenes Ohr.

## Leistungsbericht 1980

Nach erfolgter Umstrukturierung im Bereich der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz hat sich, bedingt durch die Reduzierung auf fünf hauptamtliche Dienststellen, der Zuständigkeitsbereich der einzelnen BVS-Dienststellen geändert. Dies wurde den Oberbürgermeistern und Landräten in Verbindung mit dem jährlichen Tätigkeitsbericht des BVS mitgeteilt und ein neues Anschriftenverzeichnis beigelegt.

Der Tätigkeitsbericht führt folgende Zahlen der Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbildung an:

546 Aufklärungsveranstaltungen mit 11 613 Teilnehmern,

59 Straßenaktionen „Sirensignale“ und Selbstschutz-Vorführungen mit 27 188 Teilnehmern,

27 Ausstellungen mit 113 520 Besuchern,

801 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 20 262 Teilnehmern,

353 Selbstschutz-Fachlehrgänge mit 5 539 Teilnehmern.

## BVS-Schule Birkenfeld:

35 Informationsseminare mit 746 Teilnehmern,

82 Fachlehrgänge mit 1 268 Teilnehmern.

## „Rheinland-Pfalz Ausstellung '81“

Zum zehnten Male fand in diesem Jahr die „Rheinland-Pfalz Ausstellung“ statt. Der BVS beteiligte sich wieder mit einem Informationsstand. Die günstige Platzierung erbrachte eine überdurchschnittliche Besucherzahl. Viele Besucher ließen sich über die Themen „Selbstschutz“ und „Schutzraumbau“ beraten. Großes Interesse fanden die Modelle über die friedensmäßige Nutzung von Hausschutzräumen.



## CDU-Frauenvereinigung informierte sich über Zivilschutz

Großes Interesse für die Belange des Zivilschutzes zeigten die Vertreterinnen der CDU-Frauenvereinigung im Stadtverband Saarbrücken anlässlich eines Informationsseminars an der BVS-Schule Birkenfeld.

Nach der Begrüßung erläuterte BVS-Landesstellenleiter Koch die Gliederung und Aufgaben des Verbandes, wobei er insbesondere auch die in den letzten Jahren stark forcierte Öffentlichkeitsarbeit und die hierdurch erzielten guten Ergebnisse herausstellte. Weiterhin sprach er über die Maßnahmen des Zivilschutzes im Rahmen der zivilen Verteidigung.

Ministerialrat Hans Grundmann referierte über den Zivilschutz in der öffentlichen Meinung. Die hierbei detailliert dargelegten Meinungsumfragen wurden mit besonderem Interesse verfolgt und waren auch Gegenstand einer äußerst lebhaften Diskussion.

Große Aufmerksamkeit widmeten die Teilnehmerinnen den Vorträgen der ehrenamtlichen Fachgebietsleiterin für „Frauenarbeit im BVS“, Demuth, über „Selbstschutz als caritative Aufgabe“ und „Die Bedeutung der Frau im Selbstschutz“. Gleiche Beachtung fanden die Ausführungen von BVS-Fachlehrer Canaris über die Wirkungen moderner Angriffswaffen und die Schutzmöglichkeiten sowie das Referat von Ministerialrat Klein über die Bedeutung des Schutzraumbaus.

Schließlich konnten sich die Teilnehmerinnen bei praktischen Vorführungen noch einen Überblick über vorbeugende und abwehrende Selbstschutzmaßnahmen verschaffen. Dabei wurde ein starkes Interesse an Selbstschutz-Grund- und Ergänzungslehrgängen deutlich.

## Für qualifizierte Schutzbauberatung

Zu einer Arbeitstagung hatte die BVS-Landesstelle Saarland die für den Schutzraumbau eingesetzten Bauberater eingeladen, um die neuesten Erkenntnisse und Richtlinien zu erörtern, mit dem Ziel, eine qualifizierte Beratung der interessierten Bauherren sicherzustellen. Zuvor führte BVS-Landesstellenleiter Koch Ministerialrat Wilhelm Klein als neuen ehrenamtlichen Fachgebietsleiter „Schutzraumbau“ ein. Sein Vorgänger, der langjährige ehrenamtliche BVS-Mitarbeiter Friedrich Glaser, kann aus ge-

sundheitlichen Gründen die Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Koch ging anschließend auf die günstige Aufgabenentwicklung ein und stellte dabei auch das wachsende Interesse an der Errichtung von Hausschutzräumen heraus. Ministerialrat Klein erläuterte den Stand des Schutzraumbaus im Saarland. Danach sind in kurzer Zeit allein für Wohngebäude in 313 Schutzräumen 17500 Schutzplätze geschaffen worden. Das derzeitige Interesse werde sehr deutlich durch die z. Z. noch im Bau befindlichen 85 privaten Hausschutzräume mit 3000 Plätzen.

## Saarlands Innenminister Dr. Wicklmayr würdigte BVS-Arbeit

„Selbstschutz bedeutet nicht nur sich selbst schützen, sondern auch dem zu helfen, der auf Hilfe angewiesen ist!“ Diese Auffassung vertraten der saarländische Innenminister Dr. Rainer Wicklmayr, Ministerialrat Hans Grundmann und BVS-Landesstellenleiter Christian Koch anlässlich eines Gesprächs über die Probleme und künftigen Aufgaben des BVS. Dabei erklärte der Innenminister, daß die Arbeit, die in den letzten Jahren vom BVS im Saarland geleistet wurde, beachtlich sei.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand der Bericht über die Tätigkeit des BVS im vergangenen Jahr, aus dem hervorgeht, daß 1980 insgesamt 763 Aufklärungs- und Ausbildungsveranstaltungen des BVS im Saarland mit rund 82000 Teilnehmern bzw. Besuchern durchgeführt wurden. Allein im Ausbildungsbereich fanden 560 Lehrgänge mit 10150 Teilnehmern statt. Bei 122 Lehrgängen in mittleren und größeren Betrieben des Saarlandes wurden 2000 Arbeitnehmer mit den Problemen des Katastrophen- und Selbstschutzes sowie mit Selbsthilfemöglichkeiten vertraut gemacht. Eine wesentliche Verstärkung erfuhr die Ausbildungstätigkeit des BVS bei den Behörden. So nahmen im vergangenen Jahr 2500 Beschäftigte an 153 Lehrgängen teil.

Besonderes Interesse zeigte Innenminister Dr. Wicklmayr für den Bau von Schutzräumen. Einen wesentlichen Anteil an der steigenden Tendenz des Schutzraumbaus hat der private Hausschutzraum, der mit Zuschüssen des Bundes und steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten erleichtert wird. So gingen im Jahr 1980 beim BVS insgesamt 530 entsprechende Anfragen aus dem Saarland ein. Mit Zufriedenheit wurde registriert, daß an der Saar für 6,5% der

Bürger bereits Schutzräume im privaten Bereich vorhanden sind, während in der gesamten Bundesrepublik nur für 3% der Bevölkerung Schutzräume errichtet wurden.

Dr. Wicklmayr betonte in diesem Zusammenhang, daß zwar ein absoluter Schutz durch den Staat für alle Gefahrenlagen nicht erreichbar sei, er bekundete jedoch die Bereitschaft der Landesregierung und insbesondere des zuständigen Innenministeriums, auch in Zukunft alle Maßnahmen, die einer Verbesserung des Selbstschutzes dienen, zu unterstützen.

Nach Meinung der Gesprächsteilnehmer kann auch in den kommenden Jahren eine enge Zusammenarbeit zwischen der BVS-Landesstelle, dem Innenministerium, den BVS-Dienststellen und den Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen wesentlich zu einer guten Entwicklung beim Aufbau des Selbstschutzes beitragen.

## Brand- und Selbstschutz in Wort und Bild

Im Rahmen des „Modellversuches zur Intensivierung des Selbstschutzes“ in Völklingen hatte der Oberbürgermeister der Stadt die Schüler aller Grund- und Hauptschulen aufgerufen, entweder über das Thema „Probearbeit in unserer Schule“ einen Aufsatz zu schreiben oder mit Pinsel und Farbe ihre Ideen unter dem Thema „Waldbrand“ darzulegen.

Für jede Gruppe hatte Oberbürgermeister Durand eine Jury eingeladen: einen Kunsterzieher, einen Architekten, zwei Pressevertreter, den VHS-Direktor, zwei Schuldirektoren sowie Schulrat Meyer und zwei Vertreter des BVS.

Die Auswahl war für die Mitglieder der Jury schwer, denn neben den drei Hauptpreisträgern standen 40 weitere Arbeiten zur Prämierung an. Am 20. März 1981 wurden dann in der Sporthalle in Völklingen die Preisträger durch Oberbürgermeister Durand geehrt und die Sach- und Buchpreise überreicht. In seiner Ansprache vermerkte Durand die gute Unterstützung der Schulen und betonte, „wenn wir Verantwortungsbewußtsein entwickeln und den Stellenwert des Selbstschutzes verdeutlichen wollen, so müssen wir bereits in den Schulen damit beginnen“.

An den Arbeiten der Schüler wie auch an der Beteiligung der Veranstaltung war zu erkennen, daß solche Anregungen der richtige Weg sind.

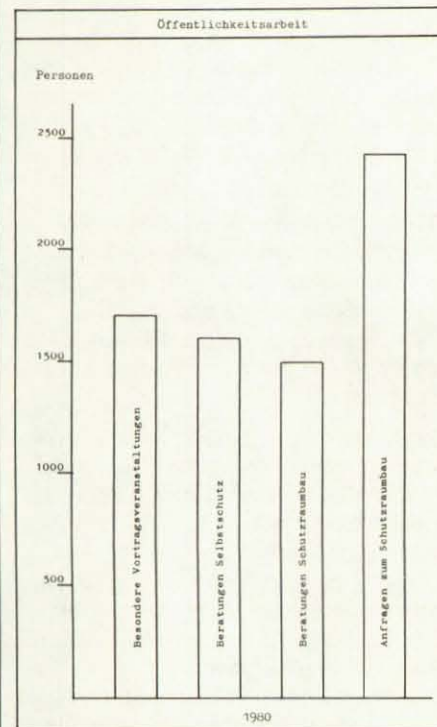


## Gemeinde wirbt für Schutzraumbau

Die in Südbaden gelegene Gemeinde Schallstadt-Wolfenweiler bezieht in den Bau ihrer Mehrzweckhalle einen Schutzraum für ihre Bevölkerung mit ein. Das am Ortseingang aufgestellte Bau-



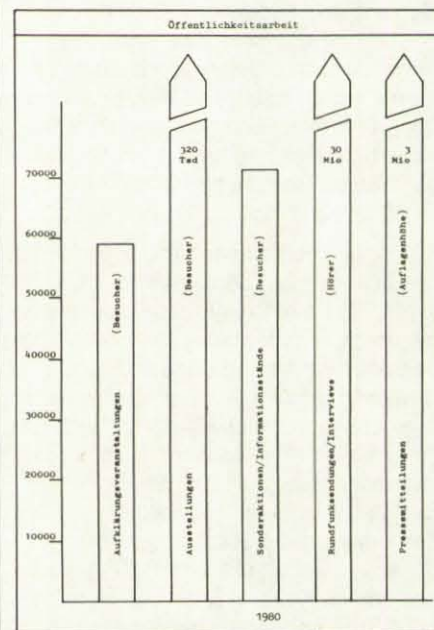
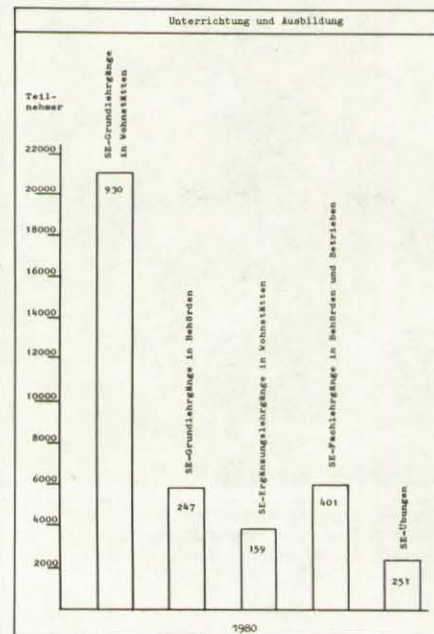
Schon auf dem Bautransparent ist erkennbar, daß die Gemeinde einen Schutzraum in die Mehrzweckhalle integriert.



## BVS-Report '80 vorgestellt

Knapp eine halbe Million Bürger haben sich im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg über Selbstschutzmaßnahmen informiert. Rund 39000 Bürger nutzten die Möglichkeit einer Ausbildung und ca. 33 Millionen erhielten über Rundfunk und Presse wichtige Selbstschutzinformationen. Im BVS-Report '80, der unter anderem

transparent weist auf die im Bau befindliche Mehrzweckhalle und den Schutzraum hin. Die Gemeinde will damit ihr Bemühen um den Selbstschutz verdeutlichen.



auch der Presse vorgelegt wurde, appellierte BVS-Landesstellenleiter Raach vor allem an die Eigeninitiative des Bürgers.

Man solle, so Raach, angesichts drohender Waffengewalt nicht resignieren, sondern versuchen, das Vorhandene im Zivil- und Selbstschutz Schritt für Schritt auszubauen.

## BVS-Presseninformati- onsdienst

Damit die Zusammenarbeit mit der Presse noch besser wird, richtete die BVS-Landesstelle einen Presseinformationsdienst ein. 50 Redaktionen der verschiedensten Presseorgane sowie alle Rundfunk- und Fernsehredaktionen in Baden-Württemberg erhalten nun Kenntnis über wichtige und vor allem auch kurzfristig angesetzte Aktivitäten der BVS-Dienststellen.

## Stadtbouräte auf der „Schulbank“

Die BVS-Dienststelle Rottweil führte vom 17. bis 18. März 1981 ein Informationsseminar „Schutzraumbau“ in Rielsingen durch. Als Teilnehmer wurden Mitarbeiter der Bauaufsichtsämter angesprochen. Das Echo auf die Einladung war so groß, daß das Seminar auf 20 Personen begrenzt werden mußte.

In 16 Unterrichtsstunden wurden technische Fragen des Schutzraumbaus sowie Planung, Prüfung und Abnahme von Schutzbauten behandelt. Wie interessant dieser Stoff von der Thematik her war, zeigte sich in einer angeregten Diskussion.

Die Besichtigung eines Schutzraumes am letzten Tag der Veranstaltung war als praxisnahe Information für alle Teilnehmer ein anschaulicher Schlußpunkt.

## Selbstschutz-Sachbearbeiter trafen sich

Die Selbstschutz-Sachbearbeiter der Gemeinden des Landkreises Ludwigsburg trafen sich im Landratsamt zu einem Erfahrungsaustausch. Das Hauptinteresse der Teilnehmer galt dem Problem, Selbstschutz-Beratungs- und Leitstellen einzurichten sowie der Gewinnung und Bestellung der erforderlichen Zahl geeigneter Selbstschutz-Berater.

Es wurde auch die ständige Zunahme von Anfragen privater Bauherren zum Thema „Hausschutzräume“ angesprochen. Weil bei einem großen Teil der Baubehörden Mitarbeiter fehlen, die den Interessenten Auskunft über die Errichtung von Schutzbauten geben können, wurde vorgeschlagen, auf Kreisebene ein Informationsseminar „Schutzraumbau“ für Ingenieure und Architekten durchzuführen.



## Vorstellungsbesuch bei Regierungspräsident Dr. Schmid

Zusammen mit BVS-Dienststellenleiter Georg Seemann und BVS-Helfervertreter Georg Heller besuchte BVS-Landesstellenleiter Kopsieker den Regierungspräsidenten von Niederbayern, Dr. Gottfried Schmid, in Landshut.

Dr. Schmid stellte die guten Kontakte zum BVS heraus und würdigte im besonderen die bisherige Tätigkeit des Verbandes in Niederbayern. Er erläuterte in kurzen Worten Struktur und Beschaffenheit des Regierungsbezirkes, vor allem die Mentalität der hier ansässigen Bevölkerung. Für seinen neuen Wirkungsbereich in Bayern wünschte er Kopsieker viel Glück und bot weiterhin die Unterstützung der Bezirksregierung an.

BVS-Landesstellenleiter Kopsieker erläuterte die Aufgaben des BVS und verwies auf die Notwendigkeit der Unterstützung durch die Bezirksregierung und Kommunen.

Anschließend stellte sich Landesstellenleiter Kopsieker noch bei Landshuts Oberbürgermeister Josef Deimer, der zugleich Präsident des Bayerischen Städtetages ist, und bei Landrat Geiselbrechtinger vor.

## 92 Prozent halten Zivilschutz für notwendig

Die BVS-Dienststelle Deggendorf informierte in den beiden Fußgängerzonen der Stadt die Bevölkerung über alle Maßnahmen des Selbstschutzes in Wohnstätten und führte zugleich eine Befragung durch, an der sich 85 meist jüngere Bürger beteiligten. Die erste Frage „Kennen Sie Zivilschutz?“ beantworteten 71 Prozent mit Ja, 29 Prozent mit Nein. Daß Zivilschutz notwendig ist, befürworten 92 Prozent, 8 Prozent legen keinen Wert darauf. Dagegen zeigten sich 72 Prozent der Befragten interessiert an einer Selbstschutzausbildung.

## In Deggendorf ist viel geplant

Als Oberbürgermeister Berthold Heckscher angesprochen wurde, ob Deggendorf an dem bundesweiten Modellversuch zur Intensivierung des Selbstschutzes teilnehmen möchte, sagte der OB sofort zu. Inzwischen wurde ein umfangreiches und detailliertes Aktionspro-



Der Regierungspräsident von Niederbayern würdigte die Arbeit des BVS (von links): BVS-Dienststellenleiter Seemann, Regierungspräsident Dr. Schmid, BVS-Landesstellenleiter Kopsieker, BVS-Helfervertreter Heller und Regierungsvizepräsident Dr. Huther.

gramm von Stadtverwaltung und BVS entwickelt.

Geplant sind folgende Maßnahmen: Ausbildung der Selbstschutzsachbearbeiter der Stadt Deggendorf, Durchführung einer Selbstschutz-Woche, Gewinnung und Ausbildung weiterer Selbstschutz-Berater und umfangreiche Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit des BVS.

Als Schwerpunkt findet in Deggendorf in der Zeit vom 24. September bis 4. Oktober 1981 statt: ein Presseinformationsgespräch, eine Plenumsdiskussion, Straßenaktionen mit und ohne praktische Demonstrationen, Schaufensterwerbung über Lebensmittelbevorratung, Hausapotheke sowie Kleinlöschgeräte, mehrere Informationsveranstaltungen und eine Selbstschutzübung im Stadtbereich. Außerdem führt die Stadt Deggendorf in Zusammenarbeit mit dem BVS im Laufe des Jahres weitere Veranstaltungen, wie z. B. BVS-Wanderausstellungen und Informationsvorträge, durch, um die Bürger auf die Notwendigkeit des Selbstschutzes hinzuweisen.

## Ortsbäuerinnen besuchten BVS-Informationsseminar

Der Bayerische Bauernverband, Geschäftsstelle Amberg, und die BVS-Dienststelle Weiden hatten die Ortsbäuerinnen zu einem dreitägigen Infor-

mationsseminar an die BVS-Schule in Geretsried eingeladen. 23 Frauen folgten der Einladung; sie wurden betreut von den ehrenamtlichen BVS-Fachlehrerinnen Annemarie Uschold und Siegrun Scherer.

Die Fachbearbeiterin für „Frauenarbeit im BVS“ der Landesstelle Bayern, Ute Herz, referierte über die Stellung der Frau im Selbstschutz und über die Nächstenhilfe. Sie zeigte die vielfältigen Möglichkeiten der Mitarbeit der Frau im Selbstschutz auf.

Der Leiter des Seminars, Volker Hochmann, sprach über Waffenwirkung und Schutzmöglichkeiten. Durch Filme und Anschauungsmaterial wurden die Themen besonders gut verdeutlicht. Ausführlich ging Hochmann auf die vorbeugenden Selbstschutzmaßnahmen ein. Großes Interesse zeigten die Ortsbäuerinnen an den Aufgaben und Hilfen des Staates im Zivil- und Selbstschutz sowie an den Einsatzaufgaben der Katastrophenschutz-Organisationen und des Warndienstes. BVS-Dienststellenleiter Konrad Weigl, Weiden, sprach über die Probleme des Selbstschutzes in der Landwirtschaft.

Für alle Teilnehmerinnen war der Begriff „Selbstschutz“ nach diesem Seminar kein Fremdwort mehr. Sie versicherten, daß sie ihr Wissen, das sie in diesen Tagen erworben hätten, weitergeben werden.



## Üben für Hamburg

Beim Leistungsvergleich der Jugendgruppen des THW-Landesverbandes Schleswig-Holstein im Sommer 1980 siegte die Wettkampfgruppe des Jugendzuges Louisenlund (THW-OV Schleswig). Sie hatte sich damit für die Teilnahme am THW-Bundesleistungsvergleich 1981 in Hamburg qualifiziert.

Neun THW-Junghelfer der Siegergruppe mußten aus der Wettkampfgruppe herausgenommen und durch fünf Junghelfer ersetzt werden, da sie vom Alter her die Bedingungen für die Teilnahme am Bundesleistungsvergleich in Hamburg nicht mehr erfüllten. Im Februar 1981 folgten die noch fehlenden vier Helfer, so daß die Wettkampfgruppe wieder die für die Teilnahme am Leistungsvergleich erforderliche Anzahl von zwölf Junghelfern aufwies.

Jetzt galt es, die noch bis zum Wettkampf verbleibende Zeit zu nutzen, um die neu hinzugekommenen Junghelfer auf den Ausbildungsstand ihrer ausgeschiedenen Kameraden zu bringen. Der Jugendzug Louisenlund errichtete auf dem Gelände der Internatsschule im Januar 1981 eine Wettkampfbahn mit allen erforderlichen Hindernissen – wie z. B. Kriechgang und Eskaladierwand.

Im Februar war es dann soweit, das intensive Training konnte beginnen:

1. Aufgabe: Ankleiden eines Helfers, Auf- und Absitzen beim MKW (nach Zeit).
2. Aufgabe: Geräteablage, Ausleuchten der Wettkampfbahn, Hindernisse räumen, „Verletzte“ versorgen und durch bzw. über die Hindernisse mit Trage bergen.
3. Aufgabe: Aufbau eines Dreibecks und Stegebau.
4. Aufgabe: Beleuchtung, Wassertransport durch/über die Hindernisse (nach Zeit).

Durchlaufzeit: 140 Minuten (Maximaldauer).

Die verschiedenen Aufgaben wurden solange trainiert, bis alles „saß“.

Schließlich waren auch die neu in die Gruppe hineingenommenen Junghelfer in den Teilaufgaben so gut geschult, daß am 14. März mit der vollständigen Wettkampfgruppe zum ersten Male der gesamte Durchlauf geübt werden konnte.

Der bei diesem ersten „Übungsdurchlauf“ anwesende Hauptsachgebietsleiter „Ausbildung“ beim THW-Landesver-



Zum Üben errichtete der THW-Jugendzug eine Wettkampfbahn mit allen erforderlichen Hindernissen.

band, Ing. Willutzki, korrigierte die von den Junghelfern gemachten Fehler.

Obwohl es an Wettkampfstimmung nicht fehlte und die Junghelfer sich alle Mühe gaben, konnte bei diesem „Probelauf“ die vorgegebene Maximalzeit nicht ganz eingehalten werden; die Durchlaufzeit betrug 150 Minuten. Deshalb wurde – so war es im Ausbildungsplan vorgesehen – fleißig weitergeübt. E. U.

## THW-OV Schleswig barg altes Slawenschiff

Zum THW-OV Schleswig gehören seit einigen Jahren drei Helfer, die Privat- oder DLRG-Tauchscheine besitzen. Die Aufgaben, die sich den Tauchern bei ihren Einsätzen stellen, sind vielfältig. Besonders interessant war die Bergung eines über 1000 Jahre alten Slawenschiffes vor Schubystrand in der Ostsee, wobei zugleich eine gemeinsame Ausbildungsveranstaltung mit dem THW-Bergungszug durchgeführt wurde. Da schon seit längerem die Zusammenarbeit der THW-Züge im Einsatz erprobt werden sollte, kam der Fund des alten Schiffs-

Die THW-Taucher transportieren ein geborgenes Wrackteil behutsam an Land.



wracks wie gerufen. Hier konnte das Zusammenspiel zwischen Taucher- und Pumpengruppe sowie Bergungszug ausgiebig getestet werden.

Die Arbeiten stellten sich zunächst als sehr problematisch dar. Es wehte ein starker Ostwind, der die Ostsee aufgewühlt hatte. Morgens um 8.30 Uhr wurde der erste Erkundungstauchgang unternommen. Es stellte sich heraus, daß die Sicht unter Wasser höchstens ein Meter betrug. Also wurde die Arbeit unter Wasser solange aufgeschoben, bis sich der Wind gelegt hatte. Die Taucher nutzten die Zeit, um Vorbereitungen an Land zu treffen.

Die THW-Helfer der Pumpengruppe hatten ein Gerüst gebaut, das dann bis auf den Grund des Wassers abgesenkt wurde. Darauf stellten die Taucher die großen Tauchpumpen, mit denen der Sand vom Wrack gespült werden sollte, nachdem die See sich beruhigt hatte. Die notwendige Energie wurde von einem Notstromaggregat, das auf einem Tonnensteg postiert war, erzeugt.

Über dem Wrack, etwa neun Meter lang, war ein Tonnensteg mit vier Ankern befestigt. Er diente als Arbeitsplattform und zur Ablage von Geräten. Außerdem wurden dort kleinere Wrackteile abgelegt, die freigespült worden waren. Diese Kleinteile wurden von einem Boot an Land gebracht, wo Mitarbeiter des Landesmuseums alle geborgenen Objekte katalogisierten und nach Schloß Gottorp in Schleswig brachten, um sie zunächst dort in einem Spezialwasserbad aufzubewahren. Es gelang den THW-Helfern große Einzelteile an Land zu schaffen, darunter – als Prunkstück – den etwa neun Meter langen Kiel des Schiffes.

Die gesamten Bergungsarbeiten dauerten nur ein Wochenende. Es war ein schöner Auftrag für die Taucher des THW, der zeigte, wie vielseitig das THW-Gerät bei richtiger Handhabung eingesetzt werden kann. R. L.





## Einweisung am „D-Brückengerät“ erweitert Einsatzmöglichkeit des THW

Nachdem die Hamburger Baubehörde nach der Explosion eines Gasrohres auf der Nordereidelbebrücke kurzfristig eine Notbrücke mit schwerem D-Brückengerät (SS80) bauen mußte, erwarb die Hansestadt ein solches Brückenbausystem mit einer Spannweite von rund 45 Metern.

Zum Aufgabengebiet des THW-Bergungsdienstes gehört u. a. der Bau leistungsfähiger Ersatzübergänge über Flüsse und Einschnitte. Es lag deshalb nahe, auch in Hamburg das THW in der Handhabung solcher Brücken-Baukastensysteme zu schulen. In Zusammenarbeit mit dem Senator für Bauwesen und der Herstellerfirma wurden die THW-Führungskräfte an einem Wochenende an diesem Gerät eingewiesen. Schwerpunkt der Schulung war die Vermittlung von Grundkenntnissen über das D-Brückengerät, die einzelnen Bauweisen und Einsatzmöglichkeiten sowie der Zusammenbau von Einzelsegmenten.

Dabei wurde angesprochen:

- Aufgabenstellung, Gliederung und Ausbildung der Brückenbaugruppe als Zweitaufgabe für den Bergungsdienst,
- Handhabung der einzelnen Brückenteile mit Montagehilfsmitteln,
- Unfallverhütung in der Praxis, unter eingehender Erläuterung der Konstruktionsweise des D-Brückengerätes,
- Zusammenbau von Brückensegmenten und Zusammenfügung zu Brückensectoren.

Entwickelt wurde das „D-Brückengerät“ von zwei namhaften deutschen Stahlbauunternehmen. Der Name „D-Brücke“ ist aus dem Konstruktionsmerkmal D=Dreieck abgeleitet worden. Es handelt sich um eine Brücke aus vorgefertigten Einzelteilen, die einfach, wie Teile eines Stahlbaukastens, zusammenzubauen sind. Alle Anschlüsse sind schraubbar und zu Segmenten zusammenzufügen, die aneinandergereiht als Straßenbrücken, ein- oder zweispurig, mit Spannweiten bis zu 70 m, Verwendung finden.

An einem Wochenende wurden die THW-Führungskräfte in den Bau der D-Brücke eingewiesen.



Wie Teile eines Stahlbaukastens wird die Brücke zusammengebaut.

Grundsätzlich sind die Brücken für eine Montage im Vorrollbauverfahren von Hand vorgesehen. In Hamburg sollen diese Brücken in Segmenten vorgefertigt und dann per Kran eingeschwenkt werden. Die D-Brücke kann nicht nur für einen vorübergehenden, sondern auch für einen langandauernden Einsatz – im Gegensatz zur Bailey-Brücke – gebaut werden.

Wie aus der kurzen Beschreibung hervorgeht, ist die Brücke schnell aufgebaut. Der relativ einfache Zusammenbau und die vielfältigen Einbaumöglichkeiten

– Vorrollen bzw. Einschwenken oder –hängen – machen das Gerät sowohl für Baubehörden als auch für den Katastrophenschutz im In- und Ausland universell einsetzbar.

Mit den ersten Einweisungen von THW-Helfern in Hamburg beginnt im Bundesland mit den meisten Brücken eine neue Aufgabenstellung für das THW. Nach eingehender, fachgerechter Ausbildung im Bau der Brücke wird die Einsatzmöglichkeit des THW in Hamburg wesentlich erweitert. Die Ausbildung wird in diesem Jahr verstärkt fortgeführt. W. L.

# Bremen



## Mit gemeinsamer Kraft

Die reißenden Wasserfluten des letzten Weser-Hochwassers nahmen den 28 Meter langen und 2 Meter breiten Anleger der DLRG-Rettungsstation am Werdersee mit und landeten ihn 200 Meter weiter am Nichtschwimmerbecken an.

Mit dem ablaufenden Hochwasser lief auch der Werdersee bis auf eine kleine Pfütze leer, so daß ein Rücktransport des Anlegers auf dem Wasser nicht möglich war; die DLRG bat das THW um Hilfe. An einem Sonntagmorgen rückten 40 Helfer des THW-OV Bremen-West an

Fast 50 Helfer waren nötig, um den Anleger wieder an seinen alten Platz zu bringen.



und transportierten gemeinsam mit den DLRG-Helfern den sehr schweren Anle-

ger in mehreren Etappen wieder an seinen alten Platz zurück. G. B.



## Hochwasser-Alarm für 25 THW-Ortsverbände

Es war bemerkenswert, was Presse und Rundfunk am Morgen des 12. März 1981 meldeten: Die Rhume bei Katlenburg in Kreis Northeim, ansonsten ein friedlich dahinplätscherndes Fließchen mit einem Normalwasserstand von 1,40 Metern, war in wenigen Stunden bis auf eine Höhe von 3,62 Meter gestiegen und hatte sich in einen mehrere hundert Meter breiten, reißenden Strom verwandelt.

Ein ganzes Viertel der Northeimer Innenstadt stand unter Wasser. Die Behörden hatten sich darauf vorbereitet, kurzfristig 8000 Menschen zu evakuieren. In Uslar im Solling brach zum zweiten Mal auf etwa zehn Metern Breite der Damm eines Mühlengrabsens. Wassermassen und Schlamm wälzten sich in die Innenstadt. Auch in Hann.-Münden, Landkreis Göttingen, wurde im Verlauf des Mittwochabend damit gerechnet, daß im Stadtgebiet die ersten Straßen überflutet werden könnten. Dort stieg das Wasser seit den frühen Morgenstunden um fünf Meter bis zum Nachmittag. Es mußte bei weiter ansteigendem Wasser befürchtet werden, daß die tiefer gelegenen Stadtteile bald unter Wasser standen.

Insgesamt waren in Niedersachsen zu diesem Zeitpunkt etwa 40 Straßen durch Hochwasser und durch von den Feldern angespülten Schlamm unpassierbar geworden. Betroffen waren vor allem die Landkreise Northeim, Einbeck und Hannover, entlang der Leine, einschließlich der südlichen Stadtaußenbezirke.

Nach einem Bruch des Hunte-Deiches im Landkreis Oldenburg rissen die Fluten der Hunte rund 5000 Kubikmeter Sand und ebensoviel Mutterboden mit sich. In der Gemeinde Wardenburg wurden insgesamt 1000 Hektar Ackerfläche überflutet.

In besonders betroffenen Gebieten wurde von den Hauptverwaltungsbeamten Katastrophenalarm ausgelöst. Das bedeutete: Alarm für das THW!

Das Ausmaß der Überschwemmungen ist daran zu messen, daß insgesamt 25 niedersächsische THW-Ortsverbände mit über 700 Helfern im Einsatz waren. Ihre Hauptaufgaben lagen im Füllen von Sandsäcken und in der Errichtung von Sandsackbarrieren. Außerdem installierten die THW-Helfer alle verfügbaren Pumpen. Hinzu kamen verschiedentlich Sicherungsarbeiten an Brücken sowie Maßnahmen zur Ölschadenbekämpfung. Meldungen über Hochwassereinsätze



Lobenswert war das Engagement der Hamelner THW-Junghelfer bei der Sandsackfüllaktion des Ortsverbandes.

erreichten den THW-Landesverband im Verlauf dieser und der nächsten Tage von den THW-Ortsverbänden Lehrte, Hann.-Münden, Northeim, Hameln, Wardenburg, Springe, Sarstedt, Osterode, Salzgitter, Hoya, Hannover, Langenhagen, Rinteln, Osnabrück, Ronnenberg, Hildesheim, Lingen, Emden, Sollgau, Fallingbostal, Quakenbrück, Oldenburg, Cloppenburg, Hude-Bookholzberg und Meppen.

Von der Katastrophe am schlimmsten betroffen wurden Stadt- und Landkreis Northeim, wo das THW tage- und nächtelang mit 50 Helfern im Schichtbetrieb im Einsatz war. Etwa 17000 Sandsäcke wurden zusammen mit Feuerwehr und Bundeswehr zum Schutz von Häusern vor dem Hochwasser und zur Erhöhung der Krone des Rhume-Deiches verlegt.

Ein Spezialauftrag lautete, sämtliche Holzbrücken über die Rhume zu sichern. Im ständigen Pumpeinsatz wurde u. a. das städtische Altenheim „trockengehalten“, in dessen unteren Räumen sich sämtliche Versorgungseinrichtungen befanden.

Am Freitag, dem 13. März, stattete THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser dem THW-Ortsverband Northeim und den eingesetzten Helfern einen Besuch ab, um sich über den Einsatz des THW und die allgemeine Lage zu informieren.

Das größte Kontingent mit 200 eingesetzten Helfern stellte der THW-Ortsverband Hannover unter Bereitschaftsführer Pe-

ter Schikorra. Das Parkdeck des an der Leine gelegenen Ihme-Zentrums wurde mit Sandsäcken und Pumpen in einem mehrtägigen Einsatz „trockengelegt“. Weitere Rettungs- und Bergungsaktionen wurden vom THW auch in Ricklingen durchgeführt. Mit dem Rückgang des Leine-Pegels um 25 cm auf 5,63 m am Sonntagnachmittag war dann auch hier die größte Gefahr gebannt.

Der Bruch des Hunte-Deiches bei Astrup, Landkreis Oldenburg, auf einer Breite von 60 Metern, mit der nachfolgenden Überschwemmung eines ca. 1000 Hektar großen Gebietes, führte an diesem „nassen“ Wochenende auch zum Einsatz der Ortsverbände Wardenburg, Hude-Bookholzberg und Oldenburg, deren Helfer teilweise bis zu 96 Stunden, nur mit sehr kurzen Pausen, im Einsatz waren. Hier trat am Dienstag eine Entspannung der gefährlichen Lage ein, nachdem THW, Feuerwehr und Bundeswehr rund 90000 Sandsäcke bereitgestellt hatten, um das Loch im Hunte-Deich zu schließen.

Der „Rund-um-die-Uhr-Einsatz“ der Helfer und die gute Zusammenarbeit der Organisationen sowie das disziplinierte Verhalten und die Mithilfe der betroffenen Bevölkerung hatten auch hier dazu beigetragen, schlimmste Schäden zu verhindern.

## Nachrufe

Zusammen mit seinem sechsjährigen Sohn verstarb nach einem Verkehrsunfall am 27. März 1981 THW-Gruppenführer und Leiter der Jugendgruppe

### Alfred Lück

im Alter von 29 Jahren.

Mit ihm verliert der THW-Ortsverband Lüchow-Dannenberg einen seiner treuesten und engagiertesten Helfer.

Seine Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-Ortsverbandes Lüchow-Dannenberg.

Am 1. Februar 1981 starb unser Althelfer

### Josef Labbé

Er hat sich als Mitbegründer besondere Verdienste um den THW-Ortsverband Uelzen, dem er bis zuletzt kameradschaftlich eng verbunden blieb, erworben.

Wir werden seiner immer ehrend gedenken.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des THW-Ortsverbandes Uelzen.



## Bundestagsabgeordneter beim THW-OV Bielefeld

Um die Sorgen des THW einmal „vor Ort“ kennenzulernen, besuchte Bundestagsabgeordneter Dr. Meyer zu Bentrop (CDU) zusammen mit dem Fraktionsgeschäftsführer seiner Partei in Bielefeld, Hagemann, den THW-OV Bielefeld.

THW-Landesbeauftragter Drogies erläuterte mit den Gästen die finanzielle Situation des THW. Durch die gestiegenen Kosten, z. B. für Helferentschädigungen und Betriebsstoffe, könne die Ausbildung nicht mehr an den tatsächlichen Erfordernissen, sondern am finanziell Machbaren orientiert werden, führte Drogies u. a. aus. Ein speziell Bielefelder Problem sei die Unterbringung des



Im Gespräch über die Probleme des THW (v. l. n. r.): Dr. Meyer zu Bentrop, THW-Ortsbeauftragter Jantschge, H. P. Hagemann, Landesbeauftragter Drogies und Geschäftsführer Dedermann.

THW. Auch hierfür stünden nicht genügend Mittel zur Verfügung.

Bundestagsabgeordneter Dr. Meyer zu Bentrop berichtete über ein erkennbares Umdenken der Abgeordneten aller Parteien in Sachen Zivil- und Katastrophenschutz, so daß zu hoffen sei, daß das zu einem angemessenen Stellenwert des THW in den politischen Entscheidungsgremien führt. Er wolle sich im Finanzausschuß des Bundestages bei der Beratung des neuen Haushaltes dafür einsetzen, daß dem THW durch eine Umverteilung der Haushaltsmittel künftig mehr Gelder zufließen. J. D.

## THW-Leistungsvergleich im Kreis Kleve

Am 28. März 1981 fand auf dem Übungsgelände des THW-OV Kleve der dritte Leistungsvergleich der THW-Einheiten des Kreises Kleve um den Wanderpokal des Kreisbeauftragten statt. Die Helfer der fünf teilnehmenden THW-Bergungszüge hatten die Aufgabe, einen „Verletzten“ zu bergen.



In einem Kriechgang liegende Hindernisse mußten mit der Säge durchtrennt werden.



Der Kreisbeauftragte des THW-Kreises Kleve überreicht der Siegermannschaft den Pokal.

Die Übungslage sah eine Bergung bei Dunkelheit vor, deshalb wurden die Schadensstelle und die einzelnen Abschnitte ausgeleuchtet. Ein Betonhindernis war mit Brechstange und Hölzern anzuheben und seitwärts zu bewegen. Dann erst war der Weg frei zu einer Bohlenwand. Diese mußte wegen ihrer mangelhaften Standfestigkeit erst fachgerecht abgestützt werden, bevor mit Hilfe einer Motorsäge ein Durchbruch erfolgen konnte. Zum weiteren Vordringen stand den THW-Helfern nur ein Kriechgang zur Verfügung, in dem Hindernisse aus Stahl und Holz mit Trennschleife, Schneidbrenner und Säge beseitigt werden mußten.

Der „Verletzte“ – vom DRK realistisch geschminkt – befand sich auf einem acht Meter hohen Übungsturm. Nach einem Aufstieg mit Leitern wurde ihm Erste Hilfe geleistet. Mit einer Trage wurde er dann herabgelassen und über Hindernisse ins Freie geschafft.

Viele Zuschauer verfolgten die Übung. Unter den Gästen waren der Bürgermeister der Stadt Kleve, Richard van de Loo, der Vertreter des Hauptverwaltungsbeamten des Kreises Kleve, Kreisrechtsdirektor Vahlhaus, führende Mit-

glieder des niederländischen Zivilschutzes der Provinz Gelderland und der niederländischen Feuerwehr Nimwegen, stv. THW-Landesbeauftragter Kellner, sowie Vertreter aller im Kreis Kleve tätigen Katastrophenschutz-Organisationen.

Am Abend des Wettkampftages überreichte THW-Kreisbeauftragter Fischer der Siegermannschaft des 1. THW-Bergungszuges Kleve den Pokal. Der 2. Platz wurde von den Helfern des Bergungszuges Emmrich belegt. Jede teilnehmende Mannschaft erhielt eine Urkunde und ein Erinnerungsgeschenk. P. F.

## Ungewöhnlicher THW-Einsatz

Zu einem Einsatz besonderer Art wurden die THW-Helfer des Ortsverbandes Arnsberg im März 1981 gerufen: Ein Getreidelager in Arnsberg war von Schädlingen heimgesucht worden, die pro Tag bis zu 40000 DM Schaden anrichteten. Um der Plage Herr zu werden, mußten 4850 Gasstangen in das Getreide eingebracht werden, mit denen die Insekten bekämpft werden. Da das Gas durch die Wärme im Getreide schnell ausströmt, standen die THW-Helfer unter Zeitdruck, um die Arbeiten ohne Gefährdung ihrer Gesundheit abzuschließen.

Durch den tatkräftigen Einsatz der 36 THW-Helfer konnte die Aktion in kurzer Zeit beendet werden, so daß ca. 10000 Tonnen Getreide im Gesamtwert von rund 50 Millionen DM vor der Vernichtung bewahrt wurden. R. H.

## Kraftfahrer waren kaum in Verlegenheit zu bringen

Außerordentlich gute Resultate erzielten die Kraftfahrer des THW-OV Gladbeck beim diesjährigen Leistungsvergleich. Begehrte Trophäe war wieder einmal der Aloys-Schardt-Pokal. Insgesamt starte-



THW-Ortsbeauftragter Schardt (rechts) und THW-Einsatzleiter Voßkuhl (links) überreichen Klaus Kiewitter und seiner Beifahrerin Andrea Kokott den Wettkampfpokal.



ten 16 Teams mit ihren schweren Spezialfahrzeugen.

Eine Reihe schwieriger Aufgaben waren zu meistern: Die Wettkampfteilnehmer hatten nicht nur ihr fahrerisches Können, sondern auch ihr theoretisches Fachwissen unter Beweis zu stellen. Ein Übungsfragebogen mit einer Vielzahl von kniffligen Fragen zur Fahrgastbeförderung im Katastrophenschutz brachte noch bestehende Ausbildungslücken an den Tag. Zur Freude des THW-Ortsbeauftragten Schardt und seines Einsatzleiters Voßkuhl zeigte die Auswertung allerdings einen unerwartet hohen Wissens- und Leistungsstand. Auch bei der Kontrolle der Fahrzeuge sowie der mitzuführenden Unterlagen konnten die THW-Fahrer kaum in Verlegenheit gebracht werden. Lediglich bei den durch Riechproben zu unterscheidenden Behältern mit Benzin, Diesel, Wasser, Spiritus und Salmiakgeist blieben einige Teilnehmer „auf der Strecke“. Am erfolgreichsten waren schließlich Klaus Kiewitter mit THW-Helferin Andrea Kokott als Beifahrerin.

Daß die Mitarbeit im THW nicht nur etwas für starke Männerhände ist, bewies die einzige teilnehmende weibliche Kraftfahrerin des THW-OV Gladbeck, Angelika Schardt. Sie lag in der abschließenden Leistungstabelle vor dem größten Teil der männlichen Mitstreiter.

Bei der Pokalübergabe wies Ortsbeauftragter Schardt darauf hin, daß der Wettkampf einen ernsten Hintergrund habe, denn ein erfolgreicher Einsatz hänge vom Leistungsvermögen und fachlichen Können der THW-Helfer sowie vom fehlerfreien Funktionieren der Geräte und Fahrzeuge ab. Die THW-Kraftfahrer hätten einmal mehr bewiesen, daß sie für Katastropheneinsätze gerüstet seien.

D. G.

## THW-Ehrenzeichen für Franz Hrabowsky

Nach fast einem Vierteljahrhundert aktiven Dienstes im Katastrophenschutz legte Franz Hrabowsky im Januar 1981 sein Amt als THW-Kreisbeauftragter für Bottrop aus gesundheitlichen Gründen nieder. Aus diesem Anlaß veranstaltete der THW-OV Bottrop eine Feierstunde im neuerrichteten Casino des Bottroper Rathauses.

In Anwesenheit von THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Drogies, des Bottroper Bürgermeisters und THW-Ehrenhelfers Erwin Degen, des zuständigen Dezenten Dr. Udo Thormann und Vertretern der Katastrophenschutz-Organisationen überreichte THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens dem Scheidenden das THW-Ehrenzeichen in Gold. In sei-

THW-Direktor Ahrens zeichnet Franz Hrabowsky mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus.



ner Laudatio stellte Ahrens fest, daß Hrabowsky eine der aktivsten Persönlichkeiten im THW-Landesverband Nordrhein-Westfalen gewesen sei. Die Einsatzbereitschaft des Bottroper THW sowie dessen gute Kontakte zu anderen Katastrophenschutz-Organisationen seien nicht zuletzt sein Verdienst.

Auch THW-Landesbeauftragter Drogies bescheinigte Hrabowsky, gute Arbeit geleistet zu haben. Hrabowsky sei von Beginn an von der Notwendigkeit einer technisch-humanitären Organisation überzeugt gewesen und habe mit dem mittlerweile 170 Helfer starken THW-OV Bottrop eine schlagkräftige Einsatztruppe aufgebaut.

Hrabowsky wurde im September 1957 auf Vermittlung des damaligen Geschäftsführers des THW in Essen, Kühne, zum Ortsbeauftragten für Bottrop ernannt. Im Mai 1971 übernahm er dann auch das Amt des Kreisbeauftragten. Entscheidende Hilfe in der Anfangsphase gab ihm ein kleiner Stamm von Idealisten, für den Hrabowsky stellvertretend den späteren hauptamtlichen THW-Kraftfahrer Böhlke sowie die damaligen THW-Zugführer Koschig und Schuhmacher nannte. Damals hatte das THW weder eigene Fahrzeuge noch eine eigene Unterkunft. So fand die erste Alarmübung des OV Bottrop 1950 im Keller eines Wohnhauses statt, wobei die damals elfjährige Tochter Mechthild Hrabowsky die Meldeliste führte. Bei der Bottroper Hochwasserkatastrophe im Dezember 1960 waren die 60 THW-Helfer noch mit geliehenen Bundeswehrfahrzeugen im Einsatz, um Hilfe zu leisten. Neben zahlreichen anderen Aktionen war das Bottroper THW auch bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen im Einsatz.

Franz Hrabowsky machte in seiner Dankesrede deutlich, daß er auch nach seinem Ausscheiden aus den aktiven Dienst dem Katastrophenschutz als THW-Althelfer erhalten bleibe und, soweit es seine Gesundheit zulasse, der neuen Führung des THW-OV Bottrop mit Rat und Tat zur Seite stehe. W. S.

## Eine gelungene Brückenkonstruktion

Eine Fußgängerbrücke, die den Spazierweg über einen Bach in einem Bielefelder Park verbindet, war auffällig geworden und mußte erneuert werden. Die neue Brücke sollte sich gut in die Parklandschaft einfügen sowie reparatur- und wartungsfreundlich sein. Bei 15,20 Metern Gesamtlänge sollte sie auf zwei vorhandenen Betonstützen aufliegen. Der Entwurf von Brückenbauleiter Wolfgang Dedermann sah eine dreifeldige Konstruktion mit abgesenkten Rampenstücken und einem Mittelfeld mit 7,50 Meter Stützweite vor. Die Längsträger aus Stahl mit angeschweißten Anschlußplatten für die Geländerpfosten sollten verzinkt werden und der Belag und das Geländer aus Fichtenholz bestehen. Die Stadt Bielefeld sah im Entwurf und Bauvorschlag alle Forderungen erfüllt und erteilte dem THW-OV Bielefeld den Auftrag zum Bau der Brücke.

Zuerst wurden die THW-Helfer des Brückenbauzuges in Metall- und Holzverarbeitung sowie im Heben und Bewegen schwerer Lasten ausgebildet. Danach wurde die Stahlkonstruktion in der Kfz-Halle der THW-Unterkunft gebaut und der Belag, die Röhrenbalken und das Geländer gefertigt. Nach Kennzeichnung der Einzelteile wurde die Brücke zerlegt und mit einem Tieflader zum Verzinken bzw. das Holz zum Imprägnieren gebracht.

Am 31. Januar 1981 erfolgte die Montage: Mit Hilfe des 30-Tonnen-Krans der



Harmonisch fügt sich die Brücke in die Landschaft ein.



Feuerwehr wurde der stählerne Überbau abgeladen, auf Stützen zusammenge- lascht und verschraubt. Anschließend wurde der Belag eingedeckt, die Rodel- balken aufgeschraubt und das Geländer montiert.

Der komplette Bau der Brücke in der Unterkunft erforderte zwar ein hohes Maß an Werkzeuggenauigkeit, hatte aber den Vorteil, daß die Endmontage an einem Vormittag abgeschlossen werden konnte.

Die Brücke ist eine gelungene Konstruktion. Reparaturanfällige Teile sind verschraubt, die Stahlkonstruktion ist nahezu wartungsfrei und das dunkel imprägnierte Holz fügt sich gut in die Park- landschaft ein. D. G.

### THW-OV Gladbeck bewies Einsatzbereitschaft

In einer 24-Stunden-Übung stellten die Helfer des THW-OV Gladbeck ihre Einsatzbereitschaft und ihr Können unter Beweis. Folgende Lage war der Übung zugrunde gelegt worden: „Starke Erd- beben am Niederrhein haben große Ge- bäudeschäden verursacht; viele Men- schen sind verschüttet oder verletzt“.

Mit 25 Fahrzeugen fuhren die THW-Hel- fer zum Übungsgelände der Katastro- phenschutzschule NRW in Wesel. Eine ganze Nacht lang übten sie die Bergung von „Verletzten“ aus Höhen und Tiefen und übernahmen die Erstversorgung der „Opfer“. Der THW-Instandsetzungszug verlegte Versorgungsleitungen und trainierte Abfangen von Abwasser und Öl.

Mittelpunkt der Übung jedoch war ein Wettkampf um den von einer Gladbek- ker Firma gestifteten Pokal. Dabei muß- ten die einzelnen Gruppen einen Fla-



24 Stunden lang konnten die Helfer des THW-OV Gladbeck ihr Können demonstrieren.



Mit einem Flaschenzug mußte ein GKW mit an- gezogenener Bremse 30 m von der Stelle bewegt werden.

schenzug einschnüren und damit einen GKW mit zehn Tonnen Eigengewicht, angezogener Handbremse und einge- legtem Gang 30 m von der Stelle bewe- gen. Nur knapp gewann die 1. Berg- ungsgruppe des 16. Bergungszuges unter der Leitung von Zugführer Bartel den Wettkampf.

Insgesamt waren THW-Einsatzleiter Voßkuhl und Ortsbeauftragter Schardt mit den Leistungen der Gladbecker THW-Helfer zufrieden. Die Übung „rund um die Uhr“ habe die Einsatzbereit- schaft bewiesen. D. G.

### Überregionale Brückenbauübung

Helfer aus den THW-OV Bielefeld, Sen- nestadt, Halle und Gütersloh wurden zu einem Brückenbauzug zusammengefaßt und gemeinsam ausgebildet. Bei einer Übung in Hoya konnten die überregio- nalen THW-Brückenbauer ihre erworbe- nen Kenntnisse erstmalig demonstrieren.

Die für die Übung notwendigen Brük- kenteile sind nur an der Katastrophen- schutzschule Hoya verfügbar. Deshalb wurde die Ausbildung an einem Wo- chenende durchgeführt. Die Übung lief wie folgt ab: Am Freitag fuhr das Vor- kommando, bestehend aus Brückenbau- leiter und Vermessungstrupp, nach Hoya. Während der Brückenbauleiter die Unterbringung der Einheit und die Ma-

Die Brücke „wächst“. Deutlich ist der ein- wandige Vorbauschna- bel und die zweiwandi- ge eigentliche Brücke zu erkennen.



Während der Trägertrupp das Brückenfeld noch mit den Transportstangen festhält, wird das Feld bereits von der Baugruppe verbolzt.

schinenunterstützung für die Bauphase mit der Schulleitung regelte, begann der Vermessungstrupp mit dem Einmessen und Einrichten der Widerlager und Roll- bahn für eine zweiwandig-einstöckige Bailey-Brücke mit 21,34 Meter Stütz- weite.

Die Teileinheiten trafen sich am Abend am Sammelpunkt (THW-Unterkunft Bie- lefeld), um von dort nach Hoya zu fahren.

Am Samstag wurde zunächst mit einer Einweisung begonnen, da bis auf drei Helfer niemand das Bailey-Gerät kannte. Während der Vorbauschnabel von Hand transportiert und gebaut wurde, leistete beim Bau des eigentlichen Brückensy- stems der Ladekran der Schule erhebliche Unterstützung. Bereits nach sechs Stunden Bauzeit war die Brücke fertig und eingeschoben.

Hauptsachgebietsleiter Jacobsen be- suchte die übende Einheit und kam gerade zur rechten Zeit, um – zum „Teil- streckenminister“ ernannt – das Sperr- band zu durchschneiden und somit das Bauwerk dem „Verkehr“ zu übergeben.

Der Rest des Tages wurde zu Demon- strationen verwandt, wie das Bailey-Sy- stem für höhere Lasten oder größere Stützweiten ausgebaut werden kann.

Am Sonntag arbeiteten die Helfer bis zum Mittag beim Abbau der Brücke. Da- nach fuhr die Einheit nach Bielefeld zu- rück. J. D.



## THW-OV Groß-Gerau erhielt Grundstück

Der THW-OV Groß-Gerau erhielt ein Grundstück für seine zukünftige Unterkunft. In einer kleinen Feier überreichte Ulrich Bax vom Bundesvermögensamt Darmstadt THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Hans-Albert Lossen die Besitzurkunde für das etwa 11 000 Quadratmeter große Grundstück.

Die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung hätten sich zwar über zwölf Monate hingezogen, sagte Lossen, erfreulicherweise seien sie jedoch für beide Seiten erfolgreich abgeschlossen worden.

Bürgermeister Endrick Lankau, den Vertreter des Bau- und Liegenschaftsamtes begleiteten, betonte, daß die Stadt den ortsansässigen Hilfsorganisationen – in diesem Fall dem THW – helfen müsse, damit sie jederzeit für Hilfsmaßnahmen bereitstünden. Schr.

## Ein Dach über der „Haube“

Nach einer raschen Bauabwicklung nahm der THW-OV Homberg früher als erwartet im Februar 1981 seine neue Fahrzeughalle in Betrieb. Gleichzeitig erhielt der Ortsverband Einsatzfahrzeuge neuester Bauart.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Andreas von Schoeler, der zur Indienststellung der Fahrzeuge und der Inbetriebnahme der Kfz-Halle gekommen war, wies darauf hin, daß der Bund durch Schwerpunktmaßnahmen, wie sie beim Fahrzeugprogramm, bei der persönlichen Ausstattung der Helfer sowie im Bereich der Liegenschaften durchgeführt worden seien, aufgetretene Engpässe beseitigen will.

Als besonders wichtig bezeichnete von Schoeler das Verhältnis der Bürger zu den Organisationen und der Arbeit der Helfer. Die Politiker sollten, so der Staatssekretär, den Helfern bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit Anerkennung und Förderung zur Seite stehen.

August Franke, Landrat des Schwalm-Eder-Kreises, dankte Staatssekretär von Schoeler für die Unterstützung, die er dem THW des Kreises zuteil werden läßt. Franke sagte, daß es gerade in der heutigen Zeit erforderlich sei, junge Menschen von einer guten Sache zu überzeugen. Erfreulich sei für ihn der gute Geist, der in allen Vereinigungen des Kreises herrsche. Dem THW-Ortsverband und allen Helfern dankte Franke für die gute Zusammenarbeit.



Früher als geplant konnte der THW-OV Homberg seine neue Fahrzeughalle einweihen (von links): THW-Geschäftsführer Georg Albert, Landrat August Franke, THW-Ortsbeauftragter Hanskurt Thiele, Staatssekretär Andreas von Schoeler, THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Hans-Albert Lossen.

Mit großer Freude hätten die Verantwortlichen der Stadt Homberg die Verbesserungen beim THW verzeichnet, erklärte Bürgermeister Horst Gunkel, der den Homberger THW-Helfern für ihr nicht nachlassendes Engagement zum Wohle der Bürger dankte.

„Seit 30 Jahren geht es beim THW aufwärts, was gerade hier und heute in Homberg sichtbar wird“, führte THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Lossen aus. Der Wert der neuen Fahrzeuge sei beachtlich und spreche für die gute Entwicklung. Nach wie vor stehe jedoch der Wunsch nach mehr Einsatzmöglichkeiten an erster Stelle, meinte Lossen. J. S.

## THW-Kreisübung mit 263 Helfern

Helfer der THW-OV Bensheim, Heppenheim, Lampertheim, Michelstadt und Viernheim bargen die „Opfer“ eines angenommenen Flugzeugabsturzes im Gronau-Wald und übergaben sie zur weiteren Versorgung dem Malteser-Hilfsdienst. THW-Einsatzleiter Harald Schmitt meldete nach kurzer Zeit die Rettung aller 46 „Verletzten“, dargestellt von Junghelfern des THW, der Jugendfeuerwehr Bensheim sowie des Jugendrotkreuzes Lampertheim.

Begonnen hatte die Übung gegen 6.30 Uhr mit der Absturzmeldung an die Bensheimer Polizeistation. Um 7.30 Uhr erreichten die Heppenheimer THW-Helfer das Übungsgelände und errichteten ein Zelt für die „Verletzten“.

Gegen 7.50 Uhr setzten sich die 21 Einsatzfahrzeuge der übrigen THW-Ortsverbände in Bewegung. Die Polizei hatte al-

le Kreuzungen bis zum Übungsgelände für die Durchfahrt des Konvois gesperrt.

Um das unwegsame Gelände besser begehen zu können, errichteten die THW-Bergungszüge Behelfsstege und -brücken.

Bei der Abschlußbesprechung lobten die Übungsleiter den guten Ausbildungsstand der Bergungszüge. In den Bereichen „Führung“ und „Meldewesen“ soll in Zukunft eine Verbesserung erreicht werden. So wird künftig diese Kreisübung jährlich unter der Regie eines anderen THW-Ortsverbandes des Geschäftsbereichs Heppenheim durchgeführt. H. Sch.

## Neuer Lebensraum für Laubfrösche

Eine Ziegelei in Rauschenberg bei Marburg hinterließ nach Einstellung der Produktion tiefe Tongruben, in denen sich Wasser sammelte. Feuersalamander, Laubfrösche und die vom Aussterben bedrohten Geburtshelferkröten und Kreuzkröten fanden ihren Lebensraum.

Die Stadt Rauschenberg, die von der amphibischen Besetzung der Gruben noch nichts wußte, hatte nun aber Pläne, die die Tiere gefährdeten. Eine Bau-schuttdeponie sollte hier eingerichtet werden. Die seltenen Amphibienarten, die im Wasser und an Land leben, wurden von Biologen entdeckt. Sie schlugen Alarm. Die Stadt ließ daraufhin oberhalb des Wasserloches einen neuen Tümpel ausheben.

An einem Wochenende rückten dann die Helfer des THW-OV Marburg an, pumpten das an Algen und Mikroorganismen reiche Wasser um, in dem Kaulquappen der Geburtshelferkröten überwintern, während die erwachsenen Tiere bis zum Frühjahr Quartier in Erdhöhlen beziehen. Wenn sie nach dem Winterschlaf in ihr altes Wasserloch wollen, wird sie ein Zaun daran hindern. Außerdem wurden Eimer in die Erde eingesetzt, in denen die Kröten gefangen und zum neuen Tümpel umquartiert werden.

THW-Ortsbeauftragter Linne meinte zu der Aktion, daß sie eine „Übung unter idealen Bedingungen“ war. Es war kalt, und eine beträchtliche Steigung mußte mit schwerem Gerät bewältigt werden. Die nächste Aktion wird folgen, wenn die Kröten aus ihren Höhlen kriechen und in den Eimern auf ihre Befreiung warten. W. F.





## Flüsse und Bäche quollen über die Ufer

Mitte März erreichte den Ortsbeauftragten des THW-OV Betzdorf in der Nacht ein Alarmruf: Die Kirchener Verbandsgemeinde-Wehr forderte mehrere hundert Sandsäcke an: In Niederfischbach wollte man den Asdorf-Damm verstärken.

Doch der Schutz war leider vergeblich, an dieser Stelle siegten die Fluten. Wie schon bei früheren Hochwassern waren auch diesmal wieder Bewohner der Kolonie in der Kölner Straße in Betzdorf betroffen.

Um 5.15 Uhr wurde das THW von der Polizei alarmiert. Etwa zehn vom Hochwasser umschlossene Häuser wurden zu unzugänglichen Inseln. THW-Zugführer Klein rückte mit dem Bergungszug aus, um Hauseingänge durch Sandsackverbauungen abzusichern. Die Keller der abgeschnittenen Häuser waren vollständig überflutet. Die THW-Helfer mußten mit Schlauchbooten die Versorgung der eingeschlossenen Hausbewohner sicherstellen. Weiterhin wurde ein im Freien stehender Flüssiggas-Tank mit Leinen abgesichert. I. D.



Mit Sandsäcken wurden die Hauseingänge gegen das Hochwasser abgesichert.

## Millionenschaden durch Großbrand

In den frühen Morgenstunden brannte bei Mauchenheim ein Anwesen lichterloh. Gemeinsam bekämpften die Feuerwehren aus Mauchenheim, Weinheim und Alzey das Feuer.

Der unmittelbar an der ehemaligen Mühle vorbeifließende Bach führte zwar Hochwasser, dennoch reichte es aber für die Wasserversorgung der drei Wehren nicht aus. Der THW-OV Alzey wurde angefordert, um mit Hilfe von Sandsäcken die Selz aufzustauen und somit für ein ausreichendes Wasserreservoir zu sorgen.

Durch das gute Zusammenwirken der drei Feuerwehren mit dem THW-OV Alzey war es trotz des großen Wasserbedarfs möglich, ein Übergreifen der Flammen auf angrenzende Gebäude zu verhindern. I. D.

## 25 Jahre im öffentlichen Dienst

Anfang 1981 beging Wolf Dieter Veyhelmann, Hauptsachgebietsleiter „Einsatz“ beim THW-Landesverband Rheinland-Pfalz, sein 25jähriges Dienstjubiläum. Für ihn bedeutete dies gleichzeitig 25 Jahre Arbeit für den Zivil- und Katastrophenschutz.

Im Jahre 1955 trat Veyhelmann als ehrenamtlicher Helfer in den damaligen Bundesluftschutzverband (jetzt BVS) ein, baute die BLSV-Ortsstelle Heilbronn mit auf und wurde nach Erwerb der Lehrberechtigung 1956 dort hauptamtlicher Ausbildungsleiter, später BVS-Dienststellen-, Landesschul- und Bezirksstellenleiter.

Im Mai 1975 übernahm Veyhelmann das Hauptsachgebiet „Ausbildung“ beim THW-Landesverband Hessen. Im Juni 1980 wurde er dann Hauptsachgebietsleiter „Einsatz“ beim THW-Landesverband Rheinland-Pfalz.

# Saarland



## Praktische Hilfe für Behinderte

Diesmal war es zwar keine Katastrophe wie damals beim Bruch der Abwasserleitung im Bostalsee; dennoch arbeiteten die Helfer des THW-OV Saarbrücken einen ganzen Tag auf dem Gelände eines Rehabilitations-Zentrums am Hang über dem See.

Mit einem kleinen Frontlader rodeten und planierten sie eine Fläche, dann wurde gesägt, gebohrt, geschraubt, genagelt und gestrichen. Aus Balken und Bohlen entstand eine etwa 25 Quadratmeter große Plattform mit Geländer und flacher Treppe, von der aus die Behinderten des Saarbrücker Rehabilitations-Zentrums die Segler und Surfer auf dem Bostalsee beobachten können.

Für die THW-Helfer des 3. Bergungszuges Saarbrücken war es ein Einsatz, bei dem das Üben mit praktischer Hilfe für den Nächsten verbunden wurde. D. M.-P.

## Informationsgespräch mit THW-Führungskräften

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. P. W. Kolb, führte anlässlich einer Reise durch das Saarland ein Informationsgespräch mit THW-Führungskräften in der Unterkunft des THW-OV Illingen. THW-Landesbeauftragter Faß

konnte dazu auch den Bürgermeister der Gemeinde Illingen begrüßen. Die Führungskräfte fanden in einer konstruktiven Aussprache in dem Präsidenten einen interessierten und sachkundigen Gesprächspartner. H. B.

Ein Informationsgespräch mit THW-Führungskräften aus dem Saarland führte der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz in Illingen (von links): Lokalredakteur Jochum, Bürgermeister Woll, Präsident Dr. Kolb und THW-Landesbeauftragter Faß.





## Gemeinschaftsübung THW und Feuerwehr

Als sehr gut kann man die Zusammenarbeit des THW und der Feuerwehr in Neunkirchen bezeichnen. Das zeigte sich auch anlässlich einer Übung der Feuerwehren in Neunkirchen. Zu den Aufgaben der beteiligten THW-Pumpengruppe gehörte es, ein Schaumlöschfahrzeug mit Wasser aus einem Fluß zu versorgen. Dazu mußte eine etwa 200 m lange Schlauchleitung gebaut und ein Pumpensteg am Flußufer errichtet werden. Dies wurde von den THW-Helfern mit Präzision geleistet, so daß selbst alte



Die Pumpe zur Unterstützung der Wasserversorgung der Feuerwehren wird von THW-Helfern auf ein Gerüst montiert.

„Feuerwehrfüchse“ über den Ausbildungsstand des THW staunten.

Auch eine THW-Atemschutzgruppe trug zum Gelingen des Gesamtauftrages „Löschen und Bergen“ bei. Die Helfer mußten „Verletzte“ aus den Trümmern eines Hauses bergen und sie zum Verbandplatz transportieren. Dort wurden die „Patienten“ vom DRK weiterversorgt.

Vertreter der Stadtverwaltung lobten die gute Zusammenarbeit der Organisationen und den hohen Ausbildungsstand der Helfer. A. W. B.

## Mit dem Boot auf Rhein und Mosel

Beim THW gilt der Grundsatz, daß theoretische Schulungsstunden allein nicht ausreichen, um für den Einsatz im Katastrophenfall ausreichend gerüstet zu sein. Um wirksam und erfolgreich Hilfe leisten zu können, ist eine gute praktische Ausbildung mit den zur Verfügung stehenden technischen Geräten von entscheidender Wichtigkeit.

Bei Besch an der Mosel begann die dreitägige Wasserdienstübung.



Wegen der besonderen Lage der Mosel-Schiffahrtsstraße wird die hier erforderliche Ausbildung der Helfer auf dem Wasser beim THW-OV Obermosel intensiv betrieben. Die Aufgabe, den Ortsverband auf dem neuesten Stand zu halten, obliegt stv. Ortsbeauftragten Ing. Ewald Doerr.

Unter Doerrs Leitung wurde eine bis ins Detail ausgearbeitete dreitägige Übung mit Ausbildungsfahrt von der Mosel bis zum Rhein durchgeführt, an der neun Helfer teilnahmen. Die Ausbildung auf dem Wasser übernahm Bootsführer Edmund Tutzauer. Ihm zur Seite standen die Bootsführeranwärter Joachim Motschall und Dieter Schwarzenbart.

Zu den vielseitigen Aufgaben gehörte neben der Rettung aus Wassergefahren die praktische Ausbildung am Außenbordmotor, das Erkennen und Befolgen der Schiffsfahrtszeichen, die Benutzung der Schleusen, das Fahren bei starkem Schiffsverkehr und die Nachrichtenübermittlung.

Die Übung begann für die Helfer um 6.00 Uhr in der THW-Unterkunft in Tettingen mit dem Beladen des Mannschaftskraftwagens und des Kleinbusses, mit der anschließenden Fahrt zum Ablegepunkt an der Mosel bei Besch, Stromkilometer 236. Nach einer kurzen Belehrung über Verhaltensmaßnahmen während der Fahrt setzte das Boot bei guter, wenn auch kühler Witterung um 8.00 Uhr vom Ufer ab. Um 8.25 Uhr wurde bei Palzem die erste von zehn Schleusen passiert. Kurz danach fiel der Außenbordmotor durch Zündungsdefekt aus. Bootsführer Tutzauer gelang es, den Schaden zu beheben, es blieb die einzige Störung während der gesamten Übung. Gegen 17.00 Uhr wurde nach einer achtstündigen Fahrtzeit das erste Tagesziel, Nehren, erreicht. In den vom Versorgungstrupp aufgeschlagenen Zelten verbrachte man nach kurzer Lagebesprechung die Nacht.

Am zweiten Tag erreichten die Helfer nach fast fünfstündiger Fahrt das erste Ziel am Rhein, Spey. Nach dem Mittag-

essen wurde als Übungseinlage das Übersetzen über den Rhein mit ausgefallenem Motor, d. h. nur mit Paddeln, geprobt. Anschließend wurde die Fahrt zum Endziel, Trechtinghausen, fortgesetzt, das man um 18.00 Uhr erreichte.

Bei der abschließenden Besprechung über den Fahrtverlauf drückte THW-Geschäftsführer Schumacher seine Zufriedenheit über die vorbildlich verlaufene Wasserdienstausbildung aus.

Die Rückfahrt am nächsten Tag erfolgte auf dem Landwege. Zur Durchführung dieser Wasserdienstübung wurden mit dem Boot insgesamt 294 km – 236 km auf der Mosel und 58 km auf dem Rhein – zurückgelegt. P. G.

## Sauerstofflanze in Petite-Rosselle

Zu dem schon zur Tradition gewordenen Freundschaftsbesuch fuhren THW-Helfer aus Saarbrücken in das benachbarte Lothringen: Im Rahmen des Festes der „Amis des Roses“ zeigten sie diesmal der Bevölkerung von Petite-Rosselle, wie mit der Sauerstofflanze Beton durchbohrt werden kann.

Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Feiern wurde hier von beiden Seiten im „kleinen“ Grenzverkehr demonstriert. D. M.-P.

## Nachruf

Am Mittwoch, dem 11. März 1981, verstarb im Alter von 67 Jahren unser Althelfer

### Paul Scherer

Die Helfer des THW-OV Saarwellingen trauern um einen guten Kameraden, der über 20 Jahre dem Ortsverband treu diente.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsbeauftragter und Helfer des Ortsverbandes Saarwellingen





## Neue Fahrzeughalle für THW- OV Niefern-Öschelbronn

Nach dreimonatigem Umbau einer ehemaligen geräumigen Speditions-Fahrzeughalle bezog nun der THW-OV Niefern-Öschelbronn die Garage und übernahm gleichzeitig zwei neue Mannschaftskraftwagen.

An der Einweihung nahmen u. a. Regierungsdirektor Ständer vom Bundesamt für Zivilschutz und THW-Landesbeauftragter Schneider teil. Mit der Einweihungsfeier wurde die Verleihung des THW-Ehrenzeichens in Silber an THW-Ortsbeauftragten Kircheis für seine 25jährige verdienstvolle Tätigkeit im THW verbunden.

„Eine lange Odyssee geht nun zu Ende“, dies war der erleichterte Seufzer der THW-Führungskräfte und Helfer. Seit Bestehen des Ortsverbandes wechselte der Standort der Unterbringung der Einsatzfahrzeuge ständig. Zeitweise war man gezwungen, die Fahrzeuge im Freien abzustellen, was besonders in den Wintermonaten oft zu Ausfällen führte. Bis 1978/79 waren Niefern und Pforzheim Standorte, zwei Drittel der Fahrzeuge waren auf dem Gelände des THW-OV Pforzheim stationiert.

Mit welcher Ausdauer und Geduld der Ortsverband auch nach einer guten und endgültigen Lösung in Niefern-Öschelbronn gesucht hatte – es fehlte während der ganzen Jahre jedesmal am notwendigen Quentchen Glück.

Sehr viel Unterstützung und Hilfe erhielt der Ortsverband bei diesen Bemühungen von Bürgermeister Kurz, der sich schon gleich nach seiner Amtsübernahme des Problems annahm. Im Herbst vergangenen Jahres verlegte der Ortsverband seine zuletzt im Vorort Niefern abgestellten Fahrzeuge in die nicht mehr genutzte Garage der Nieferner Spedition.

Ortsbeauftragter Kircheis dankte den THW-Helfern für ihren Einsatz beim Umbau der ehemaligen Speditionsgarage. Ihre tatkräftige Mitarbeit habe zu einem beachtenswerten Resultat geführt. Sein besonderer Dank galt Bürgermeister Kurz und der Speditionsfirma für Unterstützung sowie THW-Geschäftsführer Goller für sein persönliches Engagement. Goller habe alle maßgeblichen Mitarbeiter für den Ausbau mobilisiert. Er habe es außerdem ermöglicht, daß dem Ortsverband zur Einweihung seiner ersten, festen Garagen zwei neue Mannschaftskraftwagen im Wert von 350000 DM übergeben werden können.

THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schneider wertete in seinem Grußwort die freiwillige Einsatzbereitschaft der THW-Helfer als beispielhaft. Mit der Verbesserung der Unterkunftsverhältnisse und der jetzigen Garagen- und Fahrzeugübernahme sei der Ortsverband auf eine materielle Grundlage gestellt, die seine Einsatzmöglichkeiten um vieles erweitern.

Die Schlüsselübergabe erfolgt symbolisch mit einem überdimensionalen Garagenschlüssel, den THW-Zugführer Prophet von THW-Geschäftsführer Goller entgegennahm.

Glückwünsche von benachbarten Ortsverbänden übermittelten THW-Kreisbeauftragter Dihlmann und der Ortsbeauftragte des THW-Ortsverbandes Pforzheim, Landauer.

Regierungsdirektor Ständer beschloß den Festakt mit der Schlüsselübergabe der neuen Einsatzfahrzeuge an die Fahrer. K. N.

## Besuch bei der Aargauer Zivilschutz-Instruktoren- Vereinigung

Auf Einladung der Aargauer Zivilschutz-Instruktoren-Vereinigung, kurz AZIV genannt, waren Helfer des THW und des DRK zu Gast in der Schweiz. Bevor die Fahrzeugkolonne Richtung Zürich fuhr, versammelten sich die Helfer der THW-Ortsverbände Freiburg, Offenburg, Schopfheim, Emmendingen, Neustadt, Villingen und Müllheim in Weil. THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Schneider führte die Delegation, der auch Mitglieder des DRK-Landesverbandes angehörten.

Erster Anlaufpunkt war Oftringen, wo die Gäste aus der Bundesrepublik herzlich empfangen wurden. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Präsidenten der AZIV, Bertschi, wurde ein kleiner Überblick über die Gemeinde (9000 Einwohner) gegeben. Bei einem „Znüni“, serviert von Frauen in alten Aargauer Trachten, begrüßte auch der Chef der kantonalen Ausbildung, Fuver, die Gäste und gab anschließend das Wort an Dr. Brenner, Vorsteher des kantonalen Amtes für Zivilschutz.

Nach der Besichtigung eines Schutzraumes der Gemeinde Oftringen ging die Fahrt weiter nach Niederlenz. Hier wurden der Schutzraum der Gemeinde sowie eine Pioniereinheit des Zivilschutzes besichtigt. Außerdem war zufällig bei der Ortsfeuerwehr „Tag der offenen Tür“, so daß die Besucher aufschlußreiche Informationen sammeln konnten.

Im Bürgerhaus der Gemeinde Niederlenz ist die Schule, der Schutzraum (für 6000 Einwohner), die Pioniereinheit des Zivilschutzes sowie die Feuerwehr untergebracht. Finanziert wurde die Einrichtung von der Gemeinde selbst.

Offenbar steht der Schweizer Bürger dem Bau und der Finanzierung eines Schutzraumes positiv gegenüber, denn er bezahlt im Jahr 50 Schweizer Franken für seinen Schutzraumplatz. Inzwischen haben über 90% aller Schweizer einen sicheren Schutzraumplatz.

Weiter ging die Fahrt zur letzten Station, Baden (Schweiz), wo der Delegation im Kantonsspital eine geschützte Operationsstelle (GOPS) gezeigt wurde. Im ersten Untergeschoß befinden sich vier komplett eingerichtete Operationssäle, im zweiten Untergeschoß die Pflegestationen. Auch ein betriebsbereiter Röntgenapparat fehlt nicht. Diese GOPS findet man inzwischen überall in der Schweiz. Das Programm ist bis 1985 vollständig abgeschlossen, d. h. die noch im Bau befindlichen GOPS sind bis zu diesem Zeitpunkt betriebsbereit. Wie Chefarzt Dr. Graber erläuterte, ist eine GOPS innerhalb zwei Stunden operationsbereit; nach zwei Tagen sind alle 500 Betten aufgestellt und Patienten können ärztlich versorgt werden.

In einer Ansprache zeigt sich THW-Landesbeauftragter Schneider sichtlich beeindruckt von der Arbeit des Zivilschutzes in der Schweiz. Er bedankte sich bei den Gastgebern für die überaus herzliche Aufnahme der Delegation aus Deutschland. W. E.

## THW-Helfervereinigung Baden-Württemberg gegründet

Die Gründungsversammlung der Vereinigung der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerks e. V. – Landesstelle Baden-Württemberg – am 7. März 1981 war gut besucht: In der Katastrophenschutzschule des Landes in Neuhausen a. d. Filder waren neben 35 Delegierten der bis zu diesem Tag gegründeten 41 Ortsvereine zahlreiche Gäste erschienen, darunter Regierungsdirektor Ständer vom Bundesamt für Zivilschutz, THW Landesbeauftragte Dipl.-Ing. Schneider, und als Vertreter des Bundespräsidiums der THW-Helfervereinigung Rechtsanwalt Stender aus Bayern. Weiter nahmen zahlreiche hauptamtliche THW-Geschäftsführer die Gelegenheit wahr, im Anschluß an eine Arbeitstagsung, die ebenfalls in der Landesschule



stattfand, die Gründungsversammlung zu besuchen.

Bei der Bestandsaufnahme der Aufbauarbeit der Helfervereinigung wurde festgestellt, daß nahezu die Hälfte aller THW-Ortsverbände in Baden-Württemberg (z. Z. insgesamt 97) in kürzester Zeit örtliche Helfervereine gegründet haben. Damit weist Baden-Württemberg bis jetzt die meisten Ortsvereine im Bundesgebiet auf.

Hauptpunkt der Tagesordnung war die Wahl des Landesvorstands. Drei THW-Helfer des Ortsvereins Kirchheim/Teck

übernahmen den Wahlvorstand. Mit großer Mehrheit wurde für das Amt des Landesvorsitzenden mit Hermann Biechele ein Mann gewählt, der 20 Jahre lang als Mitglied des Bundestages im Innenausschuß engagiert für die Belange des Katastrophenschutzes, insbesondere des THW, tätig war. Stellvertreter wurde H.-J. Wiegand vom Ortsverein Stuttgart. Auf die weiteren Vorstandsposten wurden J. Herrschlein aus Bad Mergentheim sowie G. Frühling aus Kirchheim/Teck und als Kassenprüfer die Kameraden Bäuerle und Keller gewählt.

In der Veranstaltung wurde von den Delegierten einmütig die Notwendigkeit der THW-Helfervereinigung unterstrichen.

Verbunden wurde dies mit der Hoffnung, endlich eine Vereinigung zu haben, die das THW entsprechend seiner Bedeutung vertritt. Weiter wurde der Wunsch geäußert, daß man auch in den anderen THW-Landesverbänden dem Beispiel Baden-Württembergs folgt, so daß bei der ersten Bundesversammlung im September 1981 eine möglichst starke und geschlossene Einheit hinter dem zu wählenden Bundesvorstand steht. G. F.

# Bayern



## THW-Wettbewerb in Kelheim

Beim Leistungswettkampf der Gas-Wasser-Gruppen der Instandsetzungszüge des THW-Landesverbandes Bayern Ende März 1981 errang Marktheidenfeld den Sieg und qualifizierte sich somit für den Bundesleistungswettkampf 1981 in Hamburg.

Ausgelöst durch die vom Bundesamt für Zivilschutz bekanntgegebene Aufgabenstellung der Gas-Wasser-Gruppen für den Bundesleistungswettkampf 1981 in Hamburg hatte das Hauptsachgebiet „Ausbildung“ beim THW-Landesverband Bayern im November 1980 zu diesem Landesentscheid aufgerufen. Der für die Ausbildung des Instandsetzungsdienstes zuständige Sachbearbeiter beim Landesverband, Udo Schmidt, übernahm die organisatorischen Vorbereitungen.

Nachdem die zehn Endkampfteilnehmer feststanden, wurden die Aufgaben, die von allen Gas-Wasser-Gruppen erfüllt werden mußten, bekanntgegeben:

- Anbohren einer unter Druck stehenden Stahl-Wasserleitung,
- Abhängen und Verschrauben einer Polyester-Leitung,
- Abhängen, Gewindeschrauben und Verschrauben einer verzinkten Stahlleitung,
- Schweißen eines Stahlrohres,
- Aufbau einer Saug- und Druckschlauchleitung in Verbindung mit einer Tragkraftspritze vom Typ 2/5.

Die am Landesleistungswettkampf teilnehmenden THW-Ortsverbände waren: Bamberg, Deggendorf, Erlangen, Füssen, Kaufbeuren, Landshut, Mallersdorf, Marktheidenfeld, Passau und Traunstein. Sie alle bereiteten sich intensiv vor. Die Gerätschaften wurden überprüft, das Material besorgt, und nach dem Motto „Übung macht den Meister“ erprobten die Führungskräfte und Helfer ihre Fertigkeiten.



Anstrengung und Wetteifer stehen den Helfern ins Gesicht geschrieben.

Am 28. März 1981 war es dann soweit: Der Wettkampfplatz am Pfligerspitz in Kelheim war durch den gastgebenden Ortsverband und durch die THW-Geschäftsstelle Landshut unter Mithilfe des THW-Landesverbandes in zehn nebeneinanderliegende Wettkampfbahnen eingeteilt und mit dem gleichen technischen Voraussetzungen ausgestattet worden. Die Trinkwasser-Aufbereitungsanlage des THW-OV Nürnberg versorgte das für den Wettkampf unter Druck gesetzte Leitungsnetz, so daß von der ersten bis zur zehnten Kampfbahn gleicher Wasserdruck vorhanden war.

Für die Gäste hatte der Ortsverband Kelheim ein Informationszelt aufgebaut und einen Bergungszug aufgestellt.

Nachdem die Schiedsrichter eingewiesen, die Fahrzeuge an Ort und Stelle waren, die Gruppenführer Helfer und Gerätschaften überprüft hatten, gab Wettkampfleiter Otto Hesse das Zeichen zum Beginn des Landesleistungswettkampfes: Es herrschte geschäftiges, diszipliniertes Treiben auf dem Platz am Pfligerspitz. Die Schiedsrichter beobachteten jeden Handgriff und bewerteten nach festgelegten Maßstäben

- das allgemeine Auftreten der Gruppe,
- die Qualität der ausgeführten Arbeiten,
- die Funktion der verlegten Leitungen
- und den benötigten Zeitaufwand.

Unter den fachkundigen Zuschauern war auch der neue THW-Landesbeauftragte

für Bayern, Dipl.-Ing. Reiner Vorholz, der sich einen Eindruck von der Leistungsfähigkeit des Instandsetzungsdienstes verschaffen wollte.

Zug um Zug wurden die Arbeiten durchgeführt, wobei in der Bewertung besonderes Gewicht auf Unfallverhütung und Arbeitssicherheit gelegt wurde.

Für die nicht zum Wettkampf angetretene Gas-Wasser-Gruppe des THW-OV Traunstein hatte sich übrigens kurzfristig der Ortsverband Kelheim außer Konkurrenz zur Mitwirkung bereiterklärt, obwohl dort nur der Fachdienst Bergung aufgestellt ist.

Bei diesem in Bayern zum ersten Mal durchgeführten Leistungswettkampf der Gas-Wasser-Gruppen gab es keinen Favoriten. Lange Zeit sah es so aus, als ob die außer Konkurrenz gestarteten Kelheimer die höchste Punktzahl erreichen würden. Zeitschnellste waren sie auf jeden Fall.

In Vertretung des Landrates war LtD. Regierungsdirektor Wagner bei der Siegerehrung anwesend, die stv. THW-Landesbeauftragter Hans Schelzig vornahm. Die Überraschung war perfekt, als sich herausstellte, daß Kelheim außer Konkurrenz die zweithöchste Punktzahl erreicht hatte. Die THW-Ortsverbände hatten sich folgende Punkte erkämpft:

Marktheidenfeld 892, Füssen 871, Mallersdorf 853, Bamberg 849, Erlangen 834, Passau 833, Landshut 823, Deggendorf 819, Kaufbeuren 805.

Somit wurde der THW-OV Marktheidenfeld – der schon beim Wettstreit des Bergungsdienstes siegte – auch bei den Gas-Wasser-Gruppen Sieger in Bayern. Die Mannschaften auf den ersten drei Plätzen wurden mit einem Zinnteller und vom Gastgeber mit einem Bierkrug bedacht. Alle Teilnehmer erhielten eine vom THW-Landesbeauftragten unterschriebene Urkunde, auf der die Anzahl der erreichten Punkte dokumentiert wurde.

J. D.



Welf König

## Warnamt VIII seit 20 Jahren einsatzbereit

Zwölf Jahre in Rottenburg –  
Überblick über die generelle  
Entwicklung des Warndienstes

Am 1. April 1960 bezog das Warnamt VIII, damals noch unter der Bezeichnung Luftschutzwarnamt VIII Stuttgart, sein erstes, zunächst noch provisorisches Dienstgebäude in Bildechingen bei Horb in einem unterirdischen Bunkerwerk der ehemaligen Deutschen Reichspost. Mit dem Einbau der erforderlichen Technik war das Provisorium ab 1961 einsatzbereit und nahm, wie auch der übrige Warndienst im Bundesgebiet, den Dienst „rund um die Uhr“ am 1. Oktober 1963 auf. Das Warngelände VIII umfaßt das Gebiet des Bundeslandes Baden-Württemberg.

Am 22. Mai 1968 übersiedelte das LS-Warnamt VIII in seine neue und endgültige Anlage im Raum Rottenburg, mit deren Bau 1964 begonnen worden war.

### Die Geschichte des Warndienstes

Diese kurze Rück Erinnerung lenkt den Blick auf das Entstehen und die generelle Entwicklung des Warndienstes. Die Geschichte des Luftschutzwarndienstes, heute einfach Warndienst (WD), ist mit der Entwicklung der Luftfahrt verbunden, besonders mit der Militär-Luftfahrt.

Bis 1910 verfügten die Streitkräfte der europäischen Staaten, zunächst nur als Erkundungs- und Beobachtungsorgane, über Luftfahrzeuge, die Weiterentwicklungen der bereits im Kriege 1870/71 von den Franzosen verwendeten Ballone darstellten.

Im kaiserlichen Deutschen Reich waren das Zeppeline und Flugzeuge. Bereits im Jahre 1906 hatte sich der deutsche Generalstab sowohl Gedanken über die Bekämpfung von Luftzielen als auch über den Schutz vor Luftfahrzeugen gemacht, um zu Anhaltspunkten für wirksame Maßnahmen gegen Unternehmungen feindlicher Luftfahrzeuge zu gelangen. Die Ergebnisse dieser Überlegungen wurden im Februar 1914 vom Kriegsministerium herausgegeben. Obwohl hier bereits Grundzüge des späteren Heimatluftschutzes erkennbar waren, bestand ein Luftschutz zu Beginn

des Ersten Weltkrieges noch nicht. Er entwickelte sich erst im Verlauf des Krieges. Soweit überhaupt Luftschutzmaßnahmen geplant oder vorhanden waren, lagen diese in der Hand hoher Kommandostäbe und waren meist unzugänglich.

Ungeachtet allgemeiner Richtlinien des Kriegsministeriums gab es keine einheitliche Organisation des Luftschutzes, weder auf militärischer noch auf ziviler Seite. In der Heimat waren nur örtlich einige Abwehrformationen (BAK – Ballonabwehrkanonen-Batterien) aufgestellt, deren Aufgabe das Bekämpfen feindlicher Luftziele war. Auch vom Vorhandensein eines einheitlich ausgebauten und geführten Flugmeldewesens konnte keine Rede sein.

### Rechtzeitige Warnung

An der Westgrenze des Reiches wurden erste Maßnahmen von den stellvertretenden Generalkommandos ergriffen, indem der Beobachtungs- und Warndienst nach rein örtlichen Gegebenheiten der dortigen Befehlsbereiche aufgestellt wurde. Anstelle der Postämter, bei denen bisher die Meldungen der Grenzwachposten aufliefen, wurden zentrale Flugmeldedienste eingerichtet. Diese Maßnahmen erwiesen sich vor allem aufgrund einheitlicher Führung als unzureichend. In der Erkenntnis, daß Beobachten, Melden, Warnen und Abwehr zusammenlaufen müssen, schuf das Preußische Kriegsministerium am 13. August 1915 die Stelle des „Inspektors der BAK im Heimatgebiet“ (BAK: Ballonabwehrkanonen).

1915 erging der Erlaß des Preußischen Kriegsministeriums zur Aufstellung des Flugmeldedienstes im Heimatgebiet, dessen einheitliche Planung dem Inspektor der BAK übertragen wurde. Aufbau, Organisation und Führung des Flugmeldedienstes wurden von den stellvertretenden Generalkommandos wahrgenommen. Für die militärische Seite bedeuteten diese Maßnahmen den Anfang des Lufttraumbeobachtungs- und Abwehrdienstes.

Die „Geburtsstunde“ des Warndienstes ist der 30. September 1915, an dem der Regierungspräsident von Trier die Bekanntmachung zum allgemeinen Schutz gegen Luftangriffe erließ. Er ordnete damals in Ermangelung von LS-Sirenen folgende Warnmaßnahmen an:

**Alarm** – siebenmaliger Stoß der Dampfsirenen

**Entwarnung** – langer Ton der Dampfsirenen.

Am 7. Juli 1916 fanden alle bisher gemachten Erfahrungen in dem Erlaß des Preußischen Kriegsministeriums ihren Niederschlag: „Vorkehrungen zum Schutz gegen feindliche Fliegerangriffe in Ergänzung der bereits getroffenen militärischen Maßnahmen“. Hier wurde als beste Schutzmaßnahme die Verdunkelung empfohlen.

### Aktiver Luftschutz verboten

1919 warfen nach dem Waffenstillstand die Vorgänge um die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles die Frage auf, ob im Zuge einer weiteren Verschlechterung der politischen Beziehungen der Waffenstillstand gekündigt werden würde. Mit feindlichen Luftangriffen auf die Reichshauptstadt Berlin wäre dann zu rechnen gewesen. Es wurde daher der Oberbefehlshaber der Truppen in Berlin, General der Infanterie v. Lüttwitz, beauftragt, Vorbereitungen für den Luftschutz der Reichshauptstadt zu treffen. Die Vorbereitungen beschränkten sich auf Vereinbarungen mit der Stadt, Polizei, Feuerwehr, Reichsbahn, Reichspost und Presse über die Errichtung eines Flugmelde- und Warndienstes. Zur Durchführung dieser Maßnahme kam es nicht mehr, da die Alliierten ultimativ die bedingungslose Unterzeichnung des Vertrages forderten. Damit war es dem Deutschen Reich verboten, jegliche Maßnahmen des aktiven Luftschutzes durchzuführen. Über den passiven Luftschutz war nichts gesagt worden.

1923 erließ das Reichswehrministerium eine „Anleitung für den Reichsluftschutz“. Hiernach wurden einer zu errichtenden „Zentrale für Reichsluftschutz“ folgende Aufgaben zugedacht:

- Sicherstellung des Späh- und Warndienstes,
- Aufstellung von Vorschriften und Anweisungen zur Planung und Durchführung von Schutzmaßnahmen,
- Aufklärung der zivilen Bevölkerung über den Reichsluftschutz.

1925 folgten „Erste Richtlinien für die Organisation des Reichsluftschutzes“, der aus einer militärischen und einer zivilen Organisation bestehen sollte. Die zivile Organisation sollte den Reichsverkehrsschutz (Zuständigkeit: Reichsverkehrs- und Reichspostministerium) und den Reichs-Ortsschutz (Zuständigkeit: Wehrkreiskommandos) umfassen.

(Fortsetzung folgt)



ASB veranstaltete „Parlamentarischen Abend“

## Im Mittelpunkt: Sorgen und Probleme der humanitären Hilfsorganisationen

Neuregelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, Einschränkung der humanitären Fahrdienste, Ausbau der Sozialen Dienste und die Verbesserung des Katastrophenschutzes mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages diskutiert

Der Arbeiter-Samariter-Bund hatte Anfang April erstmals zu einem „Parlamentarischen Abend“ in Bonn alle Bundestagsabgeordneten, die ASB-Mitglied sind bzw. die den Aufgaben und der Arbeit des ASB nahestehen, eingeladen. Hauptpunkte des Gesprächs, an dem unter anderem auch die Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger teilnahm, waren

- Neuregelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung
- Einschränkung humanitärer Fahrdienste – Rettungswesen einschließlich Sozialer Fahrdienste
- Ausbau der Sozialen Dienste durch den ASB
- Verbesserung des Katastrophenschutzes.

### Neuregelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung

Für den ASB bringt das augenblickliche Anerkennungsverfahren größte Schwierigkeiten mit sich: Von 1 634 Plätzen sind nur 981 besetzt, das sind 60 Prozent. Durch das Bremer Urteil (Nichtanerkennung eines Kriegsdienstverweigerers, weil er Autofahrer ist) hat sich die Situation bei den Zivildienstleistenden nicht gerade verbessert. Denn: Würden alle Zivildienstleistende sich nach diesem Urteil verhalten und demonstrieren ihre Führerscheine zu Hause lassen, würde der gesamte Behindertenfahrdienst in der Bundesrepublik zusammenbrechen (der ASB ist hier eine der größten Organisationen), und es würden katastrophale Engpässe im Sanitäts- und Rettungsdienst entstehen! Darum fordert der ASB:

Die Novellierung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes darf nicht länger verzögert werden. Das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer ist so zu gestalten, daß keine Überprüfung des Gewissens mehr stattfindet.

### Einschränkung humanitärer Fahrdienste

Das Bundesverkehrsministerium erarbeitet zur Zeit eine Novellierung für das Personenbeförderungsgesetz. Vorgesehen ist, für das Führen von Kraftfahrzeugen mit weniger als 8 Personen, z. B. VW-Bussen, eine Personalbeförderungsscheinpflicht einzuführen.

Wird dies verwirklicht, können keine Zivildienstleistenden und noch wenige Ehrenamtliche eingesetzt werden. Grund: Für den Erwerb des Personenbeförderungsscheines ist die Vollendung des 23. Lebensjahres notwendig. Die meisten Helfer in diesen Diensten sind jünger. Durch den Ausfall der Zivildienstleistenden ist jedoch die Durchführung von Behindertentransporten nicht mehr möglich.

Der Aufbau neuer Fahrdienste wird erschwert und beinahe unmöglich gemacht durch die Eignungsverordnung vom 10. April 1979 (Verordnung zum Nachweis der fachlichen Eignung zur Führung von Unternehmen des Straßenpersonenverkehrs). Die Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände werden ohne Rücksicht auf ihre gemeinnützige und nicht gewinnorientierte Tätigkeit mit den Unternehmern des Straßenpersonenverkehrs gleichgestellt; die verantwortlichen Vertreter haben dazu entsprechende Prüfungen vor der Industrie- und Handelskammer abzulegen. Das

Bundesverkehrsministerium begründet diese Verordnung damit, daß man nicht mehr zulassen wolle, daß sich jedes beliebige Unternehmen im Personenverkehr betätigt. Die negativen Auswirkungen auf die Fahrdienste für Behinderte werden nicht berücksichtigt. Einer Freistellungsverordnung für die Hilfsorganisationen möchte das BMV jedoch auch nicht zustimmen.

Die Landesverkehrsbehörden legen das Personenbeförderungsgesetz zunehmend restriktiver aus. So wurde es dem ASB in Niedersachsen unter Hinweis auf die BOKraft untersagt, ein ASB-Emblem anzubringen. Begründung: Nach § 26 BOKraft gelten die Krankenwagen als Mietwagen, für Mietwagen gilt ein Verbot der Außenwerbung. Wieder ein Beweis dafür, daß das Personenbeförderungsgesetz nicht passend für die freien Wohlfahrtsverbände ist.

Durch die Klage eines Mietwagenunternehmers beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg wurde das folgeschwere Urteil gefällt, daß trotz Rettungsdienstgesetz auch freie Mietwagenunternehmer weiterhin Krankentransporte durchführen können. Dieses Urteil verteuert den Rettungsdienst unnötig, da von den Rettungsdienstorganisationen große Vorleistungen, z. B. Unterhalt von Rettungsleitstellen, Tag und Nacht einsatzbereites Personal, verlangt werden, die bei den Mietwagenunternehmern entfallen. Insgesamt ist der Trend sichtbar, daß zunehmend Taxi- und Mietwagenunternehmer im Krankentransport dadurch tätig werden, weil sie direkt von den Krankenkassen dazu animiert werden.

Damit werden die langjährigen Verbesserungen im Rettungswesen eingeschränkt. Der billigere Taxitransport ist nicht zwangsläufig der kostengünstigste Transport, wenn Personen befördert werden, die in eine fachmännische Betreuung durch geschultes Rettungsdienstpersonal gehören.

Die StVZO räumt in § 35 den Fahrzeugen des Rettungsdienstes eine Befreiung von den Vorschriften ein, wenn höchste Eile geboten ist, um Menschenleben zu retten. In solchen Fällen müssen die Rettungsfahrzeuge blaues Blinklicht zusammen mit Einsatzhorn verwenden.

Der ASB tritt für eine Änderung der StVZO ein, die es erlaubt, auch nur blaues Blinklicht ohne Horn einzusetzen. Die Bevölkerung klagt über zunehmende Lärmbelästigung.

Die Ausbildung der Rettungssanitäter ist noch nicht in allen Bundesländern aus-



reichend geregelt. Der ASB setzt sich für die Schaffung eines Berufsbildes für Rettungssanitäter ein, wenn zugleich sichergestellt wird, daß nicht nur ausschließlich nach diesem Berufsbild ausgebildete Rettungssanitäter im Rettungswesen eingesetzt werden dürfen. Zumindestens für den Fahrer sollte diese umfassende zweijährige Ausbildung, die nur für Hauptamtliche leistbar ist, nicht die Regel werden.

Die Forderung nach Spikes-Reifen im Rettungsdienst ist weiterhin berechtigt.

Die Treibstoffverteuerung ab 1. April 1981 trifft die Rettungsdienste einschließlich humanitäre Fahrdienste hart. Der Bundesfinanzminister sollte für diese Dienste eine Ausnahmeregelung erlassen.

Mit Ausnahme von Krankentransportwagen sowie Fahrzeugen des Katastrophenschutzes besteht für alle übrigen Fahrzeuge der Hilfsorganisationen allgemeine Kfz-Steuerpflicht. Dies sollte geändert werden. Die Hilfsorganisationen sind zu einem großen Teil Halter von Fahrzeugen für den Sozialbereich, wie z. B. Essen auf Rädern, Sozialstaffeln, Hauskrankenpflege.

## Ausbau der Sozialen Dienste

Der ASB sieht den Ausbau der Sozialen Dienste als Hilfe zur Selbsthilfe an. Ziel ist: Isolierung zu mildern, Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, zur Selbsthilfe anzuregen und Integration zu fördern.

Wichtig ist, die langfristige Finanzierung dieser Dienste zu sichern. Gesetz, Verordnungen und Richtlinien der Länder lassen die Mobilen Dienste als eine öffentliche Aufgabe nicht in dem Umfang zu, daß eine leistungsfähige Versorgung möglich wird. So werden diese Dienste auf Kranken- und Altenpflege beschränkt, während auch andere Leistungen, wie Hilfen für Familien, Beratung, Hol- und Bringdienste u. a. notwendig sind.

Die Mobilen Dienste sind langfristig zu sichern. So sind die Kosten der Haus- und Familienpflege (§ 185 RVO) nicht ausreichend gedeckt. Die Kosten für die Fahrdienste der Schwerbehinderten, die keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können, sind nicht geregelt. Zur Zeit muß sich der Schwerbehinderte (Rollstuhlfahrer) teilweise an den Fahrdiensten finanziell beteiligen. Der gehfähige Behinderte kann jedoch kostenlos die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen.

Der ASB fordert, daß der Personalschlüssel für Altenheime, so wie vom BMJFG vorgeschlagen, 1:4, durch den Bundesrat genehmigt wird.

## Katastrophenschutz soll verbessert werden

Vor den Gefahren einer Katastrophe kann sich der Bürger nicht oder nur unvollkommen schützen. Hier ist das Gemeinwesen, der Staat aufgerufen, Vorsorge sowohl zum Schutz als auch zur raschen und ausreichenden Hilfeleistung zu treffen. Der Schutz des Menschen und die humanitäre Hilfe ist in einem demokratischen Staat ein vorrangiges Ziel. Bei einer **Katastrophe** handelt es sich um eine durch Naturereignisse, Unglücksfall oder Explosion verursachte unmittelbare Gefährdung, wobei Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige Unterkunft und Versorgung der Bevölkerung unmittelbar gefährdet oder wesentlich beeinträchtigt werden.

Der ASB sieht in seiner anerkannten Mitwirkung im Katastrophenschutz eine elementare Aufgabe, der sich alle Organisationsgliederungen mit der Aufstellung von Sanitäts-, Betreuungs-, Fernmelde- und Versorgungsdienstleistungen verpflichten.

Der Schutz vor Katastrophen ist eine **öffentliche Aufgabe** und dem Bereich der staatlichen Daseinsvor- und -fürsorge zuzuordnen.

Trotzdem ist es notwendig, daß der Bürger freiwillig im Katastrophenschutz mitwirkt. Ohne seine freiwillige, ehrenamtliche und aktive Beteiligung innerhalb und außerhalb der humanitären Hilfsgesellschaften ist ein wirksamer Katastrophenschutz nicht möglich. Das **Prinzip der Freiwilligkeit** ist eine tragende Säule dieses Hilfsleistungssystems. Dazu ist es notwendig, die Quote der für den Katastrophenschutz vom Wehrdienst freizustellenden Helfer deutlich zu erhöhen.

Es ist eine Verpflichtung des Staates, der die freiwillige Hilfe der humanitären Organisationen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nutzt, hierfür auch die notwendigen **materiellen Voraussetzungen** zu gewährleisten, ohne daß die Organisation hierdurch in finanzielle Schwierigkeiten kommt. Die öffentliche Hand muß den Hilfsorganisationen die entstehenden Selbstkosten erstatten. Die Eigenständigkeit der Organisationen, auch bei evtl. Gesetzesnovellierungen, muß unangetastet bleiben, wenn nicht sogar noch deutlicher als bisher ihren Niederschlag finden. Grundsatz bleibt das Subsidiaritätsprinzip.

Das **bestehende Ungleichgewicht** zwischen staatlichen und kommunalen Einrichtungen gegenüber den privatrechtlich verfaßten Hilfsgesellschaften ist abzubauen und dabei eine Verstärkung des Stellenwertes des Sanitäts- und Betreuungsdienstes gegenüber den durch

staatliche und kommunale Mittel voll abgedeckten Diensten vorzunehmen.

Der ASB sieht es als eine Voraussetzung für seine eigenen Leistungen an, daß Bundesländer und Kommunen gleichermaßen den auf sie entfallenden Anteil zur Herstellung der Einsatzbereitschaft erbringen. Insgesamt wird die Finanzierung und Ausstattung des Katastrophenschutzes als nicht ausreichend angesehen und entspricht nicht den Erfordernissen.

**Umfangreiche Administration** führt zu Schwierigkeiten im Katastrophenschutz.

Während für den öffentlichen Bereich Vorsorgemaßnahmen weitgehend sichergestellt und teilweise gut organisiert sind, ist der **betriebliche Katastrophenschutz** in weiten Bereichen noch nicht gesichert.

Die Betriebe werden aufgefordert, geeignete Alarm- und Einsatzpläne zur Rettung der Beschäftigten im Katastrophenfall aufzustellen und die notwendigen Meldeeinrichtungen, Erste-Hilfe-Material und Rettungstransportmittel dezentralisiert zu bevorraten.

Zur Leistung humanitärer **Hilfe bei Katastrophen im Ausland** hat sich der Arbeiter-Samariter-Bund mit Mitgliedsorganisationen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu einer Arbeitsgemeinschaft „parität international“ zusammengeschlossen. Durch diese Arbeitsgemeinschaft werden die Erfahrungen und Hilfsmöglichkeiten der einzelnen Organisationen ergänzt und damit eine wirksamere Hilfe in Katastrophenfällen ermöglicht.

Bei Katastrophen soll zwischen folgenden Hilfsmöglichkeiten unterschieden werden:

### ● Soforthilfe

Rettung und Erhaltung des Lebens von in Not geratenen Menschen durch Versorgung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Zelten, Decken, Kleidung usw.

### ● Überbrückungs-/Normalisierungshilfen

Hilfen zur Überbrückung der Notsituation bis zur Wiederherstellung normaler Verhältnisse durch Fortführung und Auswertung von Soforthilfe Maßnahmen und durch Mithilfe bei der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse.

### ● Mittel- und längerfristige Hilfen

Hilfe zur Verbesserung der bisherigen Lebensverhältnisse im Sinne einer entwicklungspolitischen Hilfe.

Im offenen Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten und den Vertretern des ASB wurden diese Probleme erörtert.

Der ASB beabsichtigt aufgrund der sehr positiven Erfahrung, den „Parlamentarischen Abend“ zu einer steten Einrichtung zu machen.



Bundesärztetagung der JUH in Münster:

## „Schutzverhalten bei ABC-Schäden“

Ein „unbequemes“ Thema stand im Mittelpunkt – ABC-Ausbildung der Helfer muß intensiviert werden

Die JUH-Landesschule NRW in Münster war Anfang April das Ziel von über hundert JUH-Ärzten aus dem gesamten Bundesgebiet, eine einmalig hohe Beteiligung an einer Bundesärztetagung der JUH. Unter der Leitung von JUH-Bundesarzt Dr. Krawietz stand das Thema „Schutzverhalten bei ABC-Schäden“ im Mittelpunkt der Tagung.

In einer Rückschau auf die Ärztagungen der vergangenen Jahre stellte Dr. Krawietz die Bedeutung von aktuellen Tagungsthemen heraus, die durch ständig steigende Teilnehmerzahlen der Ärztagungen bewiesen wird. Ehrenamtliches Engagement in solchem Ausmaß zeigte die Verantwortung der Ärzteschaft gegenüber der Arbeit in der JUH, aber auch gegenüber den Aufgaben in der Gesellschaft.

Das in dieser Tagung im Mittelpunkt stehende Thema aus dem Bereich des Katastrophenschutzes ist von der Bevölkerung immer wieder verdrängt worden. Wer beschäftigt sich schon gerne mit einer Sache, die ihm unheimlich und unbegreiflich ist, vor der jeder einzelne Mensch Angst hat, und von der er hofft, „sie trifft mich nicht“?

JUH-Ärzteschaft und Ausbilder sind jedoch aufgrund ihrer Aufgabe zur Kenntnisnahme verpflichtet. Welche Hilfsmaßnahmen können, müssen durchgeführt werden? Wie ist das Zusammenspiel der behördlichen Stellen in einem solchem Katastrophenfall? Sind die technischen Einrichtungen für Hilfsmaßnahmen vorhanden? Ist das Personal in ausreichendem Ausmaß ausgebildet? Fragen, die auf eine Antwort warten.

Die Bundeswehr arbeitet, in Erfüllung ihrer Aufgaben der medizinischen Abwehr von ABC-Katastrophen, sehr intensiv an der Beantwortung der Fragen und an Modellvorschlägen zur Lösung der Probleme. Die Referenten Prof. Dr. Messerschmidt, Oberstarzt Dr. Fischer und Oberstarzt Dr. Helm beschäftigten sich in ihren Ausführungen mit „ABC-Katastrophenfällen und deren Auswirkungen“. Unsere Industriegesellschaft lebt mit Gefahren verschiedenster Arten. Un-



Über hundert JUH-Ärzte waren zur diesjährigen Bundesärztetagung der JUH nach Münster gekommen. Das aktuelle Thema der Tagung: „Schutzverhalten bei ABC-Schäden“.

fälle oder „Pannen“ im Bereich ABC müssen beherrschbar gemacht werden. Dies kann nur bedeuten, daß Ärzte, Rettungssanitäter und Helfer die Gefahrenquellen kennen, Verhaltensformen diesen Gefahren gegenüber entwickeln, um sie beherrschen zu lernen. Der Austritt von giftigen Gasen in einem Chemiebetrieb muß nicht zur Panik führen, wenn die mit der Bekämpfung der Gefahren Beauftragten alle Risiken kennen und über das Wissen und das Instrumentarium zur Bekämpfung verfügen.

Mit großem personellem und technischem Aufwand demonstrierte das 7. Sanitäts-Bataillon der Bundeswehr eine fachgerechte Dekontamination von Personen. Der Dortmunder ABC-Zug der JUH war mit komplettem Gerät, u. a. dem großen Dekontaminationsfahrzeug, zum Übungseinsatz angerückt. In eindrucksvoller Weise zeigten die JUH-Helfer Möglichkeiten, aber auch Grenzen der technischen Einrichtungen und Kapazitäten auf.

In der Schlußdiskussion der Tagung wurden folgende Ergebnisse festgestellt: Die Risiken im Bereich der Katastro-

pheneinsätze bei ABC-Unfällen sind groß und können nur durch Ausbildung, Weiterbildung und Schulung der mit der Bekämpfung beauftragten JUH-Ärzte und Helfer abgebaut werden. Die technischen Einrichtungen und Geräte, die bei Katastrophen dieser Art zum Einsatz kommen, sind nur in unzureichender Anzahl vorhanden. Die Ausbildung der JUH-Helfer an diesen Geräten und Einrichtungen muß verstärkt und intensiviert werden. Die Koordination der mit der Bekämpfung von ABC-Katastrophen beauftragten Stellen muß ständig gewährleistet sein. Dies bedeutet die regelmäßige Überprüfung des Zusammenspiels der behördlichen Stellen und der Sanitätsorganisationen.

Wesentliche Voraussetzung jedoch scheint die Verbesserung des Katastrophen- und Zivilschutzes schlechthin zu sein. Sowohl im personellen als auch im finanziellen Bereich müssen lang anstehende Entscheidungen endlich getroffen werden. Die Ärzte und Ausbilder der JUH sagten auf dieser Tagung ihre Mitarbeit an der Verwirklichung dieser wichtigen Aufgabe zu.

G. Reinhold



„Italian Hits“ helfen den Erdbebenopfern

## JUH stellt Benefiz-Langspielplatte vor

Bundesinnenminister Baum ist Schirmherr der Aktion – Süditalien benötigt weitere deutsche Hilfe

In seiner Rede vor den Delegierten der JUH wies der Herrenmeister des Johanniterordens, Seine Königliche Hoheit Wilhelm Karl Prinz von Preußen, am 21. November 1980 auf die wichtigste Aufgabe der JUH hin: Dienst am Nächsten. Zwei Tage später wurde Süditalien von einer schrecklichen Erdbebenkatastrophe heimgesucht. Tausende Tote, Zehntausende Verletzte und Obdachlose, unvorstellbare Sachschäden waren die schreckliche Bilanz.

Hilfe tat not, und neben vielen anderen Organisationen kam auch die JUH sofort zum Einsatz. Schon am 27. November 1980, also vier Tage nach dem Erdbeben, waren JUH-Helfer vor Ort. Zelte und Decken, Bekleidung, Medikamente und Nahrungsmittel wurden direkt an die betroffene Bevölkerung verteilt. Im Auftrag des Diakonischen Werkes der EKD wurden noch vor Weihnachten die ersten Fertighäuser erstellt und konnten von Familien bezogen werden, die durch das Erdbeben alles verloren hatten. Bis heute wurden in über 5000 Arbeitsstunden durch JUH-Helfer weitere 50 Fertighäuser erstellt und an italienische Familien übergeben. All diese Hilfsmaßnahmen wurden nur ermöglicht durch Spendenmittel des Diakonischen Werkes der EKD und Sachspenden der Bevölkerung und vieler Firmen an die JUH direkt.

Nachdem die erste und akute Hilfe geleistet war, mußte die JUH sich den nächsten Aufgaben zuwenden. Heute werden in Süditalien dringend gebraucht: Kindergärten, Sozialstationen, Altersheime und Arztpraxen.

Dies veranlaßte die JUH zu einer besonderen Maßnahme: In Zusammenarbeit mit einer großen Schallplattenfirma hat die JUH erstmalig eine Benefiz-Langspielplatte herausgegeben. Schirmherr dieser Schallplattenaktion ist Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum.

Auf einem Presseempfang in Bonn wurde die erste Schallplatte vom Präsidenten der JUH, Wilhelm Graf v. Schwerin, an Minister Baum übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt. Der JUH-Präsident begrüßte in seiner Ansprache neben dem Innenminister recht herzlich Fernando Salleo, Gesandter an der italienischen Botschaft in Bonn, Mitglieder des deutschen Bundestages und Vertreter des Bundespräsidialamtes, des Bundeskanzleramtes, des Außen- und Innenministeriums. Graf v. Schwerin übermittelte Minister Baum, neben seinem persönlichen Dank, besonders den Dank



Am 30. April 1981 überreichte die Johanniter-Unfall-Hilfe durch Graf von Schwerin Bundesinnenminister Baum die Erstanpressung der Benefiz-LP „Italian Hits“ zugunsten der Erdbeben-Geschädigten in Italien (von links) Bundesinnenminister Baum, die Interpreten Daniele und Rettore, Wilhelm Graf von Schwerin, Präsident der JUH.



der Johanniter-Unfall-Hilfe: „Sie haben mit der Übernahme der Schirmherrschaft über unsere Langspielplatte ‚Italian Hits‘ erneut Ihr persönliches Engagement für die Erdbebenhilfe bewiesen.“ Für die italienischen Künstler nahmen die Interpretin Rettore und der Sänger Daniele den Dank der JUH entgegen; alle Künstler, darunter auch Weltstars wie Sydne Rome, verzichteten übrigens auf ihre Tantiemen.

Zahlreiche Journalisten von Presse und Rundfunk waren der Einladung der JUH gefolgt und wurden vom Präsidenten der JUH gebeten, mit ihren Beiträgen die Medien in den Dienst dieser Aktion einzubinden. Wörtlich wies Graf v. Schwerin darauf hin, daß die Journalisten damit großen Anteil hätten am Erfolg der Aktion „Wiederbeheimatung“.

Die Benefiz-Langspielplatte ist bei allen Standorten der JUH zu erwerben. Bundesinnenminister Baum unterstützt die Aktion der JUH: „Bis zur Normalisierung der Verhältnisse, insbesondere bei der menschenwürdigen Unterbringung der Obdachlosen und im Gesundheits- und Erziehungswesen, sind noch große Anstrengungen erforderlich. Als ein Beitrag aus der Bundesrepublik Deutschland ist der Erlös dieser Benefiz-LP vorgesehen. Meine herzliche Bitte: Helfen Sie der befreunden italienischen Nation weiterhin bei der Bewältigung der durch die Erdbebenkatastrophe ausgelösten Not durch den Kauf dieser Schallplatte!“



## „Seniorentreff Zehnthof“ – erste Altentagesstätte für den MHD in Bayern

Am 27. März 1981 nahm der MHD Würzburg den „Seniorentreff Zehnthof“ in Betrieb. Der „Seniorentreff Zehnthof“ ist die erste Altentagesstätte, die der MHD in Bayern betreut. Damit engagiert sich der MHD Würzburg auf einem weiteren Gebiet der offenen Altenpflege.

Der Diözesanleiter des MHD Würzburg, Frhr. v. Bechtolsheim, konnte anlässlich der Einweihungsfeier zahlreiche Gäste der Regierung von Unterfranken, der Stadt Würzburg, der katholischen und evangelischen Pfarreien und Institutionen sowie die Vertreter der ortsansässigen Altenclubs begrüßen und freute sich über die rege Teilnahme, die dem MHD für seine neue Aufgabe zuteil wurde. Nach der Schlüsselübergabe durch den 2. Bürgermeister der Stadt Würzburg reichte Frhr. v. Bechtolsheim den Schlüssel weiter an Frau Elisabeth Seitz, Leiterin des „Seniorentreff Zehnthof“, die schon früher für den MHD als SH-Lehrschwester tätig war. Frau Seitz wird bei ihrer zukünftigen Arbeit im Seniorentreff von Helferinnen und Helfern des MHD unterstützt, die bereits Erfahrung in der Altenarbeit bei Veranstaltungen des Malteser-Schiffmann-Werkes sammeln konnten.

In seiner kurzen Festansprache hob Frhr. v. Bechtolsheim hervor, daß in der Mitwirkung der ehrenamtlichen Helferschaft die besondere Möglichkeit der direkten Hilfe und Begegnung von Mensch zu Mensch gegeben sei, ohne das technische Instrument von Krankenwagen, Schulbussen oder Feldküchen. Dies sei ein Weg, die Prinzipien des Malteser-Ritterordens und der Caritas in einer der heutigen Zeit adäquaten Art auszuüben. Bei einem Rückblick auf die Entstehung des „Seniorentreff Zehnthof“ wurde wieder einmal sehr deutlich, wie eng die Bindungen zwischen MHD und Caritasverband sind, dessen Fachverband der MHD ist.

Nach der gemeinsamen Segnung der Räume durch die Ortsgeistlichen der evangelischen und katholischen Pfarreien, die durch eine Schriftlesung über das Altwerden und Altsein einen ausgesprochenen Bezug zur Tagesstätte erhielt, folgten Grußworte der Vertreter der Regierung von Unterfranken und des Caritasverbandes. Dabei wurde die Selbige Preisung eines alten Menschen aus Afrika zitiert, die hier wegen ihrer Prä-



Ende März öffnete der „Seniorentreff Zehnthof“ in Würzburg seine Tür – der MHD betreut diese Altentagesstätte, die etwa 50 Personen Platz bietet.

gnanz zum Thema Altenarbeit wiedergegeben werden soll:

Selig, die Verständnis zeigen für meinen stolpernden Fuß und meine lahrende Hand;

die begreifen, daß mein Ohr sich anstrengen muß, um alles aufzunehmen, was man zu mir spricht;

die zu wissen scheinen, daß meine Augen trüb und meine Gedanken träge geworden sind.

Selig, die mit freundlichem Lachen verweilen, um ein wenig mit mir zu plaudern;

die niemals sagen: „Diese Geschichte haben Sie mir heute schon zweimal erzählt“;

die es verstehen, Erinnerungen an frühere Zeiten in mir wachzurufen.

Selig, die mich erfahren lassen, daß ich geliebt, geachtet und nicht alleingelassen bin;

die in ihrer Güte die Tage, die mir noch bleiben, erleichtern.

Das Flötentrio der Congregation der Rita-Schwwestern umrahmte die Feier mit Werken von Händel, Mozart und Bach. Im Anschluß an die Feierstunde nutzten

(Fortsetzung umseitig)

## MHD-Jugend tagte in Springiersbach

Junge Mitglieder des Malteser-Hilfsdienstes aus allen Teilen der Bundesrepublik nahmen vom 5. bis 12. April an einem MHD-Kurs im Familienferienwerk Springiersbach an der Mittelmosel teil, um als Jugendgruppenleiter ausgebildet zu werden.

Die Kursinhalte erstreckten sich vom pädagogischen Teil, in dem etwa Fragen des Führungsstils und der Motivation der Gruppenmitglieder behandelt wurden, über die Rechtskunde bis hin zur Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis des MHD und den religiösen Anforderungen an die Jugendgruppenarbeit in einem katholischen Verband.

Der Kursfahrplan ließ aber auch Zeit zum Entspannen und zum Kennenlernen der Landschaft und ihrer Menschen. Eine Kellerbesichtigung mit zünftiger Weinprobe, Wanderungen über die frischgrünen Mosel- und Eifelberge, ein sangesfreudiger Grillabend in einer Schutzhütte und der Besuch der Eifelmaare füllten die nach Ansicht der Teilnehmer allzu kurzen Abende. Am 11.

April besichtigte der Lehrgang auf Einladung des örtlichen MHD in Wittlich das neue Freizeitzentrum im Grünwald, das sich als Tagungsstätte insbesondere für Jugendgruppen eignet und auch anderen Verbänden offensteht.

Auf die Jungmitglieder im MHD abgestellte Arbeit sei ein neues Kapitel im Aufgabenkompendium des Malteser-Hilfsdienstes. Nicht nur wegen der ständig steigenden Mitgliederzahlen in den unteren Altersgruppen sei die Zeit für die Aufnahme der MHD-Jugendbetreuung reif gewesen, erklärte der MHD-Bundesjugendreferent in Springiersbach. Junge Menschen bedürften besonderer Hilfestellungen, um sich einerseits persönlich entwickeln und entfalten zu können, andererseits um ihre MHD-bezogene Chance wahrnehmen zu können, den vielen Menschen in Not zu helfen, den Unfallopfern genauso wie den kranken, behinderten und einsamen Menschen. Die Gruppenleiter zu dieser Hilfestellung für ihre Gruppenmitglieder zu befähigen, sei Ausbildungsziel des Lehrganges.



alle Gäste und die Vertreter des MHD die Möglichkeit zu regen Gesprächen bei einem kleinen Imbiß.

Am Nachmittag fand eine besondere Zusammenkunft aller Helfer der Altenclubs aus dem Stadtteil Würzburg-Heidingsfeld, in dem der „Seniorentreff Zehnthof“ liegt, statt. Dieses Treffen diente dem Kennenlernen sowie der Information über die Ziele der Tagesstätte, wobei besonders auf die gute Zusammenarbeit Wert gelegt wurde.

Der MHD veranstaltete dann von Samstag, 28. März, bis Freitag, 3. April, eine „Seniorenwoche Zehnthof“, in der jeden Tag ein anderes Programm geboten wurde. Nach dieser Seniorenwoche soll künftig das Angebot an Veranstaltungen besonders durch Aktivitäten aus dem Kreis der älteren Mitbürger selbst gestaltet werden, wobei der MHD koordinierend und unterstützend tätig wird.

Mit dem „Seniorentreff“ konnte der MHD Würzburg eine Tagesstätte in Betrieb nehmen, die in ihren zwei Räumen nicht nur ca. 50 Personen Platz bietet, sondern aufgrund ihrer Ausgestaltung, die sie wie ein großes Wohnzimmer wirken läßt, die Möglichkeit der Kommunikation eröffnet. Zudem sind alle Räume behindertengerecht eingerichtet, so daß auch Rollstuhlfahrer ohne Schwierigkeiten oder größeren Aufwand in die Gemeinschaft der Gäste integriert werden können.

### **MHD erweitert Aufgabenkatalog: Weltweite Flugrettung eingeführt**

Um das Angebot eines weltweiten Rückholdienstes hat der Malteser-Hilfsdienst seinen Aufgabenbereich „Rettungswesen“ erweitert. Personen, die sich im Ausland aufhalten und währenddessen einen Unfall erleiden oder erkranken, werden per Flugzeug oder Krankentransportwagen in ein Heimatkrankenhaus transportiert.

Wie das Generalsekretariat des MHD in Köln erklärte, umfaßt die Hilfeleistung nicht nur die Bereitstellung eines Transportfahrzeuges. Der MHD stellt mit Hilfe seiner umfangreichen personellen und technischen Ausstattung sicher, daß der Erkrankte oder Verletzte sowohl schnell als auch sorgfältig befördert werde. In der Regel geschehe die Abholung weltweit innerhalb von 24 Stunden. Drei Einsatzzentralen des MHD in Hamburg, Telefon (040) 293000, Köln, Telefon (0221) 234176, und München, Telefon (089) 403003, seien rund um die Uhr besetzt, um Notrufe entgegenzunehmen und den Einsatz zu organisieren.

Den Nutzen der neuen Einrichtung lernte bereits eine 75jährige deutsche Ur-

### **Reiterferien für blinde Kinder**

Zum sechsten Male sind im April in Aachen therapeutische Reiterferien für blinde Kinder aus den Blindenschulen Düren und Soest abgeschlossen worden. Die Kurse dienen der Stärkung des Selbstvertrauens und des Selbstbewußtseins der Kinder. Sie vermitteln Lebensfreude und geben Gelegenheit, Bewegungsdefizite abzubauen, die zu seelischen und körperlichen Verkrampfungen führen können.

Die Reiterferien werden vom Aachener Ferienhilfswerk des Malteser-Ritterordens getragen. Weiterhin beteiligt sind das katholische Blindenhilfswerk von Nordrhein-Westfalen, die Blindenseelsorge der Diözese Paderborn und der Caritas-Verband.

Der Malteser-Hilfsdienst stellte den Kindern für die Unterbringung seine Räumlichkeiten in Lichtenbusch zur Verfügung und sorgte für alle nötigen Transporte. Der Reitunterricht fand auf dem Ponyhof Aachen-Lintert statt. Bei ihrem Entreffen lernten die blinden Jungen und Mädchen zunächst „ihr“ Pony kennen. Danach erfolgte ein systematisch aufgebauter Reitunterricht an der Longe. Der Erfolg des Kurses wurde am Ende durch ausgedehnte Ausritte in den Aachener Wald und durch das gemeinsame Bewältigen von Galoppstrecken dokumentiert.

### **Altentagesstätte kann erfolgreiche Bilanz ziehen**

Die Leiterin der MHD-Altentagesstätte in Paderborn, Rosemarie Bernhard, berichtete dem MHD-Beirat über die geleistete Arbeit im Jahre 1980. Sie führte dabei aus, daß es auch im vergangenen Jahr gelungen ist, ein ansprechendes Programm für die Senioren der Altentagesstätte zu erstellen. An fünf Tagen der Woche geöffnet, besuchten insgesamt 6334 Personen die Altentagesstätte, was einer täglichen Besucherzahl von 27 Personen entspricht.

Unter den vielen angebotenen Veranstaltungen fanden insbesondere herausragendes Interesse religiöse Veranstaltungen, Exerzitien mit insgesamt 2269 Teilnehmern, bildende Veranstaltungen und eine Seniorenfahrt und Bildungsfreizeit mit 120 Personen. Die Gesamtteilnehmerzahl betrug 1498 Personen. An der Stadtranderholung der Stadt Paderborn nahmen 419 Personen teil. Spezielle Ausflüge fanden das Interesse von 144 Personen. 381 Personen nahmen den besonderen Service der Altentagesstätte im Malteser-Haus wie Fußpflege, Haarpflege, Badedienst und Wäschendienst in Anspruch.

Als besondere Attraktion im Jahre 1980 ist die Gründung des Seniorensingekreises zu nennen, der bei internen und öffentlichen Auftritten guten Anklang fand.



lauberin auf der spanischen Atlantikinsel Madeira kennen. Sie hatte sich bei einem Unfall im Schwimmbad eine gefährliche Verletzung zugezogen. Durch eine Begleiterin ließ sie die Einsatzzentrale Köln verständigen. Anderntags lag die Verletzte in ihrem vertrauten Kölner Krankenhaus.

Die Flugrettung steht auch für dringende Inlandtransporte zur Verfügung: In einem weiteren Fall war ärztlicherseits eine lebensgefährliche Erkrankung diagnostiziert worden, die nur im Hamburger Tropeninstitut behandelt werden kann. Ein Ambulanzflugzeug brachte die Patientin noch in der Stunde des Ge-

sprächs zwischen Arzt und MHD-Einsatzleitstelle zur norddeutschen Spezialklinik.

Innerhalb der Einsatzorganisation klärt der MHD für den Patienten auch die Kostenfrage. Da die Krankenkassen laut Urteil des Bundessozialgerichtes nicht zur Übernahme der Kosten für einen Rücktransport bei Erkrankung oder Unfall im Ausland verpflichtet sind, ist eine Genehmigung bzw. Kostenanerkennung von Fall zu Fall bei dem zuständigen Versicherer einzuholen. In jedem Falle kostenlos ist der Rückholdienst für aktive und fördernde MHD-Mitglieder und ihre Familienangehörigen.



DFV-Präsident Albert Bürger zum Erweiterten Katastrophenschutz:

## „Wir nähern uns immer mehr“

Deutscher Feuerwehrverband und Bundesinnenministerium stimmen in einigen Punkten bereits voll überein – Rückblick und Ausblick des scheidenden Präsidenten



120 Delegierte aus der gesamten Bundesrepublik nahmen am 28. März 1981 in Bonn an der Delegiertenversammlung, in deren Mittelpunkt die Neuwahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten des DFV stand, teil.

Am 28. März 1981 fand in Bonn eine Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes statt, in deren Mittelpunkt die Neuwahl des Präsidenten des Verbandes stand (siehe Zivilschutz-Magazin 4/81, Seite 11). Der im Juli dieses Jahres – nach fast dreißigjähriger Amtszeit – scheidende bisherige Präsident Albert Bürger gab den Delegierten einleitend einen Rückblick auf seine Amtszeit, skizzierte den Stand des deutschen Feuerwehrwesens und zeigte Zukunftsperspektiven auf. Nachstehend der umfassende und alle Bereiche behandelnde Bericht Bürgers im Wortlaut:

### Zur Entwicklung des Deutschen Feuerwehrverbandes

Der Deutsche Feuerwehrverband wählt in dieser Stunde einen neuen Präsidenten, den zweiten Präsidenten seit seiner Wiedergründung am 12. Januar 1952. Nach 29½ Jahren geht die Führung des Verbandes, dem eine Million Feuerwehrmänner angehören, auf der die letzten Kriegsgeneration nachfolgenden Führungsschichten über. Dies ist

Anlaß für mich, rückschauend und vorwärtsblickend die Gedanken zu äußern, die mich in dieser für die Feuerwehren der deutschen Länder so bedeutsamen Stunde bewegen.

Der Deutsche Feuerwehrverband, 1853 von Conrad Dietrich Magirus, Ulm, ins Leben gerufen, erfüllt seit seiner Gründung bis zum heutigen Tag den gleichen Zweck, nämlich Fachverband der Feuerwehren zu sein, um in ihm alles zu bewegen, zu fördern und zu betreuen, was dem deutschen Brandschutz weiterhilft und dem Wohle unseres Volkes dienlich ist.

Die heutige Form des bundesdeutschen Feuerwehrwesens wurde vor mehr als 40 Jahren durch staatliche Eingriffe so stark verändert, daß nicht nur Spuren davon noch heute sichtbar sind. Mit Beginn des Jahres 1939 wurden die kommunalen Feuerwehren des damaligen Deutschen Reiches in eine reichseinheitliche Polizeiorganisation umgewandelt und ihre Selbstverwaltung nachhaltig zerstört. Die von den Feuerwehren gebildeten Verbände wurden aufgelöst, ihr Vermögen eingezogen. Auch der

Deutsche Feuerwehrverband erlitt dieses Schicksal.

Mit Beginn des 2. Weltkrieges wurde der größte Teil der aktiven Feuerwehrmänner zum Kriegsdienst eingezogen, die im Feuerwehrdienst verbliebenen Männer, verstärkt durch Frauen und Jugendliche, wurden mit der größten Aufgabe, die je Feuerwehren gestellt wurde, konfrontiert, nämlich mit der Bekämpfung der Brände durch Luftangriffe.

Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches und dessen Aufteilung in vier Besatzungszonen kamen neue, schmerzliche Eingriffe in den Restbestand der Feuerwehren. Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Personalreduzierung sowie Ablieferung von Fahrzeugen sorgten für eine weitere Demontage des Feuerwehrwesens in den Zonen. In diesem Zustand befanden sich die Feuerwehren bei der Bildung der Bundesrepublik und der Länder im Jahre 1949. Der Wille der Feuerwehrmänner, ihrem Volk menschliche Hilfe zu gewähren, war auch in der Besatzungszeit von 1945 bis 1948 nicht erlahmt, viel weniger gebrochen. Mit der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung und der Souveränität des deutschen Bundesstaates begannen in den Ländern die Wiederaufbaumaßnahmen für das Feuerwehrwesen seitens der Kommunen und der Länder, bei denen unterschiedliche Handschriften, beeinflusst von politischen Meinungen der Zeit und der Besatzungsmächte, erkennbar wurden und auch heute noch in Resten sichtbar sind.

### Wiedergründung des DFV

In der Zeit von 1949 bis 1951 entstanden in den meisten Ländern wieder Feuerwehrverbände, deren damalige Hauptaufgabe die Wiederherstellung der Selbstverwaltung oder mindestens der Mitbestimmung der Feuerwehren und vor allem die moralische „Wiederaufrüstung“ des Feuerwehrwesens war. In diese Zeit fiel aber auch die Vorbereitung der Wiedergründung des Deutschen Feuerwehrverbandes, ein Akt, den die damalige Feuerwehrrführung in einigen Ländern als Wiedergutmachung an der Selbstverwaltung betrachtete. Die Gründung des DFV wurde auch gefördert durch die erste Bundesregierung, die einen Partner im Gespräch um die ersten Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung benötigte. Dies führte zur



Stunde Null des am 12. Januar 1952 wiedergegründeten Deutschen Feuerwehrverbandes.

## **Dank an Länder und Gemeinden**

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland weist den Brandschutz der Hoheit der Länder zu. Diese haben in den zurückliegenden 30 Jahren auf den Sektoren der Gesetzgebung, der Förderung und Finanzierung, des Sozialwesens und der Technologie eine große Leistung vollbracht. In gleichem Maße haben sich auch die Gemeinden als Träger des Brandschutzes am Wiederaufbau des Feuerwehrwesens engagiert. Ich habe allen Grund, den deutschen Ländern und Kommunen nicht nur als Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, sondern auch als Bürger und freiwilliger Feuerwehrmann, der außerhalb der Verwaltung steht, für die einmalige Aufbauart des deutschen Feuerwehrwesens in den zurückliegenden 30 Jahren Lob, Dank und Anerkennung zu zollen. Noch nie war das Feuerwehrwesen in unserem Volk so hoch gerüstet, sowohl im menschlichen Bereich als auch in der Technologie der Gefahrenabwehr, wie heute.

Ich will am Ende meiner Präsidentschaft keine Leistungsbilanz vortragen, erlaube mir aber kritische Anmerkungen zu einer Reihe von Problemen zu machen, die mich nach einer so langen Tätigkeit bewegen.

In meiner Antrittsrede anlässlich des Festaktes zur Wiedergründung des DFV am 13. Januar 1952 in Fulda nannte ich als die wichtigsten Probleme der Zukunft wörtlich: „Wir wollen unter Wahrung der im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerten Länderhoheit im Feuerlöschwesen eine bundeseinheitliche Organisation, Ausbildung, Versorgung und soziale Fürsorge für unsere Kameraden empfehlen und erstreben.“

## **Feuerwehr ist landschaftsgebunden**

Diese Ziele und noch weit mehr haben wir im Einvernehmen mit den Ländern und Gemeinden im wesentlichen erreicht. Zu weit gesteckt hatten wir in jedem Fall den Wunsch nach einer bundeseinheitlichen Organisation. Dem standen die Länderverfassungen und die vorgegebenen Strukturen der Feuerwehren in den Gemeinden rechtlich und auch zweckmäßig entgegen. Die Organisation der Feuerwehren, und hier die der größten Teilorganisation „Freiwillige Feuerwehren“, muß eingebettet bleiben in dem Landschaftsraum, den sie als Si-

cherheitsbereich abzudecken hat. Meine Erfahrung hat mich gelehrt, daß zwischen Flensburg und Mittenwald viele Landschaften mit unterschiedlichen, aber trotz allem deutschen Feuerwehrmännern liegen, bei denen es keiner Gleichmacherei bedurfte und bedarf. Wir dürfen den in seiner Heimat eingebundenen Feuerwehrmann nicht um eines einheitlichen äußeren Erscheinungsbildes willen umfunktionieren wollen. Mir gefällt die Vielfalt der Strukturen unserer Feuerwehren, die ja zurückgeht auf die überkommene Tradition der Landschaft und ihrer Geschichte. Wir sollten darauf achten, daß die inneren Werte unseres Dienstes, die Liebe zu unserem Volk, die Bereitschaft zum Dienen und die Achtung der Person ebenso wie die Kameradschaft uns über die Grenzen unserer Länder untrennbar verbinden.

## **Zivile Verteidigung**

Am strengsten eingebunden in eine Bundeseinheitlichkeit sind die Feuerwehren in der dem Bund zustehenden zivilen Verteidigung. Seit der Wiedergründung des DFV haben wir hier unsere Probleme, die auch heute noch unter einer zu nahen Vorbelastung aus der jüngsten deutschen Geschichte stehen. Mit wechselndem Geschick und Erfolg haben auf diesem Gebiet Bundesregierung und Deutscher Feuerwehrverband ihre Positionen abgesteckt und verfolgt. Unbestritten bei den Feuerwehren ist, daß wir den Brandschutz im Erweiterten Katastrophenschutz als eine Pflichtaufgabe ansehen, weil wir nicht nach dem Brandstifter fragen, sondern auch eine Kriegsbrandstiftung im Interesse unseres Volkes mit allen Mitteln einzudämmen gewillt sind.

Strittige Punkte waren und werden von der Natur der Sache her auch bleiben das Maß der Mitbestimmung bei der Festlegung unserer Mitwirkung und die Frage nach der Ausbildung und Ausrüstung unserer Einheiten durch Mittel aus dem Bundeshaushalt. Seit 20 Jahren reden wir miteinander, manchmal kontrovers, manchmal konform, laborieren mit Gesetzen und Gesetzentwürfen, mit VWV's und STAN's. Ich stelle mit Genugtuung fest: Wir nähern uns immer mehr. Etwas Spielraum darf aber im Interesse eines gesunden Wettbewerbs auch in der Zukunft bleiben.

## **Mittel für die Zivile Verteidigung**

In einem Punkt befinde ich mich in voller Übereinstimmung mit dem Herrn Bundesminister des Innern und seinem Hause, nämlich in der Frage der Zuwendung und Verteilung der Mittel der Ge-

samtverteidigung. Der Erweiterte Katastrophenschutz, und hier besonders der Brandschutzdienst, leidet seit Jahren unter der Verknappung der finanziellen Mittel besonders für die überfälligen Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen und für Ausbildung. Die Bundesregierung hat aus eigener Initiative in einem Weißbuch zur Zivilverteidigung von 1972 eine Relation in der Verteilung der Mittel zwischen militärischer und ziviler Verteidigung von 1:20 festgelegt. Zur Zeit liegt das Verhältnis bei 1:54. Wir müssen fürchten, daß bei der weiteren Kostensteigerung der Technologie für die militärische Verteidigung das Zahlenverhältnis noch ungünstiger wird. Davor muß ich im Interesse der Funktion des Erweiterten Katastrophenschutzes ernstlich warnen. Die Verteidigung des Lebens unserer Bevölkerung kann nicht nur auf einem Bein erfolgen. Ohne einen starken Zivilschutz und eine ausreichende Ausrüstung des Erweiterten Katastrophenschutzes ist unsere Bevölkerung bedroht.

## **Regierungserklärung vom 5. Oktober 1980**

Ich weiß um die Bemühungen des Bundesministers des Innern um die Aufstockung der Mittel für den Katastrophenschutz. Welchen Stellenwert jedoch der Herr Bundeskanzler der zivilen Verteidigung zumißt, geht aus dem einzigen Satz darüber in der Regierungserklärung vom 5. Oktober 1980 hervor, der da lautet:

„Die zivile Verteidigung ist Teil der Gesamtverteidigung. Viele tausend freiwillige Helfer leisten einen wichtigen Dienst.“

Dies ist mehr als dürftig und kann keine vier Jahre so stehen bleiben.

## **Feuerschutzsteuergesetz**

Große Sorge bereitet den Feuerwehren die Finanzierung des Feuerwehrwesens durch Länder und Kommunen. Der Deutsche Bundestag hat Ende Dezember 1979 durch Verabschiedung des Bundesgesetzes über die Feuerschutzsteuer die Grundfinanzierung des Feuerwehrwesens zunächst bis 31. Dezember 1983 gesichert. Ich danke besonders den Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und der SPD für die einhellige Unterstützung bei der Verabschiedung des Gesetzes. Die Länderfinanzminister sind nun erneut aufgefordert, dieses Feuerschutzsteuergesetz im Interesse des Brandschutzes über den 31. Dezember 1983 wirksam dadurch zu erhalten, daß ein neuer Verteilerschlüssel vereinbart wird. Sollte hier bis zum gesetzten Ter-



min keine Vereinbarung erfolgen, ist mit Sicherheit die Chance für eine Bundeseinheitlichkeit in der Finanzierung vertan.

## **Verknappung der Finanzmittel**

Die für das Jahr 1981 aufgestellten politischen und wirtschaftlichen Prognosen lassen erkennen, daß unser Wohlstandsdenken einen Höhepunkt erreicht hat und wir alle einen sparsameren Kurs steuern müssen. Auch die Feuerwehren müssen sich in manchem bescheiden, dies wird in der Ausrüstung und deren Fortentwicklung ebenso der Fall sein wie im persönlichen Bereich. Manches Entwicklungsprojekt im Gerätebereich, im Nachrichtenwesen und im Datenverarbeitungsbereich wird auf Sparflamme weitergehen, ebenso wie im persönlichen Bedarf und in der inneren Struktur die Ansprüche zurückgeschraubt werden. Die Feuerwehren sollten sich dem Spargebot der Stunde sachlich stellen und mitwirken an neuen Überlegungen zur Verbesserung des abwehrenden Brandschutzes, ohne die hierfür notwendigen Kosten weiter ansteigen zu lassen.

## **Technologie des Brandschutzes**

Diese Erkenntnisse wenden meine Gedanken der Technologie des abwehrenden Brandschutzes zu. Es ist dankbar anzuerkennen, daß der Bundesminister für Forschung und Technologie auf der Grundlage einer Studie der WIBERA und eines Auftrages an die Firma Porsche die mögliche Schaffung einer neuen Fahrzeuggeneration, oder besser gesagt eines Einheitsfahrzeuges für die Feuerwehren, untersuchen ließ. Aufgrund der Ergebnisse des Forschungsauftrages stelle ich für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren, und damit für das Deckungsgebiet von etwa 7% des Bundesgebietes, und auch für 90% Marktanteil an Fahrzeugen fest, daß das ORBIT-Fahrzeug keine Aussicht auf Anwendung hat. Dem Bundesminister für Forschung gilt mein besonderer Dank für diese Forschungsarbeit. Wenn das Ergebnis keine Anwendbarkeit ergeben hat, so sind doch Erkenntnisse zu verzeichnen, die bei allen weiteren Überlegungen für eine Veränderung der Feuerwehrtechnologie Grundlagen darstellen, die zu beachten sind.

Die jetzt eingeläutete Runde der Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten wird längere Zeit anhalten. Dies schließt nicht aus, auch weiterhin Untersuchungen für neue, aber kostensparende technische Entwicklungen anzustellen.



**Stimmabgabe zur Neuwahl des DFV-Präsidenten.**

Solche Entwicklungstendenzen dürfen aber in keinem Falle an der Struktur der Freiwilligen Feuerwehren besonders in den Flächegebieten rütteln. Eine Ausdünnung der Standorte der Freiwilligen Feuerwehren zugunsten von schwerem Gerät bei Stützpunkten würde zur gleichen Fehlentwicklung führen, wie dies leider vielfach bei der Kommunalreform zugunsten „leistungsfähiger“ Großgemeinden und zu Lasten gesunder, überschaubarer „Kleingemeinden“ geschehen ist. Ich halte hier die Ausführungen bezüglich der kommenden Gerätetechnik der Feuerwehren bis zum Jahre 2000 des Vorsitzenden der FNFV, Oberbranddirektor Seegerer, für eine brauchbare Leitlinie.

## **Brandschutzforschung und Brandstatistik**

Seit vielen Jahren plagen sich die deutschen Brandschützer mit zwei Problemen ab, die in der allgemeinen Zuständigkeit der Länder liegen. Bei pflichtbewußter Haltung auf politischer Ebene hätten sie längstens ihre Erledigung finden können. Es sind dies die Brandschutzforschung und die damit ursächlich zusammenhängende Brandstatistik. Diese Probleme sind in den letzten Jahren so oft und detailliert angesprochen worden, eine Wiederholung kann hier unterbleiben. Jetzt sind die Innen- und Finanzminister der Länder in der Pflicht, eine positive und schnelle Entscheidung, aber nicht wie Krämerseelen, zu treffen. Ich weise darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland die einzige Industrienation ist, die keine einheitliche und zentral auswertbare Brandstatistik besitzt. Ich betone außerdem, daß die in der Verantwortung der Länder liegende Brandschutzforschung ohne Brandstati-

stik und ohne auch nur annähernde Grundfinanzierung nicht machbar ist. Ich behaupte, daß jährlich in den Ländern Brandschäden in Millionenhöhe vermeidbar wären, wenn der vorbeugende Brandschutz durch geeignete Forschung aktiviert würde.

Ich appelliere an die politisch verantwortlichen Innen- und Finanzminister, baldigst mit einer vernünftigen und ausreichenden Ländervereinbarung zu Stuhle zu kommen, oder dieses Feld dem Bundesminister für Forschung und Technologie abzutreten. Vielleicht darf ich hier empfehlen, den Problembereich „Statistik und Forschung“ vorher noch von einer Studiengruppe in den so oft geschmähten sozialistischen Nachbarstaaten studieren zu lassen. Dort hat man, aufbauend auf ihrer Gesellschaftsform, tatsächlich eine andere Beziehung der Verantwortlichen zum Volksvermögen und zu dessen Bewahrung durch gezieltes Vorbeugen geschaffen.

## **Der DFV und das CTIF**

Zum Zeitpunkt der Wiedegründung des Deutschen Feuerwehrverbandes 1952 besaßen die Feuerwehren in den Ländern wenig Freunde im europäischen Ausland. Der 2. Weltkrieg, in dessen Gefolge ein großer Teil Europas von deutschen Truppen besetzt war, die Besetzung des Reichsgebietes durch alliierte und sowjetische Truppen und die politischen Folgen des Nationalsozialismus hatten die deutschen Feuerwehren ihrer Freunde, auch entlang der Grenzen zu unseren Nachbarn, weitgehend beraubt. Es ging deshalb darum, durch Zeichen guten Willens für die neu organisierten Feuerwehren der Länder Vertrauten bei unseren Feuerwehrynachbarn



zu gewinnen. Bereits neun Monate nach Gründung des Deutschen Feuerwehrverbandes wurde der Verband im September 1952 anlässlich der Generalversammlung des CTIF in Bern in dasselbe wiederaufgenommen, das wir 1938 mit lautem Säbelrasseln in Paris verlassen hatten. Unsere Wiederaufnahme verdankten wir damals der Fürsprache und Unterstützung des Österreichischen und Schweizerischen Feuerwehrverbandes.

Seit 29 Jahren arbeitet der Deutsche Feuerwehrverband in allen Organen dieser internationalen Organisation mit und hat in den zurückliegenden 20 Jahren maßgeblich die internationalen Feuerwehrbeziehungen mit ost- und westeuropäischen Brandschutzorganisationen beeinflusst. Das Ansehen der deutschen Feuerwehren wird anlässlich der internationalen Veranstaltungen des CTIF in der Zeit vom 20. bis 26. Juli 1981 in Böblingen sichtbar werden.

Wichtig erscheint mir, daß der erreichte hohe Stand des Ansehens und der Einwirkungsmöglichkeit im CTIF erhalten bleibt. Dies erfordert viele Aktivitäten, nicht nur von den wenigen im internationalen Bereich herausgestellten deutschen Führungskräften, sondern ebenso eine Breitenarbeit der Wehren durch Austausch und Freundschaft über die Bundesgrenzen hinweg. Ich halte eine weitere intensive Mitwirkung im CTIF, das sozialistische und kapitalistische Staaten wie Länder der Dritten Welt zu Mitgliedern zählt, für einen bedeutenden Beitrag der deutschen Feuerwehren für Verständigung und Frieden in der Welt.

### **Die deutschen Feuerwehren in der EG**

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur Mitglied, sondern aufgrund ihrer Leistungskraft einer der Eckpfeiler der europäischen Gemeinschaft. Wie steht es nun in dieser wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaft mit dem Feuerwehrwesen? Es ist so bunt wie alles in der EG, die Strukturen sind breit gefächert. Die Palette reicht von der kommunalen Freiwilligen und der Berufs-Feuerwehr über die staatliche Feuerwehr bis zur militärischen Feuerwehrbrigade oder gar privaten Aktiengesellschaft. Trotz Bildung eines Unterausschusses zur möglichen Koordinierung des Feuerwehrwesens bei der EG-Kommission in Brüssel sehe ich in erkennbarer Zeit hierfür keine Chance.

Die Feuerwehren der Bundesrepublik sollten keine Denkanstöße für einen Angleichungsprozeß im Feuerwehrwesen der EG mehr geben. Die Organisationsform, die Ausrüstung und Ausbildung, die soziale Absicherung und Finanzierung des bundesdeutschen Feuerwehrwesens hat

gegenüber den anderen EG-Staaten einen deutlichen Vorsprung. Bei der Nivellierung des Feuerwehrwesens in der EG könnten unter Berücksichtigung der Tradition, des Bedarfes und der Mittel für das Feuerwehrwesen den deutschen Feuerwehren keine Vorteile, sondern eher Einbußen ins Haus stehen.

### **Die Feuerwehrsparten und ihre inneren Beziehungen**

Mein Hauptaugenmerk habe ich immer dem Menschen in der Feuerwehr, dem Feuerwehrmann, oder dem heutigen Personalbild der Feuerwehr entsprechend, dem Feuerwehrangehörigen geschenkt. Dies soll auch heute gelten.

Die Personalstatistik weist auf den 31. Dezember 1979 folgenden Stand aus:

Freiwillige Feuerwehrmänner	855000
Berufsfeuerwehrmänner	19700
Werksfeuerwehrmänner	41000
Jungfeuerwehrmänner	89000

Diese eine Million Feuerwehrmänner leisteten 1979 rund 580500 Brandeinsätze und Hilfeleistungen und rund 184000 Notfall- und Krankentransporte.

Durch eine vom Bundesminister des Innern erstellte Strukturanalyse kennen wir die Zusammensetzung unserer Feuerwehren im menschlichen Bereich. Ich möchte mich deshalb heute mit den Beziehungen der Feuerwehrsparten untereinander beschäftigen.

Lassen Sie mich eine ernste Bitte und Mahnung vortragen, deren Erfüllung mir besonders am Herzen liegt. Ich habe mich von der ersten Stunde meines Dienstes als Präsident des DFV darum bemüht, den anfangs sichtbaren Riß zwischen den kommunalen Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren, herrührend aus der unglücklichen Zeit der Feuer-schutzpolizei, nicht nur zu kitten, sondern ihn zu verschmelzen. Die deutschen kommunalen Feuerwehren sind nur so stark, wie der Wille zur Einheit ist. Der Deutsche Feuerwehrverband ist der Fachverband aller Feuerwehren der Bundesrepublik. Mit den Gewerkschaften bin ich darin einig, daß der Deutsche Feuerwehrverband keine Funktion als Tarifpartner hat, sondern das Feld des Arbeits- und Tarifrechtes ausschließlich den Gewerkschaften, besonders in Gesprächen mit den kommunalen Arbeitgebern, vorbehalten ist.

Die WIBERA-Studie hat in einigen empfindlichen Bereichen zu Erhitzungen zwischen Freiwilligen und Berufsfeuerwehren geführt. Mit zwei Stichworten möchte ich zur Beruhigung beitragen. Ich halte eine globale und ständige Austauschbarkeit zwischen Freiwilligen und Berufsfeuerwehrmännern für ausge-

schlossen, ebenso wie ich es ausschließe, daß eine Ausdünnung des Personals der Berufsfeuerwehren durch Einschleusung von Freiwilligen in den Schichtdienst bei Berufsfeuerwehren erfolgen darf und kann.

Beide Sparten der kommunalen Feuerwehren sollten sich stets klar darüber sein, daß es in den Großstädten Berufsfeuerwehren, in großen Industriestädten Freiwillige Feuerwehren mit hauptberuflichen Kräften und in den Flächenstaaten mit Mittelstädten und Landkreisen nur Freiwillige Feuerwehren, auch noch in überschaubarer Zukunft, geben wird. Die Verknappung der Mittel der öffentlichen Hände wird mittelfristig jedes Andersdenken ausschließen. Stellen wir uns auf diese Tatsache ein und gehen wir diesen Weg in gegenseitiger Übereinstimmung.

Die anerkannten Werkfeuerwehren erwarten die kameradschaftliche Unterstützung der kommunalen Feuerwehren und ihre Einbindung in das Feuerwehrgeschehen des jeweiligen Einsatzbereiches. Ihre Rolle unterscheidet sich von der der öffentlichen Feuerwehren gravierend durch den Träger, das Werkunternehmen, der einen höchsten Nutzeffekt bei geringstem Kostenaufwand erwartet. Die Werkfeuerwehren sind von vornherein auf Zusammenarbeit angewiesen, die die kommunalen Feuerwehren stets gewährt haben und auch keinen Grund erkennen, daran etwas zu ändern.

### **Die deutsche Jugendfeuerwehr**

Mitte der fünfziger Jahre stellten wir fest, daß sich in einer Reihe von Ländern und Feuerwehren Jugendgruppen bildeten und dort ein Bedarf für Betreuungsmaßnahmen entstand. Bis zur Bildung der deutschen Jugendfeuerwehr am 1. November 1964 in Berlin mußten besonders bei der Kriegsgeneration viele Vorurteile ausgeräumt werden. Heute hat die Jugendfeuerwehr die Mitgliederzahl von 90000 erreicht und die Zehn-Prozent-Marke des Anteils am Bestand der Freiwilligen Feuerwehren deutlich überschritten.

Diese Jungen und Mädchen, die in der Regel mit 14, aber auch schon mit 12 Jahren zu uns kommen, unterscheiden sich von ihren Schul- und Jugendfreunden im wesentlichen durch ihr Engagement für die Technik der Brandbekämpfung, für caritatives Helfen und für den Sinn zum Dienen in selbstgewählter Ordnung. Mit Paul Augustin und Benno Ladwig darf ich mich zu den Geburtshelfern der Jugendfeuerwehr zählen und freue mich über die großartige Entwicklung. Ich darf unserer Feuerwehrjugend



bescheinigen, daß sie den Vorstellungen der Gründer entspricht und eine tragfähige Nachwuchsorganisation geworden ist.

In den letzten Jahren wird von der Führung der deutschen Jugendfeuerwehr immer stärker die Forderung nach hauptberuflichen Bildungsreferenten erhoben. Ich gestehe es offen, davon halte ich nicht viel. Wir sollten uns hüten, die Jugend noch mehr als sie so schon verkraften kann, mit Sonderbildung zu belasten. Unsere Jugendfeuerwehr soll in das ererbte Gedankengut hineinwachsen, dabei aber vorrangig die schulische und berufliche Bildung intensiv betreiben. Der dann noch verbleibende Freiraum soll der Freude an der Feuerwehr gewidmet werden, und dazu bedarf es mehr der Anleitung von älteren Kameraden und deren Leitbild als des Aufpropfens weiterer Bildungselemente, die oft aus der politischen Welt entlehnt werden.

### **Kameradschaftsbund der Altgedienten**

Anlässlich meines 65. Geburtstages gab ich die Anregung, die altgedienten Feuerwehrkameraden in einem Kameradschaftsbund zusammenfassen, um ihnen die Entwicklung weiterer Aktivitäten zu ermöglichen. Dieser Anregung folgend entwickelten eine Reihe von Kameraden, die in ihrer aktiven Zeit in den Organen des DFV tätig waren, voran unser früherer Vizepräsident Jonny Matthiesen und unser ehemaliger Generalsekretär Benno Ladwig, Initiativen, die zu einer Gründung eines Kameradschaftsbundes führten. Dieser Bund scheiterte, da seine Entwicklung von oben nach unten keine breite Basis fand, ein zu hoher finanzieller Beitrag erhoben wurde und eine Atmosphäre eines elitären Bundes entstand. Diese Organisation konnte sich über einige hundert Mitglieder nicht voranentwickeln und fand auch bei den meisten Landesverbänden keine Gegenliebe. Ohne aber an der Basis, den Wehren und Kreisen, Verankerung zu finden, ist einem Kameradschaftsbund der Altgedienten kein Wirkungskreis gegeben. Nach dieser Fehlentwicklung bedarf es jetzt einer Neuorientierung, der der Deutsche Feuerwehrverband durch die im vergangenen Jahr neugefaßte Satzung bereits Rechnung getragen hat. Ich danke den Kameraden Matthiesen und Ladwig für ihre Arbeit und den guten Willen beim Versuch, einen Kameradschaftsbund zu etablieren. Der eingeschlagene Weg war nicht realisierbar.

Ich hoffe jedoch, daß bald wieder Bewegung in den Kreisen der Altgedienten entsteht, um enger zusammenzurücken.



Der bisherige und der zukünftige Präsident des DFV, Albert Bürger und Hinrich Struve.

Mit ein Grund zur Absage an die erfolgte Gründung des Kameradschaftsbundes durch die Vertreter der Mitglieder des DFV war die zu starke Institutionalisierung, von der zum Teil befürchtet wurde, daß die Alten über ihre eigene Organisation wieder Einfluß auf die aktive Feuerwehrpolitik gewinnen könnten, also die Furcht vor dem Staat im Staate. Ein zweiter Anlauf sollte diese Vorgabe berücksichtigen. Ich bin fest davon überzeugt, daß der kommende Präsident den Ball des Altenbundes auffangen wird, einen Beauftragten für die Altgedienten bestellen und so die satzungsmäßige Aufgabe der Betreuung der alten Kameraden erfüllen wird.

### **Aufgaben der Feuerwehren**

Die Aufgaben der Feuerwehren lagen bis vor 30 Jahren ausschließlich in der Brandbekämpfung. Heute beträgt der Einsatzanteil der Brandbekämpfung 20 Prozent des Gesamteinsatzes. Zusätzlich zu den originären Aufgaben kamen hinzu die Technische Hilfeleistung, Aufgaben der Öl- und Wasserwehr und der abwehrende Umweltschutz. Entsprechend verändert hat sich auch die Ausrüstung und die Ausbildung. Noch in meiner Jugendzeit wurde die Masse der Feuerwehren durch Hornisten und Kirchenglocken alarmiert, heute haben schon viele ländliche Feuerwehren Funkalarm. Funk hat sich als Alarm- und Nachrichtenmittel durchgesetzt, die Datenverarbeitungstechnik bemächtigt sich der Leitzentralen der großen Feuerwehren und wird sich sicher bald bis zu den Stützpunkten der Freiwilligen Feuerwehren durchsetzen. Die Fortentwicklung der Industrie bringt neue Gefahrenquellen und damit den Feuerwehren einen ständigen Anpassungsprozeß an veränderte Schadensbekämpfung. Werden wir diese Aufgabe auch in Zukunft bewältigen können? Bei den Berufsfeuerwehren stellt sich diese Frage nicht im gleichen Maße wie dies für die Freiwilligen Feuerwehren gilt.

### **Ausbildung der Feuerwehren**

Das wesentlich höhere Bildungsniveau, auch im ländlichen Raum, gegenüber früher und die Tätigkeit einer großen Anzahl von Feuerwehrmännern in technischen und Dienstleistungsberufen schafft die Voraussetzung, daß auch in der Zukunft freiwillige Feuerwehrmänner den Anforderungen moderner Brand- und Schadensbekämpfung gerecht werden können. Die Ausgangsbasen hierfür sind auch in der Zukunft gegeben.

Notwendig ist jedoch eine Ausbildung, wie sie in den Ausbildungsvorschriften festgelegt ist und am Standort und Schulen vollzogen werden muß. Die Qualität und Einsatzkraft hängt in der Zukunft nicht mehr oder nicht nur von der Geräte- und Fahrzeugausrüstung, sondern vom Stand der Ausbildung ab. Dies gilt im besonderen Maße auch für die Führungskräfte aller Stufen. Hinzu kommt, daß der Leistungsstand nur gehalten werden kann, wenn in regelmäßigen Abständen Führungskräfte und Mannschaften dem Stand der Schadensbekämpfung entsprechend nachgeschult werden. Dabei muß auch im Interesse des Feuerwehrmannes sorgfältig abgewogen werden, welche Schulung an Wochenden am Standort und welche Weiterbildung an den Feuerweherschulen erfolgen muß. Ausbildung, Weiterbildung und Nachschulung werden besonders die Freiwilligen Feuerwehren als „Dauerbrenner“, in diesem Jahrhundert und sicher auch darüber hinaus, begleiten.

### **Gesellschaftspolitische Aufgaben**

Die Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehren sind aber mit der Schadensbekämpfung und Technischen Hilfeleistung noch nicht erschöpft. Neben diese Funktion tritt eine gesellschaftspolitische Aufgabe, deren Wert nicht hoch genug veranschlagt werden darf. Wir alle beobachten ein großes Maß an Staatsverdrossenheit, ein Desinteresse an öffent-



lichen Aufgaben und ein großes Maß von Eigennutz bei vielen Mitbürgern. Dieser Gruppierung stellt sich die Freiwillige Feuerwehr gegenüber und demonstriert durch Leistung die Sicherung des menschlichen Lebens, die Erhaltung der Güter des täglichen Bedarfs und der Kultur und tut dies durch Selbstdisziplin und Einordnung in eine selbstgewählte Gemeinschaft. Wir wollen durch diese Haltung eine innere Kraft sein für die Verbesserung der Bürgerschaften unserer Kommunen und die Werte des Gemeinschaftlichen wieder mehr sichtbar werden lassen.

### Abschiedsdenken

Am Ende meiner Tätigkeit als Präsident stelle ich mir die Frage, ob der lange Weg von der Gründung bis zum heutigen Stand des Deutschen Feuerwehrverbandes richtig gewählt und von mir gegangen wurde. Ich glaube, daß ich ihn nicht anders gehen konnte. Meine freiberufliche Tätigkeit als Architekt, mein Engagement für die Freiwillige Feuerwehr als Feuerwehrkommandant, Kreis- und Stadtbrandmeister waren Richtungsschilder, anhand denen ich meinen Weg einschlagen mußte. Ich bin den Weg gegangen und habe dabei viel gelernt, ich bin vielen Menschen begegnet, habe viel Freude, aber auch manchen Ärger eingeheimst. Ich würde ihn so noch einmal gehen.

Und wenn Sie mich fragen, was ich als die wichtigste Funktion dieses Amtes betrachte, dann will ich darauf antworten:

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes ist die Klammer, die durch persönliches Verhalten die Feuerwehren der elf deutschen Bundesländer zusammenhält. In seinem begeisterten Feuerwehrherz hat er für alle gleichen Platz und ist Mittler des guten Willens, der in allen Feuerwehrmännern wohnt.

Ich stelle mir auch die Frage, wie die Administration des Deutschen Feuerwehrverbandes, die einfach notwendig ist und für deren Aufbau ich die Verantwortung trage, wirksam sein soll. Sie soll helfend und unterstützend und nicht als Selbstzweck tätig sein. Sie hat keine Führungsfunktion, wie etwa ein militärischer Stab, sondern vor allem eine informative Funktion. Sie ist Auflaufstelle für alle Nachrichten aus dem weitgespannten Netz des deutschen Brandschutzes und Auskunft für alle, die dem deutschen Brandschutz verbunden sind.

Mir war es vergönnt, mit 38 Jahren das Amt des Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes zu übernehmen und 29½ Jahre auszuüben. Ich stamme aus jener Generation, die sich noch an den Ausgang des 1. Weltkrieges erinnern kann, die die Inflation, die Weltwirtschaftskrise, das Dritte Reich und den 2. Weltkrieg als Soldat erlebte. Ich habe nach dem Kriege wie viele andere neu begonnen. Aufgrund meines Lebensweges und der daraus resultierenden Erkenntnisse bin ich überzeugter Demokrat, Föderalist und in meiner schwäbischen Heimat verwurzelt. Diese Bezugsquellen haben mich meinen eige-

nen Führungsstil entwickeln lassen. Kritikern desselben halte ich entgegen, daß Führung ohne Linie und starke Hand eben keine Führung ist.

Der Deutsche Feuerwehrverband gab sich am 17. Oktober 1980 eine neue Satzung. Sie sollte meinem Nachfolger stärkere Bindungen an die neuen Organe auferlegen. Anstelle des aus berufenen Mitgliedern bestehenden früheren Präsidiums sollte ein Vorstand und ein Präsidium, bestehend aus dem Vorstand und den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände, treten. Daraus geworden ist nun ein gestärkter Vorstand und ein Präsidium, das dem früheren deutschen Feuerwehrausschuß entspricht.

Ich sehe darin keinen Beinbruch und warne davor, die neue Struktur bald wieder zu verändern. Ich habe in den 29 Jahren mit mehreren Satzungen den Verband geführt und habe dazu nie die jeweils gültige Satzung unterm Arm getragen.

Die beste Satzung ist die Verständigung, das Abwägen, was der Feuerwehr und seinem Fachverband zum Nutzen ist, und eine große Toleranz. Die Unterschiedlichkeit der deutschen Stämme wird sich immer in unseren Organen widerspiegeln. Und keine Landesorganisation darf von sich glauben, sie ist besser als die andere. Jeder soll seinen Standpunkt vertreten, aber ihn nicht mit undemokratischen Regeln anderen aufzwingen wollen. Ich bin überzeugt, daß auch nach meiner Zeit in allen unseren Organen eine kameradschaftliche Atmosphäre herrschen wird.

## DFV: Brandschutzforschung mangelhaft

Die deutschen Feuerwehren wurden im vergangenen Jahr zu rd. 2,5 Mio. Einsätzen gerufen, wovon rd. 1,9 Mio. auf den von den Feuerwehren geleisteten Rettungsdienst und Krankentransport entfallen. Auf Brandeinsätze entfielen rd. 130000 Einsätze bei den Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren. Die durch Brände entstandenen Schäden haben zwischenzeitlich einen Gesamtwert von jährlich rd. 3,5 Mrd. DM erreicht und werden nach Meinung des Deutschen Feuerwehrverbandes weiterhin ansteigen.

Diese Rekordhöhe der Brandschäden wird mehr und mehr durch Großbrände und weniger durch die Zunahme von Klein- und Mittelbränden verursacht.

Diesen Bränden – neben den Möglichkeiten der Feuerwehren durch ihre technischen Geräte – auch durch einen noch verbesserten Vorbeugenden Brandschutz zu begegnen, bedarf es zusätzlich der Verstärkung der Brandschutzforschung auf dem Gebiet des Abwehrenden Brandschutzes. Der Deutsche Feuerwehrverband kritisiert, daß es den Ländern in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, die hierfür benötigten Forschungsmittel gemeinsam aufzubringen, jährlich werden gegenwärtig nur insgesamt 600000 DM bereitgestellt.

Die in den vergangenen Jahren angestrebte durchgreifende Verbesserung der Brandschutzforschung ist nach Aussage des DFV bis auf weiteres gescheit-

tert. Der Verband wiederholt aus diesen Gründen seine bereits vor Monaten gemachten Vorschläge, die derzeit bei den Ländern liegenden Aufgaben auf dem Sektor der Brandschutzforschung auf das Bundesministerium für Forschung und Technologie zu übertragen.

Voraussetzung für eine zielstrebige Brandschutzforschung ist eine bundeseinheitliche und qualifizierte Brandstatistik, die trotz langjähriger Forschung des Deutschen Feuerwehrverbandes bisher noch nicht beschlossen und eingeführt wurde. Der Verband weist darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland das einzige Industrieland ist, welches über keine einheitliche und zentral auswertbare Brandstatistik verfügt.





## Neue Katastrophenschutz-Einheit der DLRG Westfalen getauft

Innenminister Dr. Schnoor gab der Einheit den Namen „Westfalen III“

Diese Seiten erscheinen in Verantwortung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.



Der DLRG-Landesverband Westfalen erhielt jetzt seine dritte Katastrophenschutz-Einheit: Im Ausbildungszentrum der westfälischen DLRG in Warendorf wurde diese Einheit durch den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Dr. Herbert Schnoor, auf den Namen „Westfalen III“ getauft. Diese Einheit wird der DLRG Witten zur Verfügung gestellt. Die „Westfalen I“ ist bereits in Bochum stationiert, die „Westfalen II“ in Dortmund.

Der Präsident der westfälischen DLRG, Dr. Konrad Gelzer, Münster, konnte neben Innenminister Dr. Herbert Schnoor auch Landtags-Vizepräsident Richard Winkels, den Wittener Oberbürgermeister Klaus Lohmann, Mitglieder des Rates der Stadt Warendorf und den DLRG-Landesverbandsrat begrüßen.

Der Taufakt wurde zünftig durch Innenminister Dr. Schnoor mit einer Flasche Sekt vollzogen. Er drückte die Hoffnung aus, daß das Boot „immer genug Wasser unter dem Kiel haben möge“ und daß der Einsatz der Katastrophenschutz-Einheit nicht zu oft in einem wirklichen Ernstfall nötig sein möge.

Die technischen Daten der Einheit: Boot „Westfalen III“, Type Alufleet, Jet-Antrieb mit einem 120 PS starken Innenbordmotor. Bootsanhänger Type KOK 80. Kfz Ford Transit. Zubehör: Tauchgerät, Funksprechgeräte, Erste-Hilfe-Ausstattung, Rettungsurte u. v. a. m.

Hermann Gotthardt

Oben: Die Katastrophenschutz-Einheiten „Westfalen I, II und III“ vor dem Ausbildungszentrum der westfälischen DLRG in Warendorf.



Rechts: NRW-Innenminister Dr. Herbert Schnoor taufte die „Westfalen III“ zünftig mit einer Flasche Sekt.

Bei der Übergabe der „Westfalen III“ waren prominente Gäste dabei (von links): Oberbürgermeister Klaus Lohmann (Witten), Landtagsvizepräsident Richard Winkels, Innenminister Dr. Herbert Schnoor und der Leiter der Wittener Feuerwehr, Heinrich Steinforth.





# Strandrettung

## Ein besonderes Fachgebiet der Wasserrettung

Das Ringen des Menschen mit dem Meer ist in der Geschichte des Menschen nicht allein der „Kampf gegen den nassen Tod“, – es ist ebenfalls der Kampf um die Sicherung der Küste, es ist ferner der Kampf um die Landgewinnung.

Auf- und ablaufendes Wasser schafft verschiedenartige Verhältnisse an der Küste. Die Nordseeküste des LV Schleswig-Holstein hat andere Verhältnisse und Gegebenheiten aufzuweisen als die des LV Bremen oder die des LV Niedersachsen. Die Küste der Niederlande unterscheidet sich von der des Bezirks Ostfriesland und auf Borkum sind andere Strandbeobachtungen auszuwerten als z. B. auf Norderney. Demzufolge ist es für die DLRG schwierig, über die „Strandrettung“ etwas Einheitliches zu sagen oder gar ein einheitliches Merkbuch herzustellen.

Die Bootsführer auf Flüssen, Seen, Talsperrern haben an der Nordseeküste andere Anforderungen zu berücksichtigen, zu erfüllen und sich auf sie besonders einzustellen. DLRG-Rettungsschwimmer des Binnenlandes, die sich zum Rettungswachdienst auf den Inseln oder in den Küstenbadeorten für die Sommersaison melden, müssen „vor Ort“ eingewiesen, über die heimischen Wasser-, Bade- und Schwimmunterschiede belehrt werden, denn die Strandverhältnisse sind oft sogar von Insel zu Insel sehr unterschiedlich.

Wichtig im allgemeinen ist für Badende wie auch für uns DLRG-Rettungsschwimmer die Erkenntnis,

1. daß Baden und Schwimmen an der Küste oder gar in der offenen See etwas anderes sind als Baden und Schwimmen in Binnengewässern,

2. daß Rettungen aller Art am Strand und auf der See genaue Erfahrungen und Beobachtungen der örtlichen Wasserhältnisse verlangen, damit die Rettungswachfähigkeit im Sinne der vorbeugenden Sicherung wirkungsvoll wird, wie sie auf den Gewässern des Binnenlandes nun schon seit längerem so erfolgreich durchgeführt wird.

Ebbe und Flut sind die Gezeitenströme. An der niedersächsischen Nordseeküste ist der Flutstrom im allgemeinen nach

NO gerichtet und besonders spürbar 2 Stunden vor Hochwasserstand und 2 Stunden nach Hochwasserstand bei einer Geschwindigkeit von ca. 40–50 m pro Minute. Der Ebbstrom dagegen ist nach SW gerichtet und läuft 4–8 Stunden lang nach Hochwasser mit einer Geschwindigkeit von ca. 30–35 m pro Minute.

Nun ist aber noch eine sog. Restströmung festzustellen, die keine periodische Strömung ist, sondern vom Kanal her (Golfstromeinwirkung) parallel zur Küste strömt, eine Sog-Wirkung von S nach N hat und stärker als der Ebbstrom ist. Diese Strömung ist besonders an der holländischen Küste und an den westfriesischen Inseln zu beachten.

Durch den Wind wird die Strömung zusätzlich auf verschiedene Weise beeinflusst. Sie unterscheidet sich, ob der Wind von See her, vom Lande oder parallel zur Küste weht. Den Einfluß des Windes muß der Rettungsschwimmer See kennen, und seine Auswirkungen muß er bei seinem Rettungswachdienst oder gar bei seinem Rettungseinsatz berücksichtigen und verwerten.

### Bei Wind von See her

läuft das Wasser zur Küste und bildet im wesentlichen die Oberströmung. Sie ist noch am ungefährlichsten. Aber das ablaufende Wasser unter der Wasseroberfläche zieht als Unterströmung seewärts ab, bildet einen starken Sog und ist eine große Gefahr für Badende, Schwimmer und Retter.

### Bei Wind vom Land her

bildet sich im Wasser ein Stau, der den Schwimmer in eine unbequeme, ihm nicht verständliche Situation bringt und ihm das Schwimmen schwermacht.

### Bei Wind parallel zum Strand

bilden sich ganz gefährliche Strömungen in den Priel (Rinnen zwischen den Sandbänken), in den Muhden (senkrecht zum Strand ausgespülte Vertiefungen der Gezeitenströme). Beide Wasserläufe schlängeln sich als kurvenreiche Wasserserrinnen mit Ober- und Unterströmungen seewärts und haben in sich eine Menge von Gefahrmomenten.

Von den unterschiedlichen Strömungen sei noch die Brandung erwähnt. Sie entsteht durch die Wellen, die durch Sandbänke in sich gebrochen werden und als weiterrauschende „Wasser-Rolle“ mit Unterströmung zu beobachten sind. Auch die Wellen, die durch Passage schnelllaufender Schiffe oder durch aufkommenden Seegang entstehen, der nach Sturm an anderen Stellen gebildet wird und sich nun anderswo am Strand auswirkt, sind vom Rettungswachdienst an der See genauestens zu beachten. Abschließend möchte ich zusammenfassen, womit wir Rettungsschwimmer See unser Wissen und Können in der Wasserrettung unbedingt zu bereichern haben:

● Der von der Küste abziehende Ebbstrom ist äußerst gefährlich.

● Das Einsetzen der Flut, die wider Erwarten rascher ist, als wir es annehmen, ist für Wattwanderer und Wanderer zu den dem Strand vorgelagerten Sandbänken gefährlich.

● Die Gefahren beim Baden an unbeachten Strandstellen sind oft nicht bekannt und können sich als lebensgefährlich auswirken.

● Gefahren lauern am Strand und in der See durch Priele, Sog, Brandung, an Buhnen und durch unüberlegtes Hinausschwimmen seewärts in Überschätzung seiner schwimmerischen Leistungsfähigkeit in der See.

● Einsatz von DLRG-Rettungsschwimmern erfordert Zusammenarbeit mit den „Insulanern“: Einweisung – Einarbeitung am Ort – Zusammenarbeit im Einsatz. – Überhaupt muß jeder Rettungseinsatz an See stets eine Mannschaftsleistung sein, mindestens zu zweit hat jede Rettungsaktion in See zu erfolgen.

Der beste Rettungseinsatz ist bekanntlich die „vorbeugende Sicherung“ – gerade aber an der See. Hier kann es besonders wertvoll sein, den seewärts schwimmenden Badegast rechtzeitig „zurückzublasen“, als sich in einem späteren kräfteaubenden Rettungseinsatz zu verausgaben. Die Richtlinien für „Rettungsschwimmer See“ und für „See-Schwimmeister“ verlangen ein sorgfältiges Studium und eine entsprechende sinn gemäße Befolgung!

Herbert Schröter

## 20 Jahre DLRG-Bildkalender

Die 20. Ausgabe des DLRG-Bildkalenders wurde dieser Tage von den Herausgebern, dem DLRG-Präsidium sowie der Wirtschaftsdienst-Verlag und Druckerei GmbH, der Öffentlichkeit vorgestellt.



Im Jahre 1963 erschien der erste DLRG-Kalender. Seitdem ist er für viele Gliederungen zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Öffentlichkeitsarbeit geworden. Der Kalender mit seinen insgesamt 24 teils mehrfarbig bedruckten Seiten dient der Information und Aufklärung im Hinblick auf mehr Sicherheit im und am Wasser sowie der Werbung um Mitglieder, Helfer und Förderer. Bilder und Texte werden von einem vom Präsidium der DLRG eingesetzten Redaktionsauschuß ausgewählt, so daß der Kalender den Aufgaben und Auffassungen der DLRG in vollem Umfang entspricht.



Der Kalender erscheint in Ortsausgaben, getragen von Anzeigen der werbenden Wirtschaft. Im Erscheinungsjahr 1963 konnten 127 Regionalausgaben herausgegeben werden; der Kalender 1981 hingegen erreichte eine Auflagenhöhe von 223 Regionalausgaben.

### DLRG-Info-Lehrgang

Ein Ausbildungs-Lehrgang mit dem Ziel der Erneuerung und Verlängerung der Prüfungserlaubnis fand im DLRG-Bezirk Westerwald-Taunus großes Interesse. Zahlreiche Referate sowie praktische Vorführungen und Demonstrationen, z. B. Brustdruckverfahren mit Herzmassage oder Atemspende mit Herzmassage, gaben dem Lehrgang einen praxisnahen Bezug.



## Schwimmen – für Behinderte mehr als eine Freizeitbeschäftigung

Ein gelungenes Experiment der DLRG Frankfurt

Unter dem Motto „Einander verstehen, miteinander leben“ proklamierten die Vereinten Nationen das „Internationale Jahr der Behinderten 1981“. Behinderte, Menschen wie wir, Mitmenschen, werden weltweit aus ihrem Schattendasein in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Eigentlich lästig, unser ausgeprägte ichbezogenes Leben auch damit noch zu konfrontieren. Wer so denkt, ist sich selbst der Nächste; er verschließt sich den Sorgen und Nöten seiner hilfsbedürftigen Mitmenschen und beruhigt sein Gewissen mit der Erwartung auf Unterstützung des Staates und der verschiedenen Hilfsorganisationen. Diese erschreckende Teilnahmslosigkeit am Schicksal der Mitmenschen ist die Kehrseite unseres Sozialstaates, in dem sich niemand angesprochen und für den anderen mitverantwortlich fühlt.

Dabei ist die Zahl der Behinderten in der Bundesrepublik auf über vier Millionen angewachsen. Davon sind nach einer Erhebung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit 800 000 Kinder, zu denen jährlich weitere 30 000 mit angeborenen körperlichen oder geistigen Schäden hinzukommen. Zur Zeit wird bei uns jedes 150. Kind mit einer geistigen Behinderung geboren. Von tausend Kindern sind schon sieben betroffen.

Diese nackten Zahlen offenbaren unzählige Schicksale, die jeden von uns wachrütteln müßten. Die Behinderten und ihre Angehörigen werden aufmerksam verfolgen, wie ein ganzes Jahr lang schöne Worte, viele Einsichten und gute Vorschläge von amtlicher und privater Seite in den öffentlichen Medien, Fachpublikationen, auf Tagungen, Diskussionen und Veranstaltungen verbreitet werden. Sie werden am Jahresende kritisch prüfen, ob unsere Gesellschaft überhaupt noch in der Lage und bereit ist, den behinderten Mitmenschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen.

Die Verwirklichung eines umfassenden Rehabilitationsprogramms für diese vom Schicksal benachteiligten Mitbürger, für die jeder einzelne die soziale Mitverantwortung trägt, ist damit zum Gradmesser für die Kulturstufe unseres Volkes geworden. Nutzen wir diese Chance!

### Hilfe durch verantwortliches Handeln

Erfreulicherweise leisten bereits in zahlreichen Organisationen viele, von Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe geprägte Frauen und Männer unseres Landes

praktische Behindertenhilfe auf vielfältige Art und Weise.

So hatte auch schon vor einem Jahrzehnt die DLRG Frankfurt/M. im Rahmen ihrer allgemeinen humanitären Zielsetzungen den Versuch unternommen, Behinderte in die Schwimmausbildung einzubeziehen.

In Kooperation mit der Bundesvereinigung Lebenshilfe für geistig Behinderte e. V., Ortsvereinigung Frankfurt, wurde in zehnjähriger Aufbauarbeit das „Behindertenschwimmen“ zu einer festen Einrichtung und in das freizeittherapeutische Gesamtprogramm der Lebenshilfe Frankfurt eingebunden.

Fachleute sprechen heute von dem sogenannten „Frankfurter Beispiel“, einem gelungenen Weg, den Behinderten durch die Schwimmausbildung Erfolgsergebnisse zu vermitteln. Doch bis dahin war noch ein weiter Weg zurückzulegen.

Für die Initiatoren galt es, zunächst eine Reihe von Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen.

Hier gebührt vor allem den Verantwortlichen der Stadtverwaltung Dank und Anerkennung für die Zurverfügungstellung von geeigneten Übungsstätten. Dadurch wurde es für die DLRG möglich, sich außerhalb ihrer nur in den Abendstunden stattfindenden Ausbildungsveranstaltungen der neuen Aufgabe zu widmen. Eine Gruppe von Ausbildern, durchwegs DLRG-Mitarbeiter, die in der Ausbildung von Anfangschwimmern eine überdurchschnittliche Qualifikation nachweisen konnten, stellte sich spontan zur Verfügung. Sie fanden zwar sehr schnell Zugang zu ihren Schützlingen, ihre Arbeit beschränkte sich aber vorerst auf eine betreuende Beaufsichtigung der Gruppe, um dabei das spezifische Verhalten von Behinderten in dem für sie neuen Element Wasser kennenzulernen.

Nach und nach konnten Grundkenntnisse über die verschiedenen Behindertensorten erlangt werden. Erst auf dieser Basis war es möglich, ein didaktisch-methodisches und pädagogisches Ausbildungskonzept zu entwickeln und eine gezielte, auf die neuen Gegebenheiten angepaßte Schwimmschulung aufzunehmen.

### Grundsätze für das Behindertenschwimmen

Während der herkömmliche, lehrplanmäßige Schwimmunterricht mit aufeinanderfolgenden Lernteilzielen auf die Erar-



beitung von Schwimmtechniken ausgerichtet ist, muß bei der Unterrichtung Behinderter davon ausgegangen werden, daß je nach dem Grad ihrer Schädigung dem Leistungsvermögen Grenzen gesetzt sind. Dabei ist zu unterscheiden, ob es sich um Körperbehinderte mit einer vorübergehenden oder bleibenden Einschränkung der Bewegungsfähigkeit handelt, oder um Sinnesgeschädigte mit einer Funktionsstörung des Sehens, Hörens und Sprechens, um Intelligenzgeschädigte mit einer Schädigung der geistigen Funktionen, um psychisch Behinderte mit Störungen der seelischen und geistigen Gesundheit oder gar um Mehrfachbehinderte mit Störungen aus den vier vorgenannten Bereichen.

An dem kooperativen Behindertenschwimmen der Lebenshilfe und DLRG Frankfurt beteiligten sich überwiegend geistig behinderte Kinder und Jugendliche, die zum großen Teil auch Mehrfachbehinderungen aufweisen. Die DLRG-Ausbilder haben sich mit großer Geduld und Liebe, Einfallsreichtum und Nachsicht auf jeden einzelnen Teilnehmer einstellen müssen, um mit den oft recht unterschiedlichen Schwierigkeiten, die sich sowohl aus den verminderten Lernleistungen als auch aus einem veränderten Körperbau und verminderter körperlicher sowie organischer Leistungsfähigkeit ergeben haben, fertig zu werden. Unter Außerachtlassung jeglicher Zeitmaßstäbe, oft über Jahre hinweg, wurden die einzelnen Übungs- und Lernschritte durchgeführt. Die ersten Erfolge stellten sich bald ein. Während trotz größter Mühen bei einigen Schülern lediglich bewegungstherapeutische Übungen im Wasser das Höchstmaß des Erreichbaren waren, konnte die Mehrzahl zu Schwimmfertigkeiten hingeführt werden. Allerdings mußte in Fällen besonders stark eingeschränkter motorischer Fähigkeiten von den hergebrachten Schwimmbewegungsmustern abgewichen und der Entwicklung einer individuellen Schwimmtechnik besonderes Augenmerk geschenkt werden.

### Organisatorische Voraussetzungen

Mit der Bereitstellung von Übungsstätten an die Lebenshilfe als die verantwortliche Trägerin dieser Schwimmausbildungsveranstaltung war die Voraussetzung für den Beginn der zusätzlich als „Schwimmfreizeit“ bezeichneten Aktivitäten geschaffen.

Erst konnte die Arbeit im Lehrschwimmbecken der Dahlmansschule und später auch im Schwimmbad der Reha-Station des Sozialzentrums Marbachweg aufgenommen werden. Die Bäder liegen im inneren Stadtbereich Frankfurts und sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. Das Behindertenschwimmen



findet ganzjährig statt, und zwar jeden Donnerstag im Sozialzentrum Marbachweg und jeden Freitag (ausgenommen Schulferien) in der Dahlmansschule. Beginn 17.00 Uhr, Ende 19.00 Uhr.

Beide Lehrschwimmbäder werden den Anforderungen für eine Schwimmausbildung Behinderter gerecht. Die Wassertemperatur schwankt zwischen 27 und 30 Grad, die Lufttemperatur liegt ca. 3 Grad über der Wassertemperatur.

An den Übungsstunden beteiligen sich acht bis fünfzehn Behinderte, die der Lebenshilfe Frankfurt angehören. Die Altersgruppierung reicht vom Vorschul- bis zum Erwachsenenalter. Begleitpersonen, Eltern, Geschwister, Angehörige oder Heimbetreuer werden grundsätzlich in die Übungsstunde mit einbezogen. Die Gemeinsamkeit in der Gruppe schafft ein angenehmes Arbeitsklima, fördert das Sozialverhalten und trägt wesentlich zur Sicherheit bei.

Die Auswahl oder Einteilung nach Art der Behinderung, Alter oder Geschlecht findet grundsätzlich nicht statt. Eine Eingrenzung wird lediglich aus Gründen der Unfallverhütung im Falle von Anfallsleiden oder starker Schädigung des Stütz- und Bewegungsapparates sowie aus Gründen der Hygiene im Falle einer mangelhaften oder nicht vorhandenen Kontrolle der Blasen- oder Darmfunktion vorgenommen. Der Übungsleiter hatte sich vorher über die psycho-physische Verfassung jedes Schülers in bezug auf dessen körperliche Befähigung zur Teilnahme an der Schwimmausbildung in Gesprächen mit den Eltern oder sonstigen Bezugspersonen informiert.

Für die Betreuung und Übungsarbeit stehen von Anfang an drei ständige DLRG-Ausbilder zur Verfügung, von denen unter Einbeziehung der Begleitpersonen und ein bis zwei weiteren DLRG-Mitarbeitern mindestens zwei regelmä-



Big während der Schwimmstunde anwesend sind. Einer der Ausbilder übernimmt davon von Land aus die Funktion eines Übungsleiters, während alle anderen im Wasser mit den Behinderten die einzelnen Lernaufgaben üben. Besonders wichtig ist eine weitgehende Beibehaltung der gleichen Übungsleiter, die einmal von den Teilnehmern vertrauensvoll als Bezugsperson anerkannt werden und zum anderen den erforderlichen „Durchblick“ auf der Grundlage mühsam erarbeiteter Erfahrungen besitzen. Die zur Verfügung stehende Zeit von zwei Stunden läßt den Beteiligten genügend Zeit für das Umkleiden, Körperhygiene, die manchmal notwendige innere Sammlung und das sonstige Verweilen. Der Aufenthalt im Wasser beträgt in der Regel eine Stunde. Aufwärmepausen unter der warmen Dusche sind ebenso eingeplant wie notwendige Toilettenbesuche. Grundsatz ist Ruhe, keine Hetze!

### Aufbau des Schwimmunterrichts

Das Ausbildungskonzept für das Behindertenschwimmen enthält prinzipiell die Grundsätze des allgemeinen Anfängerschwimmunterrichts. Bei den einzelnen Lernzielen muß allerdings auf den jeweiligen motorischen Entwicklungsstand und auf das individuelle Leistungsvermögen eines jeden Teilnehmers besondere Rücksicht genommen werden.

Alle Übungen sind in erster Linie darauf gerichtet, die Behinderten an das Element Wasser zu gewöhnen und ihnen Wassergewandtheit bis zur ausreichenden Wassersicherheit zu vermitteln.

Besonders bei Mehrfachbehinderten muß der Übungsleiter den deutlichen Drang nach Wohlbefinden seiner Schützlinge, die Freude an dem Sichtlich-im-Wasser-bewegen-Können vor das Einüben von Schwimmtechniken stellen.

Horst Danch



# Presseschau des Inlands

## China: Riesiges Bunkersystem unter der Hauptstadt

Ein Knopfdruck genügt: Hinter der Lantentheke des großen Textilgeschäftes am Quianmennei, der Straße zum vorderen Tor, im geschäftigen Zentrum Pekings, verschwindet lautlos ein Teil des Fußbodens. Vor den hohen Regalen, in denen sich die olivgrünen und blauen Mao-Anzüge stapeln, tut sich eine Treppe auf: der Zugang zu einem der Luftschutzbunker der fast Zehn-Millionen-Stadt.

Pekings Bewohner haben sich unter die Erde gebuddelt, um für den Fall des Falles gerüstet zu sein. Stolz führt Thai Jinshuan, der Luftschutzwart, die Besucher in sein Reich, das unter dem Fußboden dieses Ladens beginnt. Während oben geschäftiges Treiben herrscht, ist es hier acht bis 15 Meter unter der Erde jetzt totenstill. Es geht durch lange, weißgekalkte Gänge, ab und zu muß per Knopfdruck wieder eine stählerne Tür geöffnet werden. Dann geht es über breite Stufen hinab in eine zweite Etage.

Dieses Kellersystem ist nur einer von vielen Luftschutzbunkern der chinesischen Hauptstadt. Ende 1969 sei mit dem Bau begonnen worden, berichtet Herr Thai. Er läßt keinen Zweifel daran, warum gerade damals der erste Spatenstich – moderne Baugeräte waren Mangelware – getan wurde: „Weil die sowjetischen Expansionisten den Zwischenfall am Ussuri inszenierten.“

Mitarbeiter der insgesamt 45 Geschäfte und Warenhäuser an dieser Straße zum vorderen Tor haben damals das Tunnel-system gebaut – teils während der Arbeitszeit, teils in Sondereinsätzen während der Freizeit. Circa 1800 Menschen arbeiten hier. Rund 80000 kommen tagtäglich hierher zum Einkaufsbummel. 10000 Menschen, so haben die Verantwortlichen ausgerechnet, befinden sich jeweils in der Straße mit ihren Geschäften. Genau für so viele ist das Bunkersystem angelegt. In fünf bis sechs Minuten seien die Tausenden im Untergrund verschwunden, sagt Herr Thai. Das habe man bei Übungen schon ausprobiert. Dann dürfte heftiges Gedränge herr-

schen, wo jetzt Leere gähnt. In der Küche allerdings, aus der dann die Massen versorgt werden sollen, dampfen auch jetzt die riesigen Töpfe. Es wird hier für die Verkäuferinnen und Verkäufer der Geschäfte gekocht, die zum größten Teil auch herunter zum Essen kommen. In einigen kleineren Nebenräumen campieren ein paar Leute – Besucher von außerhalb der Hauptstadt, die hier Unterkunft finden. In den hallenartigen Räumen, an denen Herr Thai vorbeiführt, sind größtenteils Kartons gelagert.

Dem Luftschutzwart ist es sehr ernst um die strategische Bedeutung seines Luftschutzkellers. Als er in einer der Hallen den Besuchern eine Tasse Jasmintee servieren läßt, um dabei an einer Leuchttafel die Dimensionen des Bunkersystems zu erläutern, bittet er vorher höflich, erst einmal die Kamera einzupacken. Erst dann zieht er den Vorhang vor der Leuchttafel weg, legt mit dem Zeigestock dar, wie sich der Tunnel mit einer Gesamtlänge von etwa 3000 Meter unter dem Geschäftszentrum dahinwindet, und läßt schließlich auch die 90 Lämpchen aufblinken, die die 90 Ein- und Ausgänge zu dem Luftschutzkeller markieren.

(Norbert Hoyer  
im Generalanzeiger, Bonn)

## München: Nur für ein Prozent der Bürger Schutzräume

Im Ernstfall würde nur ein Prozent der Münchner Bevölkerung in einer der vier öffentlichen Schutzanlagen Platz finden. Wie aus einem Jahresbericht über Zivilschutz hervorgeht, gibt es im Stadtgebiet derzeit nur 11000 Schutzplätze, die auch für einen längeren Aufenthalt geeignet sind. Die 25 Hoch- und Tiefbunker aus dem Zweiten Weltkrieg sind auch nach ihrem Umbau nur bedingt nutzbar. Die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Zivilschutzanlagen wurde im Kreisverwaltungsausschuß des Stadtrats als skandalös bezeichnet.

Im ganzen Stadtbereich gibt es derzeit vier Zivilschutzanlagen mit insgesamt 11000 Plätzen, die aufgrund ihrer Ausstattung im Ernstfall für einen längeren Aufenthalt geeignet sind. Sie befinden sich in den U-Bahnhöfen Hauptbahnhof und Innsbrucker Ring, im Gebäude der Deutschen Automobil-Versicherung an der Prinzregentenstraße sowie im Zentrum für Katastrophenschutz an der Heßstraße. Nach den Angaben des Kreisverwaltungsreferats kann in diesen modernen Mehrzweckbauten nur knapp ein Prozent der Münchner Bürger Platz finden.

Daneben gibt es in München als Überbleibsel aus dem Zweiten Weltkrieg

noch 25 Hoch- und Tiefbunker, von denen zehn auf städtischem Grund stehen. Vier davon sollen noch im Lauf dieses Jahres durch umfangreiche Baumaßnahmen wieder nutzbar gemacht werden. Dadurch können weitere 4180 Schutzplätze geschaffen werden. Der technische Standard läßt jedoch auch nach der Modernisierung nur einen Aufenthalt bis zu zehn Stunden zu. Wenn die Generalüberholung aller 25 Bunker abgeschlossen ist, können sie nach den Angaben des Kreisverwaltungsreferenten rund 14500 schutzsuchende Personen aufnehmen. Genauso düster wie im öffentlichen Bereich sieht es auch bei den privaten Bauten aus. Laut Zivilschutzbericht sind in München ganze 86 vom Bund bezuschulte Schutzplätze registriert.

Diese spärliche Bilanz löste gestern im Kreisverwaltungsausschuß des Stadtrats, dem der Jahresbericht auf Initiative der F.D.P.-Fraktion unterbreitet wurde, heftige Kritik aus. Stadtrat Graf von Preysing bezeichnete es als „skandalös“, daß nur für ein Prozent der Bevölkerung Schutzmöglichkeiten bestünden. Er warf vor allem dem Bund vor, den Zivilschutz jahrelang sträflich vernachlässigt zu haben. Auch die F.D.P. pochte darauf, daß die Anstrengungen im Schutzraumbau wesentlich verstärkt werden müßten. Demgegenüber wies Stadtrat Detlef Boesser (SPD) darauf hin, daß der Bau ausreichender Zivilschutzanlagen viele Milliarden Mark verschlingen würde. Wem wäre gedient, so fragte er, wenn der Anteil der Münchner, die in Schutzräumen Platz finden, mit großen Investitionen von 1,0 auf beispielsweise 1,4 Prozent erhöht werden könnte? Der beste Zivilschutz sei deshalb eine vernünftige Friedenspolitik.

Der Kreisverwaltungsreferent konnte den Kritikern zumindest eine leichtere Verbesserung der Schutzraumsituation versprechen. Da der Bund seit 1979 wieder verstärkt Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stelle, habe sein Referat die Aufklärung der Münchner Architekten und Bau-trägergesellschaften über die Förderungsmöglichkeiten verstärkt. Die Aktion sei nicht ohne Erfolg geblieben. Noch im vergangenen Jahr habe man dem Bund zehn Mehrzweckanlagen mit fast 10000 Schutzplätzen zur Förderung vorschlagen können. Davon seien acht Projekte mit 8100 Plätzen schon genehmigt. Eine der größten neuen Zivilschutzeinrichtungen wird mit 1200 Plätzen im Neubau der Arbeitsverwaltung an der Thalkirchner Straße verwirklicht.

(Otto Fischer in der Süddeutschen  
Zeitung, 25. März 1981)



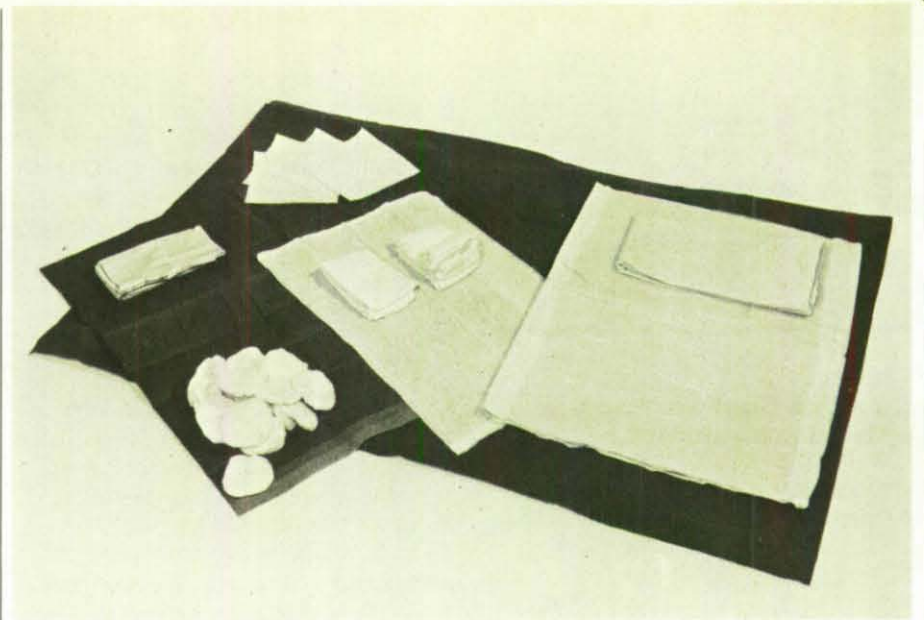
## Wissenschaft & Technik

### „Finnsafety“ – Planung, Technologie und Ausrüstung für den Zivilschutz

Der vergleichsweise hohe Aufbauzustand des finnischen Zivilschutzes hat für Finnland – neben den anderen skandinavischen Staaten und der Schweiz – auf diesem Gebiet international Aufmerksamkeit und Anerkennung gebracht. Fachleute aus vielen Ländern – kürzlich sogar aus China – studieren die finnischen Zivilschutzmaßnahmen und vor allem den Schutzraumbau. Finnische Firmen sind inzwischen in zahlreichen Staaten mit der Durchführung von Zivilschutzprojekten beauftragt, so schwerpunktmäßig im Mittleren Osten. Eine Gruppe von Herstellern spezieller Schutzausrüstung, aber auch Planungsingenieure für den Bau von Großschutzräumen, Lieferanten für Erste-Hilfe- und Brandschutzmaterial, hat sich unter der Bezeichnung „Finnsafety“ zusammengeschlossen. „Finnsafety“ war erstmals bei der „Interschutz“ im vergangenen Jahr auch in der Bundesrepublik präsent; einige interessante technische Geräte werden im folgenden vorgestellt.

### Operationspackung für Feldchirurgie

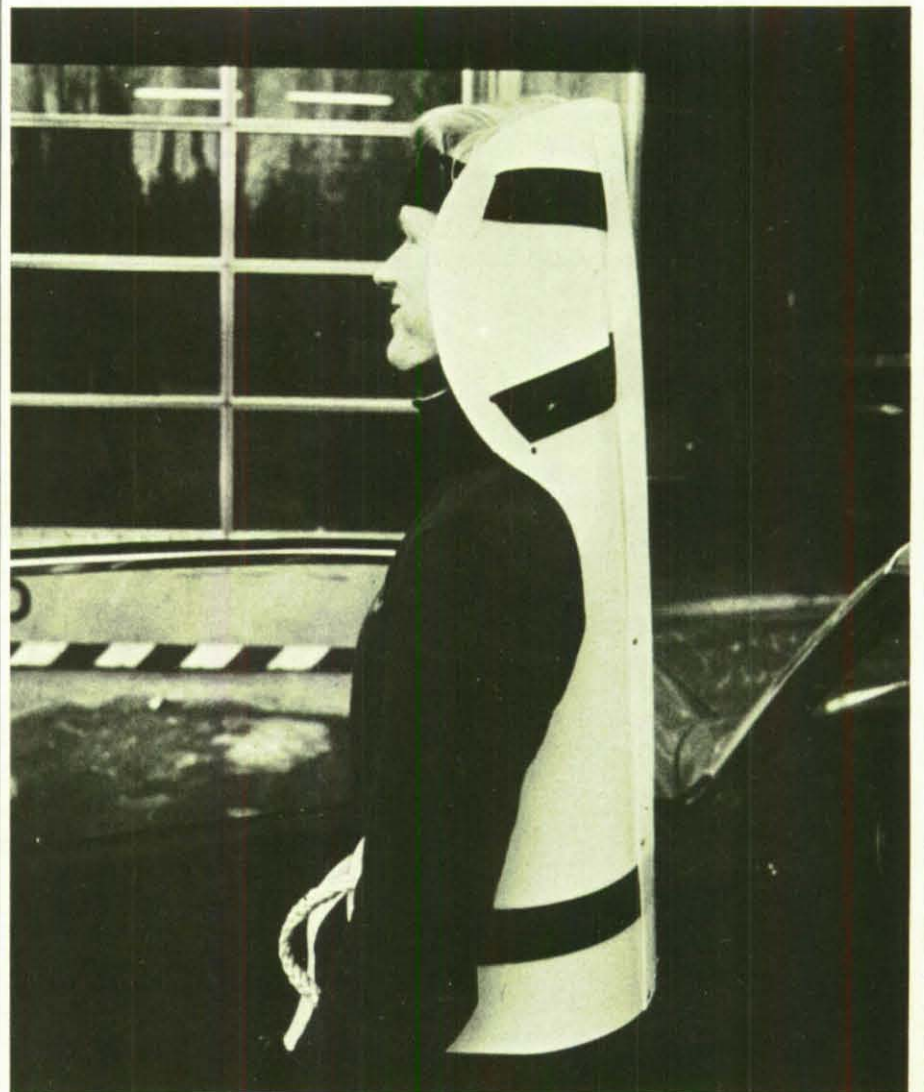
In Zusammenarbeit mit Experten der Katastrophenmedizin hat ein großer finnischer Hersteller von Erste-Hilfe-Material eine sogenannte „Operationspackung für die Feldchirurgie“ entwickelt. Ausgehend von der Annahme, daß im Katastrophen- oder Verteidigungsfall das Waschen und Sterilisieren von wiederverwendbaren Operationstextilien sehr schwer oder gar unmöglich sein wird, enthält die Packung alle für eine Operation nötigen Textilien: ein flüssigkeitsundurchlässiges Tuch zum Schutz des Operationstisches, Papiertücher zur Reinigung des zu operierenden Körperbereichs, saugfähige Umschlagtücher, haftende Tücher zur Begrenzung des Operationsbereichs, Operationstücher mit Röntgenfäden sowie verschiedene Kompressen, ebenfalls mit Röntgenfäden.



### Rücken- und Nackenschiene für den Transport von Verletzten

Aus Plastikmaterial ist diese Schiene für den Oberkörper, entwickelt für Patienten mit Rücken- oder Nackenverletzungen.

Die Schiene kann auch sitzenden Personen angelegt werden; sie wird mit Gurten fixiert.





## Strahlenmeßgerät für Gamma- und Beta-Strahlen

Speziell im finnischen Zivilschutz findet dieses Universal-Strahlenmeßgerät bereits Verwendung: Es mißt die Dosis der Gamma-Strahlen und zeigt das Vorhandensein von Beta-Strahlen an. Die Meßleistung geht von 0,01 mR/h bis 300 R/h, neben der Meßanzeige verfügt



das Gerät über ein akustisches Signal. Ferner zeigt es den Zustand der Batterie an. Das Strahlenmeßgerät ist wasserdicht, schocksicher und temperaturunempfindlich.

### Einfache Lösung: ein „Schließzelt“ statt zwei Türen

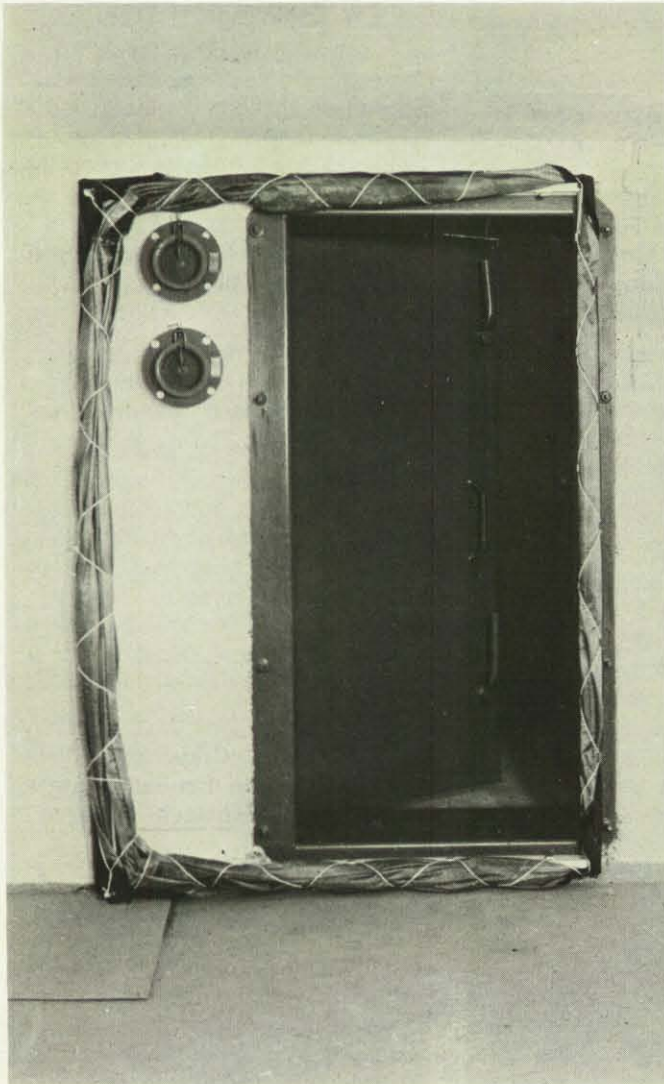
Beim Bauen allgemein und natürlich auch beim Schutzraumbau geht es um die Kosten – in vielen Ländern wird deshalb überlegt, wie die technischen Anforderungen so gestaltet werden, daß eine Kostensenkung erreicht wird. Hier eine Idee aus Finnland: Nach den früheren Bestimmungen des finnischen Innenministeriums wurde zu dem eigentlichen Schutzraum ein Vorraum gefordert, Vorraum und Schutzraum mußten jeweils mit gas- und druckdichten Türen und Luftventilen versehen werden. Der Grund: In den Schutzraum hineingehende Personen sollten zunächst in den Vorraum gelangen (mit ihnen evtl. kontaminierte Luft, Staub usw.), dann nach kurzer Säuberung war der Eintritt in den

Schutzraum (durch eine weitere Tür) vorgesehen.

Es wurde 1971 eine neue, stabile Schutzraumtür entwickelt, die den Vorraum mit seiner zweiten Tür überflüssig macht – wenn hinter der Schutzraumtür ein „Schließzelt“ angebracht wird, das verhindern soll, daß die Luft durch eintretende Personen verunreinigt wird. Das „Schließzelt“ vereinfacht nach den bisherigen Feststellungen den Eintritt in den Schutzraum, weil nun nicht mehr zwei Türen zu bedienen sind. Die so eingesparte Tür und ein ebenfalls wegfallendes Luftventil wirken sich auch finanziell spürbar aus.

Der Hersteller betont, daß durch den Wegfall der zweiten Tür die Nutzung bzw. der Zutritt zu dem Schutzraum in Friedenszeiten weniger umständlich ist. Auch im Verteidigungsfall soll die Einschleusung wesentlich schneller ablaufen. Allerdings wird empfohlen, kontaminierte Kleidungsstücke eintretender Personen außerhalb des Schutzraumes zu belassen.

Unsere Bilder zeigen links das „Schließzelt“ in „Ruhestellung“, rechts in Betrieb.





# Neue Bücher

## Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Paul Sommer / Rolf-Heinz Müller  
Druckgase  
Loseblattsammlung  
27. Ergänzungslieferung  
Deutscher Fachschriften-Verlag  
Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden

Dr. Werner Gerdemann, Heinz Korbmann und Erich Stramka  
Krankentransport und Rettungswesen  
Ergänzbare Handbuch der Rechtsvorschriften, Gebührenregelungen, Rechtsprechung und organisatorischen Bestimmungen  
11. und 12. Ergänzungslieferung  
Erich Schmidt Verlag, Berlin-Bielefeld – München

Die Ergänzungslieferungen 11 und 12 enthalten neben der Neufassung über den „Einsatz von Rettungsmitteln der Bundeswehr im Rahmen des zivilen Rettungswesens“ folgende Aktualisierungen und Ergänzungen:

Baden-Württemberg:

Qualifizierter Krankentransport mit Notarztwagen,

Rahmenvertrag über die Durchführung des Rettungsdienstes,

Gebührenvereinbarung Deutsche Rettungs-Flugwacht – Krankenkassen,

Beförderungsentgelte

Bayern:

Vollzug des Bayerischen Gesetzes über den Rettungsdienst,

Verordnung über die Tätigkeit als Rettungssanitäter,

Benutzungsentgelte für den Berg- und Wasserrettungsdienst,

Verordnung zur Ausführung des Rettungsdienstgesetzes,

Ärztlicher Notfalldienst,

Notarzdienst für Neugeborene

Berlin:

Krankentransport-Vereinbarungen,

Beförderungsentgelte im Kraftdroschenverkehr

Bremen:

Gebühren für den Rettungshubschrauber „Christoph 6“,

Änderung der Feuerwehrgebührenordnung Bremen und Bremerhaven

Hamburg:

Rettungshubschrauber Bundeswehr,

Änderung der Feuerwehrgebührenordnung

Niedersachsen:

Richtlinie für die Hygiene in Krankenkraftwagen,

Beförderungsentgelte in den Landkreisen Aurich, Cuxhaven, Gifhorn, Göttingen, Helmstedt, Göslar, Hildesheim, Holzminden, Nienburg, Northeim, Osterholz, Rotenburg, Soltau-Fallingb., Verden und der Stadt Osnabrück

Nordrhein-Westfalen:

Krankentransport-Vereinbarung,

Beförderungsentgelte.

## ABC der lebensrettenden Sofortmaßnahmen und Ersten Hilfe

Von Prof. Dr. Cholam Sehhati-Chafai und Prof. Dr. Rudolf Frey, Mainz  
133 Seiten, 56 Abbildungen  
Gustav Fischer Verlag, Stuttgart

In der Bundesrepublik ereignen sich jährlich mehr als eine Million Unfälle im Straßenverkehr, am Arbeitsplatz und im Haushalt; hierbei verlieren mehr als 40000 Menschen ihr Leben. Nach internationalen Statistiken hätte in 15–20% der Fälle sofortige sachgemäße Handhabung der ersten Hilfsmaßnahmen den tödlichen Ausgang verhindert. Die Zahl und Schwere der Unfälle und auch der Notfälle anderer Art (Infarkt, Vergiftungen usw.) nimmt durch die steigende Technisierung und Hektik unseres Lebens laufend zu. Tausende von Menschen könnten in unserem Land jährlich gerettet werden, wenn die Kenntnisse der lebensrettenden Sofortmaßnahmen und der Ersten Hilfe Allgemeingut der Bevölkerung wären und entsprechender Unterricht an allen Schulen schon frühzeitig beginnen würde. In Wiederholungskursen müßten die Kenntnisse aufgefrischt und auf den neuesten Stand gebracht werden.

Das Buch dient zum Selbststudium und als Ergänzung des allgemeinbildenden

Unterrichts in Erster Hilfe und Wiederbelebung. Es umfaßt neben dem ABC der Wiederbelebung auch die Absicherung der Unfallstelle sowie die Bergung von Verunglückten. Weiterhin werden Maßnahmen bei Vergiftungen sowie therapeutische Hinweise gegeben. Anschauliche Abbildungen unterstützen den Text in allen wesentlichen Details.

## Bernhard & Graefe aktuell

Herausgegeben vom Arbeitskreis für Wehrforschung  
Bernhard & Graefe Verlag, München

Die 1979 eingerichtete Buch-Reihe soll Fachleuten wie politisch Interessierten zur Information und Meinungsbildung dienen, aber auch als Anregung, sich eingehender mit den Fragen der äußeren Sicherheit, den Diskussionen um Friedens- und Sicherheitspolitik zu befassen. Im folgenden stellen wir einige Bücher vor.

**Band 9: Krieg oder Frieden – Möglichkeiten und Grenzen der Sicherheitspolitik – Eine Einführung von Franz W. Seidler**

Das Buch zeigt als Einführung in das Problemfeld Krieg und Frieden die vielfältigen Bemühungen der Menschen in Vergangenheit und Gegenwart, den Frieden zu erhalten. Es ist in besonderem Maße für Lehraufgaben geeignet, weil es den Charakter einer Problemübersicht nicht verläßt und alle Fragen in historischen Dimensionen aufzeigt.

**Band 10: Grauzone – Der atomare Fehdehandschuh des Kreml von Karl-Heinz Hahslach / Manfred Opel**

Immer mehr Westeuropäer sehen schwarz, wenn von der „Grauzone“ die Rede ist. Wie groß ist die Gefahr wirklich? Der Fragenkatalog ist umfangreich. Klare Antworten gibt es noch nicht. Die Autoren dieses Buches, ein Bonner Journalist und ein Bundeswehr-Oberst, wollen Einblicke und Ausblicke vermitteln und zum Nachdenken anregen.

**Band 19: Lexikon Grauzone – Stichworte, Dokumente und Fachbegriffe von Karl-Heinz Hahslach / Manfred Opel**

Das Buch ist eine Ergänzung zu Band 10: „Grauzone – Der atomare Fehdehandschuh des Kreml“. Die Verfasser geben einen Einblick in die aktuelle Diskussion in Form von wichtigen themenbezogenen Äußerungen und Fakten und erläutern mehr als 200 „Grauzonen“-Fachbegriffe.



## Tips und Kniffe für die Praxis

### Messen von Entfernungen über Hindernisse hinweg

Im Bergungsdienst des Katastrophenschutzes – beim Bau von Behelfsbrücken, Schwimmbriicken, Stegen, der Überwindung von Vertrümmerungen usw. – ist es oft notwendig, die Entfernung zwischen der einen Seite und der anderen Seite des Hindernisses wenigstens einigermaßen zu messen.

Absolut genau geht es nur mit einem Bandmaß. Aber auch mit Mitteln, die es gestatten, ohne das Hindernis zu überqueren zu einem ausreichend genauen Ergebnis zu kommen, ist es möglich, solche Messungen durchzuführen. Zu diesem Zweck dienen die Dreiecks- und Winkelgesetze.

#### Methode I (Abbildung oben):

1. Am diesseitigen Ufer längere gerade Flußstrecke aussuchen.
2. Am jenseitigen Ufer einen markanten Punkt, möglichst nahe dem Ufer, aussuchen.
3. Senkrecht gegenüber am diesseitigen Ufer, möglichst nahe dem Ufer, Pflock B setzen.
4. In Punkt B rechten Winkel errichten (siehe ZS-Magazin Nr. 7–8/80).
5. Aus einem Stück Papier (z. B. Meldebloc) ein rechtwinkelig-gleichschenkeliges Dreieck falten.
6. Auf der entstandenen Linie BC (rechter Winkel) entlanggehen, bis eine Seite direkt zum Punkt C zeigt.
7. Die Länge der Strecke  $b = BC$  ist gleich  $x = AB$ .

Durch die Peilung an einem kurzen Dreieck entlang ist diese Behelfsmessung zwar brauchbar, aber relativ ungenau.

#### Methode II (mittlere Abbildung):

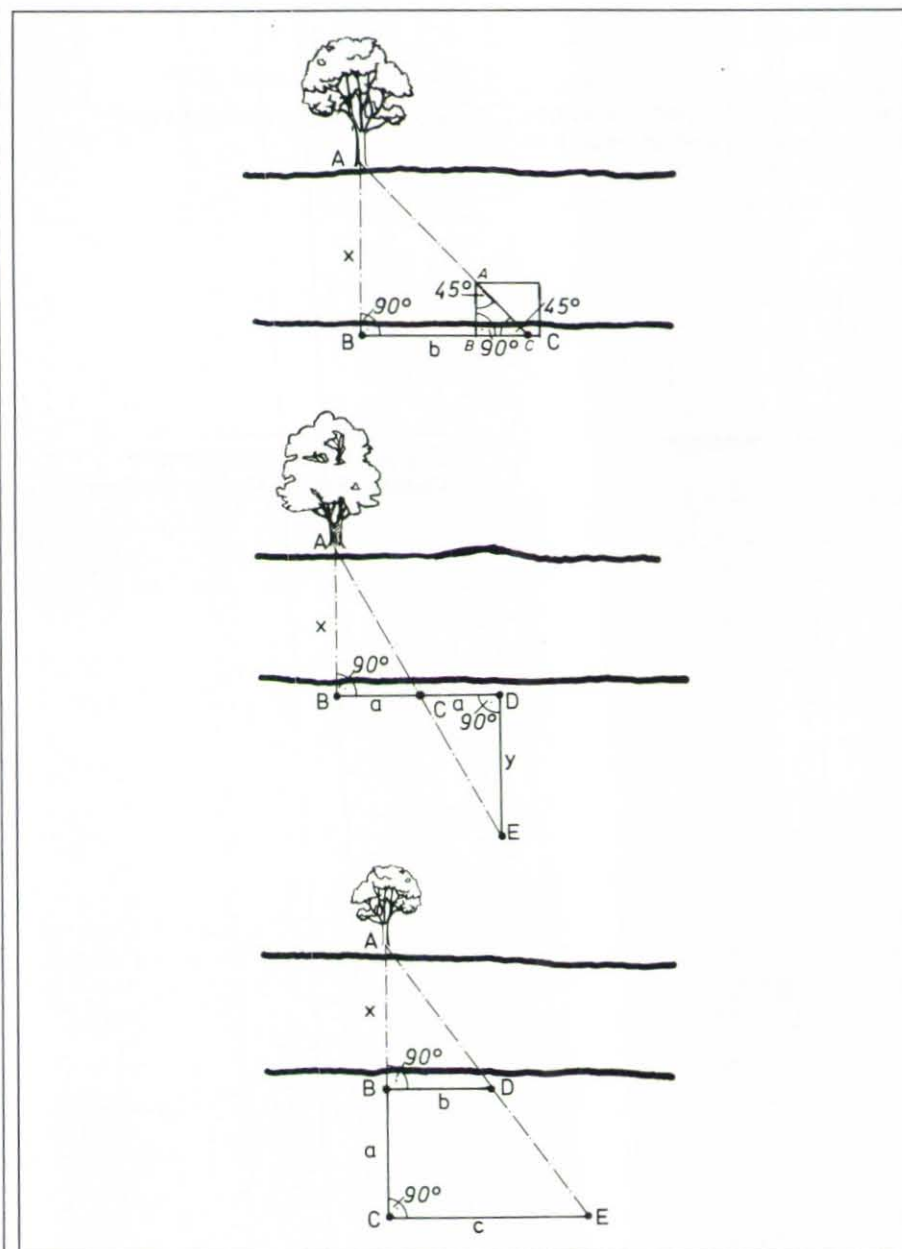
- Erheblich genauer ist eine andere Methode, die allerdings mehr Platz benötigt.
1. Am diesseitigen Ufer längere gerade Flußstrecke aussuchen.

2. Am jenseitigen Ufer einen markanten Punkt, möglichst nahe dem Ufer, aussuchen.
3. Senkrecht gegenüber am diesseitigen Ufer, möglichst nahe dem Ufer, Pflock B einschlagen.
4. Im Punkt B rechten Winkel errichten (siehe ZS-Magazin 7–8/80).
5. Strecke  $a = BC$  abmessen.
6. Hinter C gleiche Länge bis D abmessen.
7. In Punkt D rechten Winkel errichten.
8. Auf dem freien Schenkel DE gehen, bis der Standpunkt und die Verbindung CA übereinliegen.
9.  $y = H$

#### Methode III (Abbildung unten):

Diese Methode erfordert etwas Rechenarbeit, ist aber am genauesten.

1. Am diesseitigen geraden Ufer längere Flußstrecke aussuchen.
2. Am jenseitigen Ufer einen markanten Punkt, möglichst nahe am Ufer, aussuchen.
3. Senkrecht gegenüber am diesseitigen Ufer, möglichst nahe dem Ufer, Pflock B setzen.
4. In Punkt B rechten Winkel errichten (siehe ZS-Magazin 7–8/80).
5. Beliebige Länge  $b = BD$  abstecken (möglichst lang).
6. Pflock (Fluchtstab) D einschlagen.
7. Auf der Linie AB nach Punkt C gehen.
8. In Punkt C rechten Winkel errichten.
9. Auf Linie CE gehen, bis Punkt E über Punkt D mit Punkt A eine Linie bildet.
10. Die Rechnung lautet:  $x = \frac{a \cdot b}{c - b}$





## Eine komplette Hilfszugabteilung war auf Achse



Samstag, 25. April 1981: In Neersen bei Krefeld versammeln sich knapp 300 Helfer aus verschiedenen Kreisverbänden des Deutschen Roten Kreuzes, Landesverband Nordrhein. Zum ersten Male geht die komplette Hilfszugabteilung VI, zu der rund 120 Fahrzeuge gehören, auf den Marsch in Richtung Truppenübungsplatz Vogelsang in der Eifel. Bisher hatten nur einzelne Dienste der Abteilung geübt, diesmal sind die Helfer aller Einsatzgruppen auf Achse.

Am Endpunkt des Kfz-Marsches herrscht lebhaftes Treiben: Funkbereitschaft muß hergestellt werden, die Logistiker üben nach Plan, der Betreuungsdienst richtet sich auf die Verpflegung der Teilnehmer übungsmäßig ein, der Sanitätsdienst demonstriert die Versorgung von „Verletzten“.

Die DRK-Helfer zeigen im Umgang mit den Fahrzeugen und Geräten, daß vieles für sie schon fast Routine ist: Die Übung läuft wie am Schnürchen. Kein Wunder, denn die Hilfszugabteilung des DRK-Landesverbandes Nordrhein hat schon in der Vergangenheit im Einsatz gezeigt, welche schlagkräftige Instrument hier zur Verfügung steht. Ob in Ungarn in den fünfziger Jahren, in Jugoslawien oder in Friaul, Helfer der Abteilung leisteten oftmals humanitäre Hilfe. Auch an der Verwirklichung des derzeitigen Hilfsprogramms des DRK für Südtalien sind Spezialisten aus dem Rheinland beteiligt.